Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (5.05.2004)

Sand im Getriebe 33

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter ***www.attac.de/rundbriefe*** *html-Version unter* ***www.attac-austria.org/sig/sig.php*** *email an die Redaktion*: **sig@attac.de**

Demos sind fantastisch – aber sie reichen nicht!

Wie weiter?

Europa und die Welt hat sich zum 1.Mai 2004 verändert. Eine Welle sozialer Proteste drückt eine steigende Wut über Sozialkahlschlag und Agenda 2010 aus. (Siehe die **Reden und Analysen zum 3.4.und 1.5.2004**). Die **Osterweiterung** der EU kennzeichnet eine neue Phase der Globalisierung.
Und die Besatzungsmächte im **Irak** sind unter erheblichen Druck geraten.

Die Erweiterung der EU wurde von den Regierungen bejubelt, von großen Teilen der Bevölkerungen eher mit Skepsis, ja Angst zur Kenntnis genommen. Denn es gibt diesen Zusammenhang zwischen dem europaweiten Sozialabbau und der Ausdehnung der EU. Die erweiterte EU ist ja nur die regionale Ausprägung der Globalisierung. Und die Globalisierung ist eben nicht nur die Herrschaft der Finanzmärkte (so fing Attac an), oder das Regime von IWF und WTO, oder die Entmachtung der Nationalstaaten. **Globalisierung ist vor allem die Veränderung der internationalen Arbeitsteilung** durch die ungezügelte, verschärfte globale Konkurrenz. Natürlich krempelt sie auch innerhalb der EU die Arbeitteilung radikal um. **Sven Gigold** hat das am 1. Mai erwähnt: *„Es ist* ***die scharfe wirtschaftliche Konkurrenz*** *zwischen den europäischen Ländern, die Druck auf die Löhne und unser Sozialsystem macht*" Wenn es die verschärfte Konkurrenz, also die Marktwirtschaft ist, die dazu führt, dass **alle** überfordert werden, dass auf der einen Seite die **Lohnkaravane** der Unternehmer (S. 9) von Billiglohnland zu Billigstlohnland wandert (S.4) und auf der anderen Seite dem Kapital der hochentwickelten Länder erlaubt wird, die Ressourcen der Beitrittsländer zu beherrschen, sollte man dann nicht **dieses Strukturprinzip** der globalisierten Wirtschaft angreifen? Ist es dann nicht an der Zeit, dieses marktwirtschaftliche **Konkurrenzprinzip** zu **delegitimieren**? Das macht der kanadische Ökonom **Michel Chossudovsky** in seiner Analyse der **globalen Niedriglohnökonomie.** Er stellt fest, dass durch das Wirken der Marktgesetze in den ärmeren Ländern Verelendung und in den Industriestaaten **Deindustria-lisierung** droht. Seine Analyse wird unterstützt durch den Bremer Historiker **Karl Heinz Roth**, der auf der Suche nach den



1.Mai 2004 Berlin, Rotes Rathaus

Gegenkräften bei uns und weltweit eine **Klassenanalyse** der neuen globalen Weltgesellschaft versucht: *„Weltweit ist eine Spirale der sozialpolitischen Demontage in Gang gekommen, die die bisherigen **strukturellen Unterschiede zwischen Metropolen, Semiperipherie und Peripherie aus der Perspektive der arbeitenden Armen zunehmend verwischt**….. Aussichtsreich erscheint mir deshalb nur noch ein breites soziales Bündnis, das von den Subproletarierinnen und -proletariern der neuen Massenarmut über die ungesichert Beschäftigten und die industrielle Arbeiterklasse bis zu den selbständigen Arbeiterinnen und Arbeitern **alle Verlierer** des Umbruchs einbezieht, also zwei Drittel bis drei Viertel der Gesellschaft. (S.12)*

Derweil hat sich auch die Lage im Irak verändert. Der irakische Widerstand hat in einigen Städten die Besatzer zum Rückzug gezwungen. **Walden Bello** fordert in einem Beitrag für Attac-Schweiz die progressiven Kräfte zu mehr Aktivitäten in der Friedensbewegung auf. *„**Anti-hegemoniale Bewegungen in der ganzen Welt verdanken dem irakischen Widerstand eine ganze Menge**, weil er die Überausdehungskrise des US-amerikanischen Imperiums verschärft hat*“. Andererseits analysiert er die Bedenken der Anti-Kriegs-Bewegung im Westen gegen den irakischen Widerstand. *„Keine Bewegung für nationale Befreiung oder Unabhängigkeit ist jemals hübsch gewesen. Zahlreiche westliche Progressive waren auch von den Methoden der Mau Mau in Kenya, der FLN in Algerien, der NLF in Vietnam und der IRA in Irland abgestoßen. Nationale Befreiungsbewegungen fragen jedoch nicht nach ideologischer oder politischer Unterstützung. Sie suchen einzig nach einem **Raum** für den Aufbau einer nationalen Regierung. Ich bin überzeugt, dass sich progressive Kräfte weltweit und der irakische Widerstand im Namen dieses bescheidenen Programms vereinen können.“*

(Dazu der Aufruf verschiedener Sprecher der globalisierungskritischen Bewegung auf der letzen Seite)

Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.
Die Redaktion dieser Nummer:Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland), Barbara Waschmann (Attac Österreich;) Johannes Gruber, (Attac Schweiz)

Wir verschicken “Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis
Bezugsbedingungen:
– Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de
– Rechnungsbetrag (inkl. Porto): 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 5 €, 3 Hefte: 7 €, ab 4 Hefte: 2 € pro Heft, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft, Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.
– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto:
Kontoinhaber: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Auf dem Überweisungsschein unbedingt angeben: SIG und die bestellte(n) Nummer(n).

Michael Chossudovsky
Die globale Niedriglohnökonomie

*Der Rollback läuft: 42 Stunden für alle, die noch Arbeit haben; Betriebsverlagerungen en masse, Lohnkürzungen und Sozialabbau weit und breit – es sind nicht nur die Finanzmärkte, die über die Strenge schlagen, es ist das gesamte **System der globalen Arbeitsteilung** des kapitalistischen Weltsystems, das zum Himmel stinkt und zu chaotischen Zuständen und skandalöser sozialer Polarisierung führt. Wie der Strukturwandel in den entwickelten Industriestaaten zusammenhängt mit der aufgezwungenen **ruinöse Konkurrenz** in den exportorientierten Ländern der 3. Welt, das erklärt der kanadische Ökonom Michael Chossudovsky. Sein Buch GLOBAL BRUTAL hat inzwischen die 19te Auflage erreicht und ist angesichts der dreisten Offensive des Kapitals aktueller denn je. Hauptthese: Globalisierung ist verschärfte Konkurrenz. Die Umformung der Weltwirtschaft nimmt selbst-zerstörerische Ausmaße an.*

Mit der Globalisierung der Armut geht die Restrukturierung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer und eine Neubestimmung ihrer Rolle in der neuen Weltwirtschafts-ordnung einher. Die makroökonomischen Reformen auf nationaler Ebene spielen eine Schlüsselrolle bei der Regulierung der Löhne und Lohnkosten weltweit. Die globale Armut ist dabei ein »Input« auf der Angebotsseite; das globale Wirtschaftssystem speist sich aus billiger Arbeit.

Industrielle Standortverlagerungen.

Kennzeichnend für die heutige Weltwirtschaft ist die Abwanderung eines erheblichen Teils der Industrieproduktion aus den entwickelten kapitalistischen Ländern an Standorte in den Entwicklungsländern, die über billige Arbeitskräfte verfügen. Die Entwicklung der auf Niedriglohnarbeit beruhenden Exportindustrie begann in den 60er und 70er Jahren in Südostasien in der arbeitsintensiven Fertigung. Zunächst auf ein paar Exportenklaven wie Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea sowie auf einige wenige Branchen beschränkt, gewann die Verlagerung an billige Produktionsstandorte im Ausland in den 70er und 80er Jahren an Schwung.

Obwohl die **Dritte Welt** weiterhin eine Rolle als wichtiger Rohstofferzeuger spielt, ist die heutige Weltwirtschaft n**icht länger** durch den traditionellen **Gegensatz zwischen Industrie- und Rohstoffproduktion** gekennzeichnet. Daher hat auch die Debatte über die Terms of Trade zwischen Rohstoff- und Industrieproduzenten an Aktualität eingebüßt. Ein immer größerer Anteil der weltweiten Fertigung - und zwar in fast allen Branchen - findet heute in Südostasien, China, Lateinamerika und Osteuropa statt.

Diese weltweite Entwicklung zur Billiglohnproduktion technologisch zunehmend höherwertiger und schwer-industrieller Güter beruht auf der **Schrumpfung** der **Inlandsnachfrage in den einzelnen Nationalökonomien der Dritten Welt** und der Herausbildung einer billigen, stabilen und disziplinierten Industriearbeitnehmerschaft in einem relativ sicheren politischen Umfeld. Begünstigt wird dieser Prozess durch die **Zerstörung** des für den Binnenmarkt produzierenden Fertigungssektors in den Entwicklungsländern - also der **Importsubstitutions-industrie** - und die Entstehung einer auf billiger Arbeit basierenden Exportwirtschaft. Mit dem Abschluss der Uruguay-Runde in Marrakesch und der Gründung der WTO 1994 haben sich diese »Billiglohnfreihandelszonen« auf alle Entwicklungsländer ausgedehnt.

Das **heimliche Ziel** der den Schuldnerländern von den Bretton-Woods-Organisationen auferlegten **Struktur-anpassungen** ist der Rückgang der **Lohnkosten**. Die sinkenden Löhne in der Dritten Welt und in Osteuropa erleichtern die Standortverlagerung der Wirtschafts-tätigkeit von den reichen in die armen Länder.

So unterstützt die Globalisierung der Armut die Entwicklung einer weltweiten Billiglohnexportwirtschaft. Die Möglich-keiten der Produktion sind angesichts der Masse verarmter Arbeiter auf der ganzen Welt immens. Im Gegensatz dazu treiben die armen Länder **keinen Handel untereinande**r: Arme Leute stellen keinen Markt für die Waren dar, die sie produzieren. Anders als der französische Ökonomen Jean Baptiste Say verkündet hat, schafft Angebot eben **nicht** seine eigene Nachfrage. Die **Verbrauchernachfrage ist auf annähernd 15 Prozent der Weltbevölkerung beschränkt:** auf die reichen Länder sowie kleine **Wohlstandsoasen** in der Dritten Welt und den ehemaligen Ostblock.

Die Exportfalle

»Exportiere oder stirb« ist das Motto der Billiglohn-ökonomie, während Importsubstitution und die Produktion für den Inlandsmarkt obsolete Konzepte sind. Die einzelnen Länder sind aufgefordert, sich nach Maßgabe ihrer »komparativen Vorteile« zu spezialisieren, die im Überfluss und den niedrigen Kosten ihrer Arbeit liegen. Das Geheimnis des wirtschaftlichen »Erfolgs« ist die Exportförderung. Unter strenger Aufsicht von Weltbank und IWF wird in einer Vielzahl von Entwicklungsländern simultan der Export der gleichen, nichttraditionellen Güter gefördert. Diese Staaten, zu denen heute die Billigproduzenten der osteuropäischen Länder hinzugekommen sind, werden zu einem **mörderischen Konkurrenzkampf gezwungen**. Jeder will in dieselben europäischen und nordamerikanischen Märkte exportieren, und so zwingt das Überangebot die Produzenten der Dritten Welt, ihre Preise zu senken. **Die Erzeugerpreise von Industriegütern purzeln auf den Weltmärkten in ganz ähnlicher Weise wie die Rohstoffpreise**. Der Wettbewerb zwischen und innerhalb von Entwicklungsländern drückt die Löhne, Erlöse und Preise. **So führt die Exportförderung letztlich zu niedrigeren Warenpreisen und geringeren Exporteinnahmen, aus denen die Auslandsschulden bezahlt werden müssen**. Es ist bittere Ironie, dass ausgerechnet die erfolgreichsten Exportwirtschaften unter den Entwicklungsländern auch die größten Schuldnernationen der Welt sind.

Darüber hinaus schlagen die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung, die dem Süden und Osten aufgezwungen werden, auch auf die Wirtschaften der reichen Länder durch: Armut in der Dritten Welt trägt zu einer globalen Schrumpfung der Importnachfrage bei, die wiederum das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in den OECD-Ländern in Mitleidenschaft zieht.

Strukturanpassung verwandelt die Volkswirtschaften in offene Wirtschaftsräume. Länder werden zu bloßen Territorien, zu Billiglohn- und Rohstoffreservoirs. Aber weil dieser Prozess auf der Globalisierung der Armut und der weltweiten Verminderung der Verbrauchernachfrage beruht, **kann** die Exportförderung in der unterentwickelten Welt nur in einer begrenzten Zahl von Ländern Erfolg haben. Die **gleichzeitige Ausweitung** der Exporttätigkeit in einer großen Anzahl von Ländern fuhrt also zu **größerer Konkurrenz** zwischen den Entwicklungsländern, sowohl bei der Rohstoffproduktion als auch in der Fertigung. Soweit die Weltnachfrage nicht steigt, steht der Schaffung neuer Produktionskapazitäten in einigen Ländern der wirtschaftliche Niedergang und Zerfall an anderen Standorten der Dritten Welt gegenüber.

Wenn es in einem Land der Dritten Welt erfolgreiche Arbeitskämpfe gibt, aufgrund deren die Löhne erhöht werden, kann das transnationale Kapital seine Produktionsstandorte ohne weiteres in andere Billiglohn-länder verlagern oder durch Untervergabe Produktion auslagern. Die Existenz von »**Reserveländern**« mit einem Überschuss an billigen Arbeitskräften drückt also tendenziell auf die Löhne in den aktiveren (Billiglohn-)Exportwirtschaften z.B. in Südostasien, Mexiko, China und Osteuropa. Diese **weltweite "Überschussbevölkerung"** bedingt die internationale Wanderung von Produktivkapital in ein und demselben Industriesektor von einem Land zum anderen. Aus der Sicht des Kapitals gehören die nationalen Arbeitskräftereserven zu einem einzigen internationalen Reservepool, innerhalb dessen Arbeitnehmer aus verschiedenen Ländern in offene Konkurrenz zueinander gebracht werden. **Die Weltarbeitslosigkeit wird so zu einem Hebel der globalen Kapitalakkumulation**, welche die Lohnkosten in jeder der nationalen Wirtschaften bestimmt.

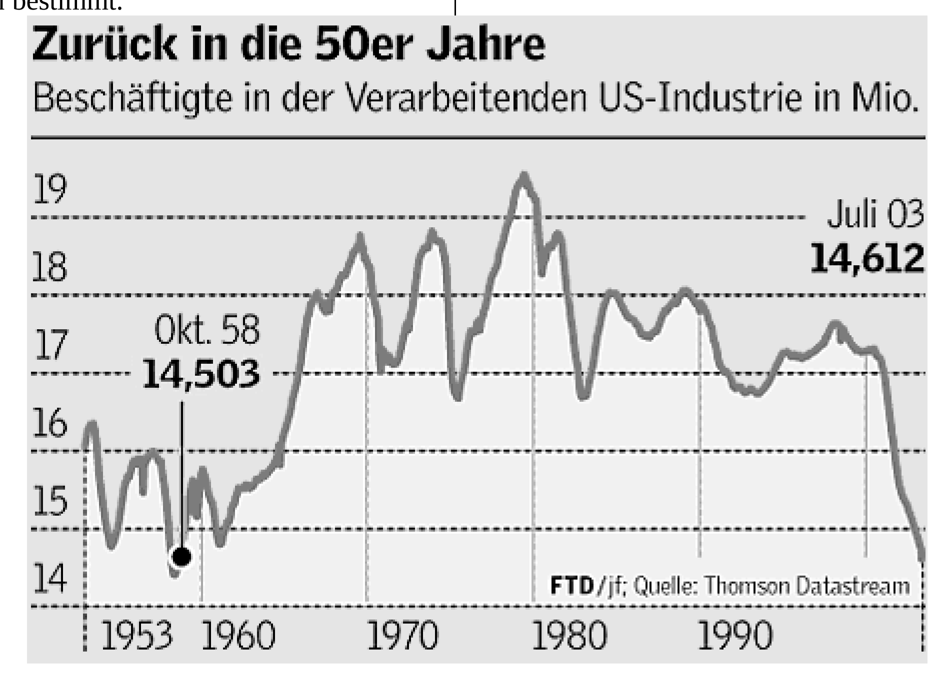
Daher hat in vielen exportorientierten Billiglohnländern der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt und an der **Wertschöpfung** dramatisch **abgenommen**. Während die Löhne der Beschäftigten in den Industrieländern annähernd 40 Prozent der Wertschöpfung in der Produktion ausmachen, liegt der entsprechende Prozentsatz in Lateinamerika und Südostasien nur etwa bei 15 Prozent.

Die Entindustrialisierung des Nordens.

Der Entwicklung der Billiglohnexportfabriken in der Dritten Welt entspricht die Stilllegung von Industriestandorten in fortgeschrittenen Ländern. Die **erste Welle** von Fabrikschließurigen betraf weitgehend die arbeitsintensiven Bereiche der **Leichtindustrie**. Seit den **80er** Jahren sind jedoch **alle Sektoren** der westlichen Wirtschaft und alle Kategorien von Beschäftigten diesem Prozess ausgesetzt. Dies belegt die Umstrukturierung von Unternehmen der Luftfahrtindustrie, die Auslagerung der Autoproduktion nach Osteuropa und in die Dritte Welt, die Schließung von Stahlstandorten usw.

Die Entwicklung der exportorientierten Fertigungsindustrie südlich des Rio Grande an der Grenze zwischen USA und **Mexiko** war während der 80er Jahre begleitet von Entlassungen und Arbeitslosigkeit in den US- und kanadischen Industriezentren. In ähnlicher Weise verlagern japanische Konzerne einen bedeutenden Teil ihrer Fertigung an Standorte in **Thailand** oder auf den **Philippinen**, wo Industriearbeiter für drei oder vier Dollar am Tag - oft genug unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns - arbeiten. Der deutsche Kapitalismus dehnt sich über die **Oder-Neiße-Grenze** wieder in seinen alten »Lebensraum« aus. In Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei liegen die Lohnkosten für Fabrikarbeiter mit etwa 120 Euro im Monat beträchtlich niedriger als in der EU. Im Gegensatz dazu haben Arbeiter in deutschen Autofabriken Bruttostundenlöhne von etwa 25 Euro. Trotz brachliegender Fabriken und hoher Arbeitslosenraten in der ehemaligen DDR war es daher für deutsche Unternehmen profitabler, ihre Produktion nach Osteuropa zu verlegen

.



Durch jeden Arbeitsplatz, der in den Industrieländern verloren geht und in die Dritte Welt verlagert wird, sinkt der **Verbrauch** in diesen Ländern. Fabrikschließungen und Entlassungen werden in der Presse gewöhnlich als isolierte und unzusammenhängende Fälle von Umstrukturierungen einzelner Unternehmen dargestellt, doch ihre **kombinierten Auswirkungen auf die Reallöhne und die Beschäftigung sind verheerend**. Die Verbrauchermärkte schrumpfen, weil eine große Zahl von Firmen in mehreren Ländern gleichzeitig ihre Belegschaften reduziert. Schwacher Konsum wiederum schlägt auf die Produktion zurück und trägt zu einer weiteren **Spiralumdrehung** von Fabrikschließungen und Bankrotten bei.

Im Norden wird die Schrumpfung der Verbraucherausgaben noch von der **Deregulierung des Arbeitsmarktes** verschärft: von der Abkoppelung der Löhne vom Preisindex, Teilzeitarbeit, Frühpensionierung und der Erzwingung »freiwilliger « Lohnkürzungen. Da ausscheidende Arbeitnehmer nicht ersetzt werden, müssen die **jüngeren** Altersgruppen die **Last der Arbeitslosigkeit** tragen. Einer ganzen Generation ist so der Zugang zum Arbeitsmarkt erheblich verstellt worden.

Der Prozess der Industrieabwanderung aus den Industriestaaten, der zur Schwächung der Marktnachfrage beiträgt, untergräbt damit zugleich die Bemühungen der Entwicklungsländer, Fertigprodukte auf den schrumpfenden Märkten des Westens zu verkaufen. Ein Teufelskreis: Gerade die Ausweitung der Produktion durch ihre Verlagerung in den Süden und Osten **treibt** über steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Verbrauchsausgaben im Norden und Westen die **Weltwirtschaft tendenziell in eine globale Stagnation**, wenn nicht gar Rezession.

Die Standortverlagerung der Produktion findet zunehmend **auch innerhalb der Handelsblöcke** statt. Sowohl Westeuropa als auch Nordamerika entwickeln jeweils eigene »**Billiglohnhinterhöfe** « an ihren unmittelbaren geografischen Grenzen. In Europa ist es die Oder-Neiße-Grenze zu Polen, in Nordamerika der Rio Grande zwischen den USA und Mexiko, die beide die Hoch- von der Niedriglohnwirtschaft trennen.

Oder und Neiße auf der einen und der Rio Grande auf der anderen Seite unterscheiden sich allerdings insofern voneinander, als die eine Grenze tatsächlich die (*bis zum 1.5.2004 - SiG*) vorläufige Grenze des Maastrichter Vertrages ist, der die Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb der EU garantiert, die andere Grenze hingegen mitten in der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) liegt. Dennoch trennt der Rio Grande zwei ganz unterschiedliche Arbeitsmärkte: Die »Immobilität der Arbeitskräfte «, weniger der Freihandel und der Abbau der Zollgrenzen ist daher das zentrale Merkmal der **NAFTA**.

Dieses Freihandelsabkommen erlaubt es US-Firmen, ihre Lohnkosten um mehr als 80 Prozent zu reduzieren, indem sie die Produktion nach **Mexiko** auslagern und an dortige Subunternehmen vergeben. Das ist beileibe nicht auf die Fertigungsindustrie oder den Einsatz unqualifizierter Arbeitskräfte beschränkt: Nichts hindert die Verlagerung auch der amerikanischen Hightech-Industrie nach Mexiko, wo Ingenieure und Wissenschaftler für ein paar hundert Dollar im Monat angeheuert werden können. Standortverlagerung betrifft potentiell einen großen Anteil der Wirtschaft der USA und Kanadas einschließlich des Dienstleistungssektors.

Die NAFTA beruht von Anbeginn auf der Schrumpfung der Beschäftigung und der Reallöhne. Die Industrieverlagerung nach Mexiko zerstört Arbeitsplätze in den USA und Kanada und drückt die Reallöhne. Deshalb verschärft die NAFTA die Wirtschaftsrezession: Arbeiter, die in den USA und Kanada entlassen werden, finden in der übrigen Wirtschaft keine neue Verwendung, und durch die Abwanderung der alten entstehen keine neuen Wachstumsindustrien. Die Schrumpfung der Verbraucherausgaben, die aus den Entlassungen und Fabrikschließurigen resultiert, führt zu einem allgemeinen Rückgang des Absatzes und der Beschäftigung und zu weiteren Entlassungen in der Industrie.

Durch die NAFTA können amerikanische und kanadische Unternehmen darüber hinaus den mexikanischen **Markt durchdringen und die dort heimischen Unternehmen verdrängen**. Die **Industriekonzentration** wächst, kleine und mittlere Unternehmen werden vernichtet und ein Teil der mexikanischen Dienstleistungswirtschaft wird durch Lizenzvergabe übernommen. **So exportieren die USA ihre Rezession nach Mexiko.** Mit Ausnahme eines kleinen Marktes privilegierten Verbrauchs begünstigen Armut und niedrige Löhne in Mexiko nicht gerade eine wachsende Verbrauchernachfrage. In Kanada führte das Freihandelsabkommen, das 1992 mit den USA unterzeichnet wurde, zum Niedergang der Zweigwerke US-amerikanischer Firmen, die alsbald ihre Tochtergesellschaften geschlossen und sie durch regionale Verkaufsbüros ersetzt haben.

Die Bildung der NAFTA hat folglich, ganz im Gegensatz zu den gängigen Vorurteilen, **in allen drei Ländern** zur Verschärfung der **Wirtschaftsrezession** beigetragen. Auch hier führt die Expansion der Produktion durch Standortverlagerung zur Schrumpfung der Verbraucherausgaben.

Luxusverbrauch und »parasitäre Wirtschaft«.

Die **wachsende Konzentration von Einkommen und Reichtum in der Hand einer Minderheit**, die nicht nur in den entwickelten Ländern, sondern auch in kleinen Wohlstandsoasen in der Dritten Welt und Osteuropas zu Hause ist, hat zu einem **dynamischen Wachstum der Luxuswirtschaft** geführt, die sich um Reisen und Freizeit, Autos, Unterhaltungselektronik, moderne Telekommunikation usw. dreht. Die »Drive-in«- und "Duty-free-Kultur", die sich vor allem um die Knotenpunkte des Luftverkehrs gebildet hat, ist der Brennpunkt der modernen Konsum- und Freizeitwirtschaft für Besserverdienende, in denen sich riesige finanzielle Ressourcen bündeln.

Während sich das Spektrum der Konsumgüter, die dem Lebensstil oberer Einkommensschichten dienen, grenzenlos erweitert hat, schrumpft seit der **Schuldenkrise** in den frühen 80er Jahren das Verbrauchsniveau der großen Mehrheit der Weltbevölkerung. 85 Prozent aller Menschen müssen sich in ihrem Verbrauch mit den Grundnahrungsmitteln und lebensnotwendigen Waren begnügen.

Dieses dramatische Wachstum des Luxusverbrauchs verschafft - im Verein mit den steigenden Militärausgaben - einer von Rezession bedrängten Weltwirtschaft eine **Atempause**, steht jedoch im Kontrast zur Stagnation der Sektoren, die notwendige Güter und Dienstleistungen produzieren. In der Dritten Welt und in Osteuropa stagnieren Nahrungsmittelproduktion, Wohnungsbau und wichtige soziale Dienste, während der Luxusverbrauch der alten und neuen Eliten floriert. Die soziale Ungleichheit und Einkommensdisparität in Ungarn und Polen sind heute mit den Zuständen in Lateinamerika vergleichbar. Ein Porsche Carrera konnte z.B. vor zehn Jahren bei einem Vertragshändler im Zentrum von Budapest für die bescheidene Summe von 9.720.000 Forint erworben werden. Ein durchschnittlicher ungarischer Industriearbeiter hätte dafür den Verdienst von 70 Jahren Arbeit hinblättern müssen.

Das **globale Produktionssystem richtet sich daher zunehmend auf begrenzte Märkte aus, auf hohe Einkommensgruppen im Norden sowie auf kleine Oasen des Luxusverbrauchs im Süden und Osten**, während gerade dort die vorherrschenden Niedriglöhne die proklamierte Entwicklung der Massenkaufkraft blockieren. **Jene, die produzieren, sind nicht diejenigen, die konsumieren - das ist ein wesentliches Merkmal der globalen Billiglohn-wirtschaft.**

Mit dem Niedergang der Fertigungsindustrie hat sich in den reichen Ländern eine »parasitäre Wirtschaft« entwickelt, die praktisch nichts mehr produziert. **Sie konzentriert sich auf den Dienstleistungssektor und schöpft die Gewinne aus der Fertigung in der Dritten Welt ab.** Die Hochtechnologie-Wirtschaften, die auf der Verfügungsmacht über industrielles Know-how, Produktdesign, Forschung und Entwicklung basieren, **ordnen sich die Sektoren der materiellen Produktion unter**. Oder anders: Die materielle Produktion wird der nichtmateriellen unterworfen, indem sich **der Dienstleistungssektor die Wertschöpfung des Fertigungssektors aneignet**. Darüber hinaus werden außer den Zahlungen für Urheberrechte und Lizenzen für die Nutzung westlicher und japanischer Technologie die Gewinne der Produzenten in der Dritten Welt unweigerlich durch den Zwischen-, Groß- und Einzelhandel der Industrieländer aufgezehrt. Die Wachstumsschwerpunkte in den entwickelten Ländern liegen vor allem in der Dienstleistungswirtschaft, dem Immobilienhandel, der kommerziellen und finanziellen Infrastruktur, der Kommunikation und dem Verkehr statt in der materiellen Produktion.

Damit findet eine offenkundige »Entindustrialisierung« der Industrieländer statt. Die Bedeutung des Begriffs »Industrie « hat sich grundlegend geändert. Die Wachstumsschwerpunkte der Hochtechnologie erleben eine rasche Entwicklung auf Kosten der alten traditionellen Industrien, die sich seit Beginn der industriellen Revolution in den fortgeschrittenen Ländern entwickelten.

Wir haben es mit einer Weltwirtschaft zu tun, in der die Mehrheit der Volkswirtschaften Fertigwaren für den Export in die Märkte der OECD-Länder produziert. Von einigen wichtigen Ausnahmen wie Südkorea, Brasilien und Mexiko abgesehen können diese Länder jedoch **nicht** als **»neu industrialisiert** « angesehen werden, denn ihre "Industrialisierung" verdankt sich weitgehend der Standortverlagerung der Produktion aus den Industrieländern in Billiglohnregionen der Dritten Welt. Sie ist durch die **Umformung der Weltwirtschaft** bedingt.

Die parasitäre Wirtschaft eignet sich die Gewinne der Direkterzeuger an. Zwar wird die materielle Produktion in Billiglohnwirtschaften der Dritten Welt ausgelagert, doch findet das größte **Wachstum** des Bruttoinlandsprodukts in den reichen, importierenden Ländern statt. Es ist in dieser Hinsicht »**importbedingt**«: Mit billiger Arbeit produzierte Importe (Rohstoffe und Fertigprodukte) schaffen ein korrespondierendes Einkommenswachstum in der Dienstleistungswirtschaft der reichen Länder.

Globales Überangebot und monopolistische Kontrolle

Die vom IWF geförderten **Strukturanpassungen** tragen ebenfalls zur Konsolidierung der parasitären Wirtschaft bei: Da dadurch jedes Entwicklungsland gezwungen ist, das gleiche Spektrum von Rohstoffen und Industriewaren für den Weltmarkt zu produzieren, **muss** es **mit anderen Ländern konkurrieren.** Die Kanäle des internationalen Handels ebenso wie des Groß- und Einzelhandels in den Industrieländern werden jedoch durch monopolistische Konzerne kontrolliert. Diese **Dualität** zwischen **Wettbewerb** und **Monopol** ist ein grundlegendes Merkmal des globalen Handelssystems. **Dem mörderischen Wettbewerb zwischen den direkten Produzenten aus den diversen Ländern unter den Bedingungen globalen Überangebots steht die monopolistische Kontrolle einiger weniger globaler Unternehmen über den internationalen Handel, die Industriepatente und den Groß- und Einzelhandel gegenüber**.

Der Handel macht die Gewinne. Weil Güter, die in Entwicklungsländern produziert werden, zu sehr niedrigen internationalen (Fob-)Preisen importiert werden, ist der offizielle Wert der OECD-Importe aus Entwicklungsländern im Vergleich zu dem des gesamten Handelsvolumens und der Inlandsproduktion relativ gering. Doch sobald diese Waren in die Groß- und Einzelhandelskanäle der reichen Länder einfließen, multipliziert sich ihr Wert um das Mehrfache. Die Einzelhandelspreise von Waren, die in der Dritten Welt produziert werden, sind häufig zehnmal höher als die Importpreise. So schafft die Dienstleistungswirtschaft der reichen Länder eine **»Wertschöpfung<< ohne materielle Produktion**, wenngleich zugunsten des eigenen Bruttoinlandsprodukts. Der Einzelhandelspreis von **Kaffee** z.B. liegt sieben- bis zehnmal über dem Fob-Preis und annähernd 20-mal über dem Preis, der den Pflanzern in der Dritten Welt gezahlt wird.

Das Gros der Gewinne der Rohstoffproduzenten eignen sich somit der Zwischen-, Groß- und Einzelhandel der Industrieländer an. Bei den Industriewaren, die in Billiglohnländern hergestellt werden, verhält es sich kaum anders. So werden z.B. 60 Prozent der in den USA verkauften Schuhe in chinesischen Ausbeuterbetrieben hergestellt. Die Gewinne aus dem Verkauf der Schuhe in den USA fließen natürlich nicht den chinesischen Arbeitern zu, die extrem niedrige Löhne erhalten, sondern den US-Unternehmen - und sorgen für ein höheres Bruttoinlandsprodukt der USA.

Nehmen wir ein Beispiel. Zahlen aus Fabriken in Bangladesch geben ein grobes Bild von der Kostenstruktur und der Gewinnverteilung in der Bekleidungsexportindustrie: Der Fabrikpreis von einem Dutzend Hemden beträgt 36 bis 40 Dollar (Fob). Sämtliche Ausrüstungsgüter und Rohmaterialien wurden importiert. Die Hemden werden dann im Einzelhandel in den USA zu einem Stückpreis von etwa 22 Dollar - bzw. 264 Dollar für das Dutzend - verkauft. Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken der Bekleidungsindustrie in Bangladesch wird mit etwa 20 Dollar im Monat entlohnt, wenigstens 8O-mal weniger, als Arbeiter in der nordamerikanischen Bekleidungsindustrie verdienen. Ergebnis also: Weniger als zwei Prozent des Gesamtwarenwertes fließen den direkten Produzenten (den Arbeitern) in Form von Löhnen zu. Ein weiteres Prozent stellt den Gewinn des »konkurrenzfähigen<< unabhängigen Drittweltproduzenten dar.

Der Bruttoaufschlag zwischen dem Fabrikpreis und dem Einzelhandelspreis (also 264 - 38 = 226 Dollar für ein Dutzend Hemden) teilt sich im Wesentlichen in drei Komponenten:

1. die Profite des internationalen Zwischenhandels, der Groß- und Einzelhändler bis hinunter zu den Ladenbesitzern (der größte Anteil am Bruttoaufschlag),
2. die realen Kosten für Transport, Lagerung usw.,
3. die Zölle, die bei der Einfuhr in die Industrieländer auf die Waren erhoben werden, und die indirekten Steuern (Mehrwertsteuer), die beim Einzelhandelsverkauf fällig werden.

Obwohl der Einzelhandelspreis siebenmal höher als der Fabrikpreis ist, fliegt der Profit nicht notwendigerweise den Einzelhändlern in den Industrieländern zu. Einen großen Anteil des vom Groß- und Einzelhandel erwirtschafteten Gewinns schöpfen mächtige Immobilienfirmen und Banken ab. Man darf nicht übersehen, dass der Importfluss aus der Dritten Welt für die reichen Länder auch ein Mittel zur Erwirtschaftung von **Steuereinnahmen** ist - und zwar in Form von Verkaufs- und/oder Mehrwertsteuern. In Westeuropa liegt die Mehrwertsteuer bei weit über zehn Prozent des Einzelhandelspreises. Die Steuereinnahmen hängen daher von der Struktur des **ungleichen Warentauschs** ab: Im Falle der Bekleidungsindustrie schöpfen die Finanzämter der reichen Länder fast so viel ab, wie die produzierenden Länder verdienen, und annähernd viermal so viel, wie die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie des produzierenden Landes als Lohn erhalten

In der globalen Wirtschaft kauft das Kapital Arbeitsleistungen auf separaten und sehr unterschiedlichen nationalen Arbeitsmärkten ein. Der Großteil der **Lohnkosten** - für Transport, Lagerung, in Groß- und Einzelhandel - fällt in den Hochlohnmärkten der reichen Länder an. Wenn ein Einzelhandelsbeschäftigter in einem Industrieland ein Monatsgehalt bekommt, das mindestens 40-mal höher ist als das eines Fabrikarbeiters in Bangladesch, dann entfällt eben auf Ersteren ein entsprechend größerer Anteil an den Gesamtlohnkosten für Produktion und Vertrieb der Ware. Dennoch wäre es verfehlt, von einer »ungleichen Tauschbeziehung « zwischen den Industriearbeitern in Bangladesch und den Einzelhandelsbeschäftigten in den USA auszugehen. Alle verfügbaren Daten sprechen dafür, dass die Beschäftigten im **Dienstleistungssektor** der reichen Länder **extrem unterbezahlt** sind. Ihre Löhne (die eine echte Wertschöpfung - d.h. Realkosten - darstellen) bilden darüber hinaus nur einen relativ kleinen Prozentsatz der Gesamtverkaufserlöse. In unserem Beispiel liegen die Lohnkosten für die Produktion von einem Dutzend Hemden in Bangladesch bei fünf Dollar, was 25 bis 30 Stunden Arbeit zu 15 bis 20 US-Cents in der Stunde entspricht. Angenommen, ein Beschäftigter im US-Einzelhandel verdient fünf Dollar in der Stunde und verkauft währenddessen sechs Hemden, so sind die Lohnkosten für die Produktion von einem Dutzend Hemden mit fünf Dollar halb so hoch wie die Lohnkosten im Einzelhandel, die sich für diese zwölf Hemden auf zehn Dollar belaufen. Diese jedoch stellen immer noch einen relativ kleinen Prozentanteil des Gesamtpreises (292,60 Dollar einschließlich Steuern) dar, d.h., der Löwenanteil des Reingewinns fließt den Kaufleuten und Ladenbesitzern in den reichen Ländern zu. **Während die Unternehmen der Dritten Welt nahezu unter vollkommenen Konkurrenzbedingungen arbeiten, sind die Käufer ihrer Produkte quasimonopolistische Handelsgesellschaften und multinationale Firmen.** Der Nettogewinn, der dem »wettbewerbsfähigen« Unternehmer in der Dritten Welt zufließt (3 Dollar), beträgt ungefähr ein Prozent des Gesamtwertes der Ware. Weil die Fabriken der Dritten Welt auf einem **von Überangebot gekennzeichneten Weltmarkt** arbeiten, **sinken die Fabrikpreise tendenziell** und drücken die Gewinnmarge der Produzenten auf ein Minimum. Dieser Prozess erleichtert es internationalen Zwischen- und Großhändlern, ihre Gewinne noch zu steigern.

Mobile und immobile Sektoren.

Die Standortabwanderung der materiellen Produktion in Billiglohnländer umfasst alle international »mobilen« Sektoren. »**Mobile** Sektoren« sind solche, die durch Auslandsinvestitionen in Billiglohnländern oder durch Vergabe von Unterverträgen an unabhängige Produzenten in der Dritten Welt von einem geografischen Standort zu einem anderen verlegt werden können. Zu den »**immobilen** Sektoren« der Industrieländer gehören im Gegensatz dazu Wirtschaftstätigkeiten, die sich ihrem Wesen nach international keine neuen Standorte suchen können: Bauwesen, öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft und die meisten Dienstleistungen.

Während sich das **Kapital frei** von einem Arbeitsmarkt zum anderen bewegt, werden **Arbeitskräfte** daran **gehindert**, internationale Grenze zu überschreiten. Die nationalen Arbeitsmärkte sind in der Regel geschlossene Bereiche mit streng bewachten Grenzen. So ist z.B. im Rahmen der NAFTA mexikanischen Arbeitern der Grenzübertritt in die USA weitgehend verwehrt, um sie innerhalb der Billiglohnwirtschaft zu halten. Für Bau-, öffentliche und landwirtschaftliche Arbeiten, die aufgrund ihrer Ortsgebundenheit nicht international mobil sind, sind jedoch Kontingente von Saisonarbeitern erlaubt - mit dem erwünschten Nebeneffekt, die Löhne der amerikanischen und kanadischen Arbeiter zu drücken sowie die Rolle der Gewerkschaften zu unterminieren.

Umbruch der Industriestruktur

Mit den Standortverlagerungen verändert sich die Industriestruktur der fortgeschrittenen Länder grundlegend. Die alten Industriezentren verschwinden: Das »Fabriksystem« geht unter. Ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten in den Industrieländern arbeitet nun in den neuen Wachstumspolen: in der Dienstleistungswirtschaft, in »nichtmateriellen« Wirtschaftssektoren und in den neuen Industrien der Informationssysteme, der Telekommunikation usw. Die Dualität zwischen materiellen und nichtmateriellen bzw. mobilen und immobilen Sektoren ist für das Verständnis des Strukturwandels der Wehwirtschaft von zentraler Bedeutung. **Globale Rezession ist mit dem dynamischen Wachstum der neuen Hochtechnologie-Sektoren durchaus nicht unvereinbar.** Design, Technologie und Know-how gehören den internationalen Unternehmen und werden von ihnen kontrolliert. **Die nichtmaterielle Produktion und die Kontrolle über geistige Eigentumsrechte ordnen sich die materielle Produktion unter**. Die nichtmateriellen Sektoren eignen sich die Gewinne der materiellen Industrieproduktion an.

Der unglaubliche Schub, der in den 80er und 90er Jahren die Telekommunikation, **Computertechnologie** und Produktionstechnik erfasst hat, stellt einen entscheidenden **Hebel im Prozess der industriellen Standortverlagerung** dar: Die Unternehmenszentralen stehen nunmehr mit ihren Produktionsstandorten und Montagefabriken auf der ganzen Welt in unmittelbarem Kontakt und verfügen damit über ein machtvolles Instrument weltweiter Kontrolle und Aufsicht. Global agierende Firmen minimieren die Lohnkosten weltweit durch ihre Fähigkeit, sich Produktionsstandorte (oder Subunternehmer) in Billiglohnländern überall auf der Welt zunutze zu machen.

Obwohl die **technologische Revolution** in den Industrieländern neue Berufsfelder entstehen lässt, **vermindert sie den Arbeitskräftebedarf der Industrie erheblich**. Neue, von Robotern bediente Montagebänder werden gebaut, während die Arbeitnehmer der vorhandenen Produktionsstätten entlassen werden. Der **technologische Wandel** in Verbindung mit der **Standortabwanderung** und der **Umstrukturierung** der Unternehmen begünstigt daher tendenziell neue **Fusionswellen** und Übernahmen in den Schlüsselindustrien. Zugleich werden **auch** bestimmte **Dienstleistungen** an Billiglohnstandorte in der Dritten Welt und Osteuropa **ausgelagert**. Ein Teil der Dienstleistungswirtschaft gehört somit nicht mehr zum »immobilen« Sektor. Unternehmen und Finanzinstitute können bei etlichen Bürotätigkeiten ihr Personal reduzieren: Die Buchführungssysteme großer Firmen z.B. lassen sich heute problemlos und via Computernetze und E-Mail unter beträchtlichen Einsparungen in Entwicklungsländern betreiben, wo qualifizierte Buchhalter und Computerspezialisten für weniger als 100 Dollar im Monat beschäftigt werden können. Auch Aufträge in Sachen Daten- und Textverarbeitung können in dieser Weise an Subunternehmen etwa auf den Philippinen vergeben werden, in denen Büropersonal unter schlechten Arbeitsbedingungen für zwei oder drei Dollar am Tag arbeitet.

Da mehr als 70 Prozent der Beschäftigten in den Industrieländern im Dienstleistungssektor arbeiten, sind die potenziellen Auswirkungen einer Standortverlagerung auf die Löhne und die Beschäftigung - ganz zu schweigen von den sozialen Konsequenzen - schier unabsehbar.

Dieser Beitrag ist dem Buch von **Michael Chossudovsky „Global Brutal, Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg" (Verlag 2001)** entnommen

Go East
Die Lohnkarawane deutscher Unternehmen

Monitor (WDR) berichtet am 25.03.2004 über die europäische Niedriglohnökonomie

Sonia Mikich: *"Siemens z.B. will es billig. Der Konzern droht diese Tage, mehr als 10.000 Arbeitsplätze in Niedriglohnländer zu verlagern. Je östlicher, je lohnender. In der folgenden Reportage zeigen wir Ihnen, wie die Lohnkarawane – längst – funktioniert.*
Der Bochumer Textilunternehmer Steilmann verkündete jetzt die Schließung seiner letzten deutschen Produktionsstätte. Der Grund: Näherinnen in Deutschland sind zu teuer, die Produktion wandert ab nach Ost-Europa. Andreas Maus folgte der Lohnkarawane – bis nach Moldawien. Und erlebte, wie die Ware Arbeitskraft von Land zu Land billiger wird."

Das sind die Hände einer Näherin aus **Cottbus**, sie näht eine Bluse für die Firma Steilmann.
Diese Hände gehören einer Näherin in **Rumänien**, auch sie näht eine Steilmannbluse.
Und diese Hände nähen in **Moldawien**, auch für Steilmann.
Und das ist Klaus Steilmann, der Gründer des Unternehmens – er stand einmal für eine Erfolgsstory. Vor Jahren begann die Suche nach immer noch billigeren Arbeitsplätzen im Osten. Produktionsstandort Cottbus, 600 Kilometer östlich vom Bochumer Stammwerk. 160 Frauen nähen hier für Steilmann. Anfang der neunziger Jahre kam das Unternehmen hierher, schuf Arbeitsplätze, bekam dafür gut ausgebildete Näherinnen, und das billiger als im Westen.

Yvonne Biesenthal, Angestellte bei Steilmann: "*Und man hat sich auch angestrengt, 'nen guten Eindruck zu machen, damit man auch behalten wird, weil um Arbeit ist jeder bedacht. Und nun hat das die ganzen Jahre hier so gut geklappt, und der Lohn wurde auch immer wieder 'n Stückchen höher, und dann hat man schon gedacht, dass man irgendwann man vielleicht mal mit dem Beruf es schafft, an den Westlohn auch angeglichen zu werden*." Doch Ende März ist Schluss,

der letzte Produktionsbetrieb Steilmanns in Deutschland wird dichtgemacht.

Sabine Wöhler, Angestellte bei Steilmann: "*Da kamen die aus heiterem Himmel. Auftragsbücher voll, die Regale voll, und auf einmal wird gesagt: Hier wird zugemacht. Weil wir zu teuer sind, so wurde es uns gesagt. Nicht, dass er bankrott geht oder dass er kein Geld mehr hat, Insolvenz, da verdient er eindeutig und dann auch noch Rumänien geht, und dass es da billiger ist*."

900 Euro netto im Monat bekommt eine Arbeiterin, nicht viel für die extrem anstrengende Arbeit, aber zuviel für Steilmann.

Rüdiger Knaup, Steilmann GmbH: "*Deshalb sind wir schlicht und ergreifend aus Marktbedingungen gezwungen, im Ausland zu fertigen, wo die Löhne günstiger sind*." Das Standardargument vieler Unternehmer. Wir folgen der Lohnkarawane nach Osten, 1300 Kilometer nach Craiova/ Rumänien. Morgens halb sieben, Arbeiter kommen in Bussen zu Craimodex, einer Steilmann-Fabrik. Hier arbeiten rund 2000 für den Konzern – 10.000 sind es in ganz Rumänien. Arbeitsplätze – der Exportschlager Made in Germany. Von Boom und Aufschwung vor Ort spüren wir jedoch nichts.

Als wir drehen wollen im Werk, mit Arbeiterinnen sprechen, lautet die Order vom Mutterkonzern: nicht reinlassen. In Gesprächen unter vier Augen, ohne Kamera, erzählen uns Arbeiterinnen, wie stark der Druck geworden ist. Wehe, wer hier über Arbeitswochen mit 50 Stunden und mehr oder die Arbeitsbedingungen klagt. Der ist schnell seinen Job los. Die Mode-Kolonie, so nennen sie die Fabriken hierzulande. Ausbeutung, niedrige Löhne, wenig Sicherheit. Archivaufnahmen aus der Steilmannfabrik in Craiova. So wie hier lassen fast alle namhaften Bekleidungshersteller in Rumänien nähen. 400.000 Beschäftigte, Rumänien ist die Nähstube Europas.

Die Näherin in Cottbus verdient **900**, ihre rumänische Kollegin **150 Euro im Monat**. Ein gutes Geschäft für den deutschen Unternehmer. Und trotzdem, den rumänischen Arbeiterinnen sitzt die Angst im Nacken, dass auch ihr Billiglohnland bald zu teuer sein wird. Gewerkschafter in Bukarest erzählen uns von Strategien und Drohungen deutscher Unternehmer.

Gheorge Nastase, Textilgewerkschaft UNICONF: "*Die ausländischen Investoren kommen nach Rumänien, um gute Produkte zu möglichst niedrigen Kosten zu produzieren. Dies spiegelt sich natürlich in den Löhnen der Arbeiter hier wieder. Da bildet auch Steilmann keine Ausnahme. Und weil Steilmann Fabriken besitzt und wichtiger Kunde ist, kann er auf die Gewerkschaften und Arbeiter Druck ausüben, die Löhne niedrig zu halten. Auch mit dem Hinweis auf die Konkurrenz.*"

Die Angst der Steilmannarbeiter in Rumänien, sie ist nicht aus der Luft gegriffen, das räumt auch der Konzern ein.

Rüdiger Knaup, Steilmann GmbH: "*Auch dort gibt es für Rumänien, aus rumänischer Sicht, ausländische Konkurrenz, beispielsweise aus Weißrussland, aus der Ukraine, wo die Fertigungslöhne noch geringer sind, und auch da ergibt sich eine Situation, wo die Rumänen natürlich sehen müssen, dass sie ihre Produktivität weiter steigern und diesen Prozess vermeiden, sonst wird auch dieses Produktionsland für die Bekleidungsindustrie irgendwann nicht mehr attraktiv sein, weil es zu teuer ist*."

Steilmann und die Lohnkarawane wollen und können es jetzt schon billiger. Wir folgen ihr, 450 Kilometer weiter nach Osten. Ins Billiglohnland hinter dem Billiglohnland. **Moldawien**. Ein Markt in Balti, der zweitgrößten Stadt des Landes. Moldawien ist das Armenhaus Europas, elender geht's kaum. Um zu überleben wird alles verkauft, selbst wenn es veraltet und eigentlich nicht mehr zu gebrauchen ist. Und wo die Armut groß und Jobs selten sind, wird Arbeit natürlich noch billiger für den, der sie bietet.

Wir sind in der Fabrik "Balteanca". Und wieder treffen wir eine alte Bekannte. Die Firma Steilmann. Auch in Balti lässt der Bochumer Konzern arbeiten. 600 Frauen und Männer nähen, schneidern und bügeln hier. Und für die gleiche Arbeit wie in Cottbus oder Craiova gibt's wieder weniger Geld. Für etwa 30 Cent die Stunde geht hier die Arbeit über den Tisch. Wer sich anstrengt, kommt dann auf **80 Euro im Monat**.

Das Büro des Direktors im Steilmann-Betrieb. Auch Konstantin Botnar weiß, dass seine Fabrik nur eine weitere Etappe ist auf dem Weg der Lohnkarawane.

Konstantin Botnar, Direktor "Balteanca": "*Sie haben natürlich Recht: jedes Unternehmen geht dahin, wo Lohn und Produktion am billigsten sind. Bei uns sagt ein Sprichwort: je schlechter, desto besser. Und da es Moldawien schlecht geht und Rumänien besser, nun, deswegen sind die Löhne im Vergleich zu Rumänien natürlich noch geringer. So funktioniert halt die Philosophie der Unternehmer*."

Wir fahren nach Deutschland zurück, folgen der Route, die die LKWs mit fertiger Kleidung aus Balti nehmen. Moldawien wird nicht das Ende sein der lohnmörderischen Karawane, wenn es darum geht, für die Märkte hier zu produzieren.

Und auch in Cottbus sind die Arbeiterinnen ja nicht nur Arbeiterinnen, sondern auch Kundinnen. Und sie durchschauen sehr genau die kurzatmige Strategie der Arbeitsplatzverlagerer und ihre Konsequenzen.

Heidemarie Belohlavek, Arbeiterin bei Steilmann: "*Wenn ich jetzt arbeitslos bin, kann ich mir keine Bluse für 40 oder 50 Euro oder ein Kleid dann mehr leisten. Das ist ja logisch. Dann muss ich eben auch auf Billigprodukte zurückgreifen*."

Sabine Wöhler, Arbeiterin bei Steilmann: "*Aber wir können doch nicht mit noch weniger gehen. Wenn uns jetzt ein Unternehmer hier für vier Euro aufkaufen wollte, wo sollen wir die Miete noch hernehmen?*"

Yvonne Biesenthal, Arbeiterin bei Steilmann: "*Irgendwann werden sie ja merken, dass Deutschland die Kaufkraft verliert. Desto mehr arbeitslos hier werden, um so weniger wird ja gekauft. Vielleicht wird dann irgendwann der Kreislauf sich schließen und dann werden sie das merken*."

Sonia Mikich: "*Unternehmer, die längerfristig auf diese Strategie setzen, sparen sich den Markt daheim kaputt. Das ist eine Schlussfolgerung. Die andere: Wir müssen anfangen, nicht nur beim Warenfluss, sondern auch bei Löhnen und Arbeitsbedingungen international zu denken und zu handeln*."

Bericht: Andreas Maus

Mark Weisbrot

Anti-Sweatshop Bewegung in den USA

ZNet 06.11.2003

Letzte Woche bekam der US-amerikanische Textilfabrikant Sean "P.Diddy" Combs die Hitze der Anti-Sweatshop Bewegung zu spüren, als Aktivisten gegen die unmenschlichen Bedingungen bei der Herstellung seiner "Sean John" T-Shirts die TV Nachrichten stürmten. Mr. Combs, dessen neuester Hit "Shake Ya Tail Feather" in Zusammenarbeit mit Hip Hop Kollegen Murphy Lee und Nelly die Pop Charts im Sturm genommen hat, leugnete jegliches Wissen darüber, dass die Arbeiter der Choloma Fabrik (Honduras), wo die Kleidung der Firma hergestellt wird, misshandelt würden.

"Ich möchte sicherstellen, dass jede Ware mit meinem Namen darauf, von Arbeitern hergestellt wird, die gut behandelt werden" sagte er der Presse.

Das können wir ihm glauben, aber was ist zu tun? Nach Aussagen der Fabrikarbeiter und des U.S. National Labor Committee, entbehren die 380 Angestellten jegliche Grundrechte. Vierzehn von ihnen wurden gefeuert, weil sie versuchten eine Gewerkschaft zu organisieren, und schwangere Frauen werden abgewiesen. Sie beschweren sich auch über erzwungene Überstunden, und dass ihnen nur zwei Toilettenpausen täglich zugestanden werden. Die Gehälter liegen zwischen 65 und 98 Cents pro Stunde; das sind, wie Aktivisten erklären, etwa 15 % der Herstellungskosten eines einzigen T-Shirts, das in New York für $40 verkauft wird.

Das Problem der rücksichtslosen Ausbeutung der Sweatshop Arbeit besteht weltweit und hat eine internationale Bewegung ins Leben gerufen. Marktforscher zeigen, dass die meisten Amerikaner bereit wären wesentlich mehr für Kleidung zu zahlen (28% mehr auf ein $10 Stück, einer Umfrage zufolge), das unter guten Arbeitsbedingungen hergestellt wurde. Aber ihre Chancen, dies zu tun, blieb bis heute beschränkt.

Und nach Meinung vieler Wirtschaftsexperten, ist das nicht unbedingt etwas Schlechtes. Als Antwort auf die Anti-Sweatshop Bewegung, die vor drei Jahren über die amerikanischen Universitäten fegte, formulierten 352 Akademiker, die meisten davon Wirtschaftsexperten, einen Brief an die Universitätspräsidenten. Sie waren besorgt, dass die Bewegung die Sweatshop-Gehälter so in die Höhe treiben könnte, dass "infolgedessen Verlagerungen der Arbeitsstellen erfolgen würden, die den kollektiven Wohlstand der Arbeiter in den armen Länder, denen man zu helfen meint, noch weiter verschlechtern würde."

Anders ausgedrückt, die Jobs werden auswandern. Dieses Argument trägt leider mehr Gewicht als es tragen sollte. Sie ähnelt den Vorbehalten, die gegen das Verbot von Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten, vor fast einem Jahrhundert vorgebracht wurden: Die Familien würden um vieles ärmer werden, wenn die Kinder nicht arbeiten könnten. Oder die Argumente gegen Gewerkschaften und höhere Löhne, die in den letzten zwei Jahrhunderten benutzt worden sind: Diese "Eingriffe" würden auf dem Arbeitsmarkt zu Arbeitslosigkeit führen.

Die Vereinigten Staaten konnten die Kinderarbeit abschaffen, und bis in die späten 70er Jahren der großen Mehrheit der Arbeitskräfte ermöglichen, an der steigenden Produktivität teilzuhaben, weil wir unsere Gesetze geändert und Tarifverhandlungen zugelassen haben. Es war ein langer Kampf: Das Recht, Gewerkschaften zu organisieren, war im Bundesgesetz bis 1935 nicht anerkannt, und auch dann noch waren Sitzstreiks nötig, um es umzusetzen. Und dieses Recht wurde dann in den letzten 25 Jahren wieder stark verwässert - sogar in einer gut verdienenden, demokratischen Gesellschaft wie dieser.

Das Problem ist, dass kein Nationalstaat solche Rechte für Arbeiter festsetzen kann, die für die globalen Konzerne arbeiten, die den Erdkreis auf der Suche nach den niedrigsten Arbeitskosten durchwandern. Im Gegenteil, die wichtigsten globalen Institutionen - der IWF, die Weltbank und die WTO - neigten im Allgemeinen in die andere Richtung, und erzwangen die Deregulierung der Arbeitsmärkte. Arbeiter auf der ganzen Welt befinden sich in einem "Wettrennen nach unten", in dem z.B. Maquiladoras aus Mexiko jetzt zu den noch billigeren Arbeitsmärkten in China auswandern. Das ist die logische Konsequenz bei der Aushandlung stets neuer Abkommen (z.B. NAFTA, die WTO), die neue Rechte und erzwungene Mechanismen für internationale Investoren schaffen, aber die Rechte der Arbeiter schamlos übergehen.

Die Anti-Sweatshop Bewegung kann das alles nicht alleine ändern. Aber mit der Unterstützung von Arbeitern, die für ihre Arbeitsrechte kämpfen, kann sie ein Gegenströomung organisieren, die bei der Festsetzung neuer akzeptablen Normen helfen kann.

Mr. Combs, der am letzten Wochenende am New York City Marathon teilnahm, steht nun vor einer neuen Herausforderung, die es ihm ermöglichen könnte, mit gutem Beispiel voranzugehen. Er könnte fordern, dass sein Lieferant die Gewerkschaft anerkennt, die Arbeiter wiedereinstellt, die wegen gewerkschaftlicher Organisierung gefeuert wurden, und die sehr bescheidenen Forderungen der Arbeiter bezüglich Gehälter und Arbeitsbedingungen akzeptiert. Und er könnte verkünden, dass andere Kleidungshersteller dasselbe tun sollten. Also das würde wirklich einige Schwanzfedern schütteln.

Mark Weisbrot ist Co-Direktor des Center for Economic and Policy Research (www.cepr.net), in Washington D.C

Schwitzen für die neueste Mode

Arbeit ist billig und wird noch billiger werden

*Das englische Wirtschaftsmagazin „**The Economist**“, schon von Karl Marx als Informationsquelle der imperialen englischen Bourgeoisie häufig zitiert, hat in einer Beilage unter dem Titel „Lumpen und Reichtümer“ am 6.3.04 einen Überblick über die weltweite Arbeitsteilung in der Luxusgüter-Industrie geliefert. Der Artikel beschreibt, wie Mode-Firmen (GAP, Nike, Adidas oder Benneton) in vielen Ländern der 3. Welt oder auch in der Türkei ihre Produkte durch Kinder- und Häftlingsarbeit zu Hungerlöhnen herstellen lassen Wir zitieren einen Abschnitt aus dieser Analyse.*

Luxus-Marken können es sich erlauben, hoch bezahlte Arbeit in ihren Heimatländern zu bezahlen. Weniger exquisite Marken …können das nicht.

Am obersten Ende des Marktes erlaubt die kommerzielle Kalkulation einen gewissen Spielraum. Designer wie Proenza Schouler berechnen einen Preis, der doppelt so hoch ist wie die Kosten für Arbeit und Material; Barneys verkauft die Produkte dann an die Kundin zu etwa 2000 $ für ihr Kleid, jeder ist glücklich.

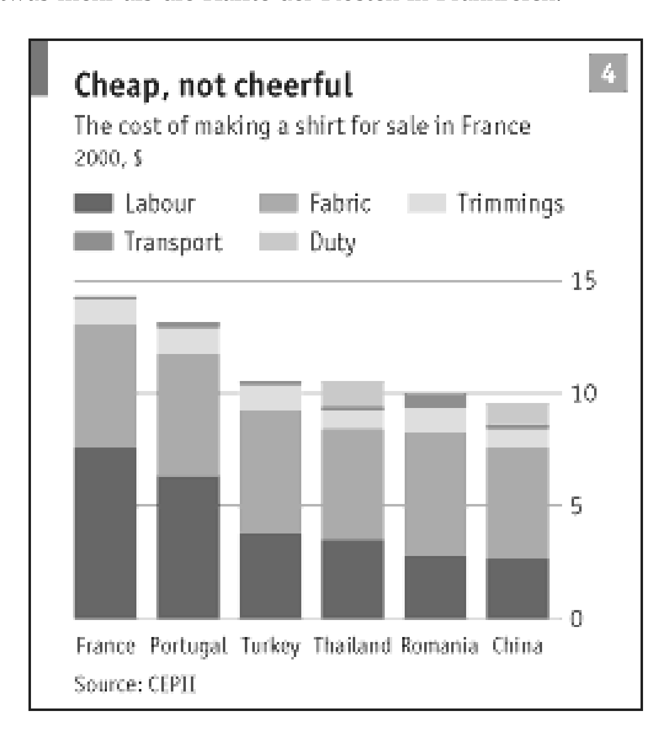
Wenn man zur unteren Marktsektion wandert, zu Gap und Macy’s in den USA, oder zu Top Shop in Britain, oder zu Printemps in Frankreich, dann zählt dort für die Kunden oft vor allem der Preis. Daher die **Konkurrenz** durch Verkaufsketten und Hersteller, um den billigsten Lieferanten zu finden, und das heißt: die billigsten Arbeiter.

Wie billig genau – das würde zweifellos die meisten Käufer der Endprodukte schockieren.
Eine Näherin in Bangladesh zum Beispiel hat Anspruch auf einen monatlichen Mindestlohn von 18,53$, für die man gerade mal ein halbes Dutzend Cafe Latte bei Starbucks in Los Angeles bekommt. In Honduras hat ein Arbeiter in der Exportindustrie einen Anspruch auf 139$ im Monat. In Chinas Guandong Provinz ist der Mindestlohn 63,75$, wahrscheinlich unterstützt von Subventionen für die Unterkunft für die Tausende von jungen Frauen, die aus Chinas ärmeren Binnenprovinzen in die Guandong-Fabriken wandern.

Wenn man dieses Niveau mit dem US-amerikanischem Mindestlohn von monatlich 893$ für eine 40-Stunden-Woche vergleicht, dann ist es nicht erstaunlich, dass US-amerikanische Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagert haben.

So stellt die Levi Strauss AG z.B. nach 150 Jahren keine Jeans mehr in den USA her. Weil sie sich keine Arbeiter leisten kann, die 12 $ pro Stunde verdienen, haben sie die letzte US-amerikanische Fabrik im Januar geschlossen. Noch 1980 hatte Levi’s mehr als 60 Fabriken in den USA.

Ein solcher Kostendruck ist nicht auf amerikanische Unternehmen beschränkt. Eine neue Studie von CEPII, einem französischen Forschungsinstitut, hat ausgerechnet (siehe die Grafik), dass die Arbeitskosten für die Herstellung eines Hemdes in Frankreich für den französischen Markt etwas mehr als die Hälfte der Gesamtkosten ausmachen. Dasselbe Hemd kann in Portugal für die etwas weniger als der Hälfte hergestellt werden. Wird das Hemd jedoch in China hergestellt, betragen die Arbeitskosten nur 28% des Gesamtwertes. Selbst wenn man Zollabgaben und Transportkosten hinzufügt, so kostet das Hemd aus China etwas mehr als die Hälfte der Kosten in Frankreich.



Der Artikel berichtet dann über den Erfolg der Kampagne für faire Arbeitsbedingungen, die von den US-amerikanischen Gewerkschaften unterstützt wird. So wurde 120 Zulieferern von Gap wegen schlechter Arbeitsbedingungen gekündigt.

„The Economist“ schließt seinen Artikel: Was also soll das, könnte ein Zyniker einwenden. Diese Fabriken werden ihre Preise senken und Verträge mit anderen amerikanischen oder europäischen Firmen abschließen. Es ist eine harsche Realität, dass es schon einen „Wettlauf nach unten“ im Konkurrenzkampf um Verträge gibt, und das Tempo dieses Wettlaufs wird sich im nächsten Jahr beschleunigen, wenn die Mitglieder der WTO ihre Quoten für Textilien und Bekleidung beenden. Wenn dann importierte Textilwaren noch einmal 15 % billiger sein werden, haben reiche Konsumenten Grund zum Lächeln. Nicht so die armen Leute, die die Kleidung herstellen.

The Economist 10/2004 Übersetzung P.Strotmann

Karl Heinz Roth:
Umbruch in Deutschland
Der Sozialkahlschlag: Perspektiven von oben – Gegenperspektiven von unten

Rede von Karl Heinz Roth, die der Bremer Sozialhistoriker auf der Aktionskonferenz des Bremer Bündnisses gegen Sozialkahlschlag am 20. Februar gehalten hat.

Seit der berüchtigten »Agenda 2010« der SPD-Grünen-Regierung wird auch in Deutschland der Sozialstaat unwiderruflich geschleift. In allen seinen Funktionsbereichen findet eine pausenlos zugreifende und arbeitsteilig abgestimmte Demontage statt. Der Sozialkahlschlag konzentriert sich auf die Arbeitsmärkte, das Gesundheitswesen, den Bildungssektor, die Altersrenten und die Migrationspolitik.

Neue Verelendung

Durch die sogenannten Hartz-Reformen (Deregulierungspaket I – IV der Hartz-Kommission der Bundesregierung) ist auf den Arbeitsmärkten ein qualitativer Sprung eingeleitet worden, der weitreichende Folgen haben wird. Die auf abhängige Erwerbsarbeit Angewiesenen werden weitgehend entrechtet. Die Sozialfonds für Erwerblose werden auf ein Minimum zusammengestrichen. Der Bezug der bisherigen Arbeitslosenhilfe wird auf das Niveau der Sozialhilfe zurückgeführt und mit dieser gleichgesetzt. So nimmt das seit längerem verfolgte Projekt der Arbeitserzwingung konkrete Gestalt an. Das Ergebnis ist die massive Ausweitung des Sektors ungeschützter Arbeitsverhältnisse, die schon jetzt mehr als die Hälfte des gesamten Arbeitsvolumens ausmachen, und die endgültige Abkehr vom Modell der »Kernbelegschaften«. Auch in Deutschland hält die Arbeitsarmut Einzug. Auf die weitgehende Auflösung der Sozialfonds für Erwerbslose folgt die breite Einführung eines Niedriglohnsektors.

Das Gesundheitswesen wird auf allen Strukturebenen um ein Drittel demontiert und zugleich verteuert. Die Kranken sind seit Jahresbeginn mit weiteren Gebührensteigerungen konfrontiert, die auf mehreren Ebenen greifen. Auf diese Weise wird in allen Strukturbereichen die Privatisierung vorangetrieben. Die Versicherungs- und Pharmakonzerne übernehmen die Regie und unterwerfen das Gut Gesundheit einer an der Rendite orientierten Rationierung.

Auch im Bildungssektor werden drastische Abbaumaßnahmen vorangetrieben. Parallel dazu werden vor allem finanziell greifende Zugangshürden errichtet. Die pluralistisch-demokratischen Strukturreste in Ausbildung und Forschung sind Makulatur geworden und werden auch hier von den Berufsschulen bis zu den Universitäten einer rasch um sich greifenden Privatisierungsoffensive geopfert. Unter dem zunehmenden Anpassungs- und Selektionsdruck wächst die Bereitschaft vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ihre Denk- und Forschungsstrukturen der Scheinlogik der Märkte zu unterwerfen. Die Gefahr wächst, daß die in Jahrhunderten gewachsenen Fähigkeiten zur kritischen Systemreflexion über die Geschichte und Perspektiven der Gesellschaft beseitigt werden.

Inzwischen werden auch die Bezieher von Altersrenten in den Strudel der Sozialdemontage hineingezogen. Durch hinterhältige Eingriffe in die Leistungskataloge werden die Anwartschaftszeiten fortschreitend verlängert, die Anrechnungszeiten für die Berufsausbildung vollends gestrichen und die Zahlungen schrittweise auf unter 50 Prozent des vorher erzielten Arbeitseinkommens gedrückt. Auch aus diesem besonders sensiblen Kernbereich verabschiedet sich der Sozialstaat und öffnet dem Versicherungskapital durch die Liquidierung des Generationenvertrags und des Umlage-verfahrens das Tor für den Zugriff auf die Ersparnisse der kleinen Leute.

Im Gegensatz zu diesen dramatischen Angriffen auf die soziale Sicherheit der Masse der Durchschnittsbevölkerung war die Marginalisierung der Migrantinnen und Migranten schon im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre vorangetrieben worden. Die Gesellschaft hat sich an den Skandal der Heimunterbringung, der Aufenthaltsbeschränkungen und der Abschiebeknäste für Flüchtlinge gewöhnt. Bekanntlich wird aber an den Minderheiten nur durchexerziert, was letztlich allen bevorsteht, und deshalb wird sich die Hinnahme dieser brutalen Ausgrenzungsmaßnahmen noch bitter rächen. Es ist jedenfalls ein bedrohliches Zeichen, daß selbst die Einführung beschränkter Immigrationsregulierungen unterbleibt.

Wenn wir diese Veränderungen in ihrem Zusammenwirken reflektieren, dann fällt die Zwischenbilanz **bitter** aus. Der Bruch mit dem sozialen Sicherungssystem findet jetzt auch zwischen Rhein und Oder statt, und dabei ist es kein Trost, daß der Sozialkahlschlag trotz seiner Vorentwicklungen seit den 1980er Jahren vergleichsweise spät zu greifen beginnt. Er hat bei der Masse der Löhne und Sozialeinkommen beziehenden Bevölkerung genauso wie bei den durch den Umbau des Bildungswesens betroffenen Jugendlichen eine tiefgreifende Desillusionierung und Verunsicherung ausgelöst, und es ist zum ersten Mal wieder zu breiteren Protestaktionen gekommen. Es ist dringlich geworden, sich über die wahrscheinlichen Folgen dieses sozialen Umbruchs Klarheit zu verschaffen.

Die aktuelle arbeits- und sozialpolitische Entwicklung kann indessen erst in ihren internationalen Zusammenhängen richtig verstanden werden.

Globaler Kontext

In Deutschland wird gegenwärtig **im Eiltempo nachgeholt**, was in den 1980er Jahren in den USA und Großbritannien unter Reagan und Thatcher begonnen hatte und in den 1990er Jahren in Italien, Spanien, Frankreich und der Schweiz sowie in den meisten Schwellen- und Transformationsländern des kapitalistischen Weltsystems ausdifferenziert worden war. Dabei sind in der Taktik des Vorgehens zwar gewisse nationale Differenzierungen zu erkennen, die vor allem durch das unterschiedliche Ausmaß des Widerstands gegen den Sozialabbau bedingt sind. Durch sie werden jedoch die identischen Grundlinien nicht in Frage gestellt. **Weltweit ist eine Spirale der sozialpolitischen Demontage in Gang gekommen**, die die bisherigen strukturellen Unterschiede zwischen Metropolen, Semiperipherie und Peripherie aus der Perspektive der arbeitenden Armen zunehmend verwischt. Zwar bestehen aufgrund der unterschiedlichen Lebensstandards zu Beginn des sozialen Angriffs auch heute noch erhebliche Unterschiede. Aber

für die Obdachlosen und Flüchtlinge ist es nicht mehr so entscheidend, unter welchen Brückenpfeilern und in welchen Asylen sie dahinvegetieren.

Auch die deutsche Entwicklung ist Teil eines weltweiten Deregulierungskonzepts des Kapitals und seiner internationalen Institutionen, das nicht neoliberal, sondern neokonservativ und zutiefst reaktionär ist. Seit den 1980er Jahren erobern die Kapital- und Finanzgruppen die sozialstaatlichen Schalthebel. Sie verkehren die bisherige Richtung der Umverteilungsmechanismen zur Existenzsicherung der Schwachen in ihr Gegenteil. Gleichzeitig erzwingen sie in einem alle Nationalstaaten erfassenden Dominoeffekt eine massive Senkung der Steuereinnahmen. Während die Budgets für die Sozialeinkommen der Armen gedrosselt werden, werden die Etatposten für den Ausbau des Repressionsapparats – Polizei-, Gefängniswesen und Psychiatrie – erhöht. Die sozial ausgleichende »linke Hand« der Staaten verkümmert zunehmend, und die Vordenker und Akteure des neokonservativen Umbaus betonen die Notwendigkeit einer »starken Rechten«, um die sozialen Desintegrationsfolgen ihres Vorgehens vorbeugend unter Kontrolle zu bringen. Wer sich mit dem Elendsdasein eines arbeitenden Armen nicht abfinden will und in die kriminalisierten Sektoren der Schattenwirtschaft ausweicht, soll die Schlagkraft des abstrafenden Repressionsstaats zu spüren bekommen.

Dieser Umbau war und ist nur möglich, weil sich die in den parlamentarischen Repräsentationssystemen verankerten politischen Klassen aller Lager den Strategien und Verheißungen des neokonservativen Zugriffs unterworfen haben. Da sie sich selbst jedoch bei der Verabschiedung ihrer sozialpolitischen Gesetzes- und Verordnungspakete von den nachteiligen und existentiell verunsichernden Folgen ausnehmen, ist ihr Kotau mit folgenreichen kollektiven Korruptionserscheinungen verbunden. Die kollektive Selbstbevorteilung macht die politischen Klassen weithin sichtbar und löst bei denjenigen, die unter der von ihnen dekretierten sozialen Ungerechtigkeit zu leiden haben, Ressentiments und Haßgefühle aus. Dies führt mittelfristig zu einer Demontage der repräsentativ-demokratischen Systeme von innen heraus und kann gefährliche Folgen haben. Unter diesen Vorzeichen erleben wir nun auch in Deutschland – fünfzehn Jahre nach Frankreich und zehn Jahre nach Italien – die Selbstzerstörung der Sozialdemokratie aller Varianten, wobei sich auch die PDS durch ihre Beteiligung an der Berliner Stadtregierung und deren Kapitulation vor den aus dem Kalten Krieg überkommenen Finanzspekulanten selbst das Grab geschaufelt hat. Aber auch in solchen Ländern, in denen wir es mit unbezweifelbar integren politischen Führungen zu tun haben, wie beispielsweise in Brasilien, scheint es keine Handlungsräume für wirksame Gegeninitiativen mehr zu geben.

Imperialistisches Netzwerk

Die inneren Umwälzungen finden unter nicht weniger dramatischen äußeren Rahmenbedingungen statt. Sie sind in die Formierung eines neuen kollektiven Imperialismus eingebettet, der die Weltinstitutionen an die militärische Weltherrschaft der USA anpaßt und sich in den strategischen Krisenzonen des Weltsystems mit Methoden festsetzt, die an den klassischen Kolonialismus erinnern. Trotz aller Rivalitäten unter den Großmächten scheint ein neues Netzwerk imperialistischer Herrschaft zu entstehen, das innere Gegensätze ständig ausgleicht und die gemeinsame Kontrolle über die strategischen Ressourcen sowie die Stagnations- und Depressionsgebiete des Weltsystems durchsetzt. Auch die Frage, in welchen Regionen als bedrohlich geltende Blockaden gegen die Ausweitung der Wertschöpfung gewaltsam beseitigt werden sollen, scheint trotz des jüngsten Alleingangs der angelsächsischen Kriegskoalition gegen den Irak letztlich kollektiv entschieden zu werden – im Rahmen »ultra-imperialistischer« Abstimmungsverfahren, wie sie Karl Kautsky ausgerechnet 1915/16, auf dem Höhepunkt eines zerstörerischen Hegemonialkampfs der Großmächte, vorausgesehen hatte.

Ziele und Folgen

Welche Ziele verfolgt das neokonservative Projekt und welche Folgen wird die Zerstörung des bisherigen sozialstaatlichen Klassenkompromisses haben?

Der innere Sozialkahlschlag und die veränderten äußeren Weichenstellungen zur Regulierung des kapitalistischen Weltsystems sind zweifellos zwei Seiten einer Medaille. Auf der Grundlage weltweit verschärfter und zugleich kollektiv-gewalttätig abgesicherter Ausbeutungsverhältnisse soll ein neues Akkumulationsregime durchgesetzt werden. Es unterscheidet sich vom vorherigen Zyklus vor allem dadurch, daß es die Vollbeschäftigungsmaxime und das Massenkonsumversprechen des keynesianisch-fordistischen Zeitalters durch ein System der strategischen Unterbeschäftigung ersetzt. Weltweit soll zu Spottpreisen eine wirtschaftliche Reservearmee verfügbar gemacht werden, und weltweit werden die sich vergrößernden unverwertbaren Segmente der Massenarmut auf neue Weise ausgegrenzt und eingefriedet. Die postkoloniale Bewegungsfreiheit der transkontinentalen Massenmigrationen wird wieder aufgehoben. Die von den Migrantinnen und Migranten erkämpfte Freizügigkeit stößt inzwischen überall auf der Welt auf elektronische Grenzzäune und auf weithin sichtbare Mauern. Diese Monumente einer neuen Ausschließungskultur demonstrieren auf drastische Weise, daß die Annahme, die ungezügelte Mobilität des Kapitalverkehrs würde auch eine »neoliberale« Freizügigkeit der Menschen hervorbringen, eine Illusion war. Nicht nur in dieser Hinsicht hat sich der sogenannte Neo-Liberalismus als kompromißlos menschenfeindlicher Neo-Konservatismus entlarvt, der immer unverhüllter auf autoritäre Herrschaftsmechanismen zurückgreift.

Zusätzlich soll dieses neu dimensionierte äußere Wachstumsmodell langfristig durch eine innere Expansionsdynamik gesichert werden. Durch diesen Weg in das Innere der Gesellschaften unterscheidet sich das gegenwärtige Akkumulationsregime am weitesten von seinen Vorläufern. Denn seine Planer und Vordenker sind sich der Tatsache bewußt, daß die letzten noch verbliebenen äußeren Wachstumsquellen – vor allem die Rekonstruktionszone in Ostmitteleuropa und der gigantische late comer China – in zehn bis fünfzehn Jahren erschöpft sein werden. Dann hat das kapitalistische Weltsystem endgültig einen Zustand erreicht, in dem es sich die lebenden und toten Schätze dieser Erde restlos einverleibt hat. Es ist an seine äußeren Grenzen gestoßen, und damit entfällt eine der entscheidenden Voraussetzungen seiner geschichtlichen Dynamik. Da aber der Expansionsdruck einer »endlosen Kapitalakkumulation« (Immanuel Wallerstein) das Wesen des Weltsystems ausmacht, wäre es zum Untergang verurteilt, wenn ihm der Umschlag zu einer nach innen zurückschlagenden Dynamik nicht gelingen sollte. Hier sehe ich die entscheidende Ursache für die gnadenlose Härte, mit der die Planungs- und Aktionszentren des Kapitalismus sich gegenwärtig die bisherigen »allgemeinen Produktionsbedingungen« des Wachstums – gesellschaftliche Reproduktionssphären, soziale Sicherungssysteme, Infrastrukturen und Bildungswesen – aneignen.

Hemmungslose Privatisierung

Nun hat der Kapitalismus auch bei der Strukturierung der nationalstaatlichen »Volkswirtschaften« schon immer eine entscheidende Rolle gespielt. Aber der jetzige Umbruch signalisiert eine neue Qualität des Zugriffs. Im Dienst der inneren Expansion wird die »Agenda 2010« die »Kommodifizierung« der Gesellschaft auf eine qualitativ neue Stufe heben, indem im Dienst der nach innen umschlagenden Kapitalexpansion jetzt allgemeine Alltagsbedürfnisse – Bildung, Gesundheit, Alterssicherung usw. – hemmungslos privatisiert und unter das Diktat der Rendite gestellt werden. Der Kapitalismus weitet seine Kontrolle über den Produktions- und Verteilungssektor auf die Gesellschaft aus und macht sie sich tributpflichtig. Er wandelt sich zu einem Kapitalismus der Gebühren und Dienstleistungsrenditen, die er von Millionen kleiner Einkommensbezieher eintreibt. Ein solches Akkumulationsmodell wäre den Heroen des industriellen Kapitalismus selbst in ihren wildesten Träumen nicht eingefallen.

Für die Mehrheit der Gesellschaft ist dieser Aufbruch des Kapitals »nach innen« außerordentlich folgenreich. Alle, die ihre Arbeitskraft vermieten müssen, um leben zu können, geraten in allgemein ungesicherte Arbeitsverhältnisse. Als neue Form der »Vollbeschäftigung« entsteht ein breiter Niedriglohnsektor. Um ihr Dasein zu fristen, müssen immer mehr Menschen ihren Arbeitsalltag nacheinander auf drei oder vier miserable Jobs verteilen. Ihre Arbeitszeiten steigen dramatisch, während ihre Einkommen sinken. Sie sind zur Arbeitsarmut bis ans Lebensende verurteilt Wer hätte es vor 20 Jahren für möglich gehalten, daß angesichts der rasanten Produktivkraftentwicklung der Kampf für den Achtstundentag und ein freies Wochenende jemals wieder zu einem Hauptanliegen der Assoziation der Ausgebeuteten werden könnte?

Als besonders folgenreich werden sich die Eingriffe in das Bildungs- und Wissenschaftssystem erweisen. Es entstehen neue Zugangsbarrieren auf allen Ebenen. Wissenschaftliche Qualifikationen werden sich nur noch die Kinder der einkommensstarken Gewinner des neokonservativen Umbruchs aneignen können. Mit dieser »elitären« Neuorientierung wird die Marginalisierung des selbstkritischen gesellschaftlichen Reflexionsvermögens einhergehen. Je stärker sich diese Tendenz durchsetzt, desto höher wird der Preis sein, den die Gesellschaften für ihren Rückfall in den Obskurantismus voraufklärerischer Marktvergötzung und analphabetisierter Ressentiments zu zahlen haben.

Ein weiterer Schritt zu Dehumanisierung des gesellschaftlichen Lebens wird durch die Beschränkung des Zugangs zu den Ressourcen des Gesundheitswesens eingeleitet. Wer kein ausreichendes Einkommen hat, um den Wechselfällen einer schweren Erkrankung zu begegnen, wird seine gesamten Ersparnisse in die Waagschale werfen oder auf die Errungenschaften der neuen – und kostspieligen – Gesundheitstechnologie verzichten müssen. Auf diese Weise wird eine alte und bittere Parole wieder belebt: Weil du arm bist, mußt du früher sterben.

So erzeugt der nach innen expandierende Kapitalismus eine neue Massenarmut. War es ihm im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts gelungen, durch das Ingangsetzen der Industrialisierung die »gefährlichen Klassen« der Eigentumslosen in Arbeiterklasse und Subproletariat aufzuspalten, so hat er heute, 200 Jahre später, damit begonnen, den umgekehrten Weg einzuschlagen. Die Arbeitsproduktivität seiner Produktions- und Verteilungssysteme ist heute derart angewachsen, daß zur Erzeugung immer größerer Gütermengen immer weniger lebendige Arbeit benötigt wird. Zugleich ist der Kapitalismus dazu übergegangen, dort zu produzieren, wo die Arbeitskosten weltweit am geringsten sind. Deshalb tritt seine »Globalisierung« zunehmend im Gewand einer Deindustrialisierung der klassischen Akkumulationszentren in Erscheinung, und die von den Propagandisten des Kapitals verhöhnte Marxsche Verelendungstheorie realisiert sich unter umgekehrten Vorzeichen. Die Massenarmut kehrt im Prozeß der Deindustrialisierung in die Metropolen zurück, und dabei scheint auch ihre historische Spaltung in Arbeiterklasse und Subproletariat rückgängig gemacht zu werden. So betreten die »classes dangereuses« wieder die historische Bühne.

Neues Gulag-System

Den Denkfabriken des Kapitals ist diese Tendenz nicht verborgen geblieben. Schon in den 1980er Jahren sind die herrschenden Klassen der USA dazu übergegangen, die Massenarmut vorbeugend zu filtern und ihre potentiell gefährlichen Elemente hinter immer höheren Gefängnismauern wegzuschließen. Im neuen Gulag-System der USA sind inzwischen 2,2 Millionen Menschen interniert, und weitere 7,8 Millionen unterliegen der Justizaufsicht, das heißt, sie können bei der geringsten Unangepaßtheit wieder inhaftiert werden. Diesem Trend sind die EU-Länder bislang nur begrenzt gefolgt. In Deutschland und Italien ist stattdessen eine weniger auffällige Technik der Ruhigstellung der Ausgegrenzten und Gestrandeten in Gang gekommen. Sie werden entmündigt, psychiatrisiert und anschließend von den gemeinde-psychiatrischen Zentren kontrolliert und medikamentös ruhiggestellt. Ihre Zahl hat sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht. Sicher hätten es sich die Väter und Mütter der italienischen und deutschen Psychiatriereform nicht träumen lassen, daß ihre in bester Absicht betriebenen Initiativen zur Auflösung der großen Verwahranstalten und zur Durchsetzung einer humaneren Gemeindepsychiatrie auf derart zynische Weise instrumentalisiert werden könnten.

Wo man derartig mit der »hausgemacht« entstehenden Massenarmut umgeht, haben die Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten ohnehin keine Chance. In einem weit gesicherten europäischen beziehungsweise zentralamerika-nischen Vorfeld – der »Schengener Grenze« und dem neuen Grenzregime im Süden der USA – werden sie inzwischen vor dem Zutritt abgefangen. Soweit sie nicht umgehend deportiert werden, wird die Bewegungsfreiheit der Zugewanderten drastisch beschnitten. Gleichzeitig wird der erneuerte kollektive Kolonialismus die Menschen der Peripherie auf ihren Subkonti-nenten wieder einfrieden. Wie dies im einzelnen geschehen soll, wurde im Irak-Krieg durchexerziert. Während des Golfkriegs von 1990/91 waren unter den unfreien Migrations-arbeitern der Golfstaaten und den irakischen Minderheiten noch Massenfluchten ausgelöst worden. Im vergangenen Jahr sorgten die angelsächsischen Expeditionstruppen dagegen in einem makabren Zusammenspiel mit den irakischen Verwaltungs-bürokratien dafür, daß Massenfluchten unterblieben.

Keine Macht für niemand»

Alles in allem haben wir ein Projekt zur Polarisierung und Re-Proletarisierung der Weltgesellschaft vor uns, die zum Spielball einer neuen Spirale der »endlosen Kapitalakkumulation« geworden ist. Dieser Umbruch erfolgt nicht spontan, sondern wird durch die Herrschaftszentren des Weltsystems

vorangetrieben. Jedoch ist es ziemlich wahrscheinlich, daß sie in absehbarer Zeit die Kontrolle über ihn verlieren, und das Weltsystem auf eine chaotische Transformation zusteuert, deren Ergebnis völlig ungewiß ist.

Wie unsicher sich die Akteure selbst über den Ausgang ihrer Transformationsinitiative sind, bezeugt der Aufwand, den sie betreiben, um ihre Vorgehensweise medial, sprachlich und ideologisch abzusichern. Die Reaktion definiert sich als »Reform«, aus den Entmündigungsgesetzen werden »Betreuungsgesetze«, und in Zeiten steigender Massenerwerbslosigkeit werden die neuen Instrumente zur Arbeitserzwingung als »aktivierende Sozialpolitik« verharmlost. Im Dienst dieser semantischen Umdeutungen werden die Medien zum wichtigsten Scharnier zwischen den herrschenden Kapitalgruppen, den Entscheidungsträgern der großen Transformation, und den politischen Klassen als ihren Erfüllungsgehilfen. Tag für Tag produzieren und reproduzieren die Medien semantische Verdrehungen und visualisierte Lügen, um eine zweite, rein virtuelle Realität hervorzubringen, welche die katastrophalen Folgen des Restaurationsprozesses in Erfolgsberichte ummünzt.

Wer nur im Reich dieser virtuellen zweiten Wirklichkeit zu Hause ist, kann keine Erfahrungen mehr sammeln und keine sozialen Lernprozesse mehr mitgestalten, weil er von seinen Mitmenschen isoliert ist und die Wirklichkeit der harten sozioökonomischen Tatsachen nicht mehr wahrnimmt. Diese beiden Funktionen erklären die Macht der Medien: Sie haben die politischen Klassen einzugemeinden und bei den Objekten der Restauration alle gesellschaftlichen Kommunikations-strukturen, die elementaren Voraussetzungen für soziale Lernprozesse, vorbeugend zu zerstören. Dank der Medien ist der Kapitalismus in Dimensionen der »Gouvernementalität« (Michel Foucault) hineingewachsen, vor denen die Herrschaftsinstrumente der voraufgegangenen Akkumulationszyklen verblassen. Er hat begonnen, den Mentalitätswandel zu manipulieren und zu verkürzen, indem er die bislang mit diesem verknüpften gesellschaftlichen Erfahrungszusammenhänge beseitigt.

Wie könnten die Umrisse einer Gegenperspektive aussehen, die die Entschiedenheit zum Widerstand mit Vorstellungen über eine humane und sozial gerechte Welt verbindet? Über diese Frage ist inzwischen weltweit eine breite Diskussion in Gang gekommen, und sie beginnt immer deutlichere Konturen anzu-nehmen. Im Rahmen dieses Beitrags kann ich nur auf einige Aspekte verweisen, die mir besonders wichtig erscheinen.

Die vier Voraussetzungen eines Gegenprogramms:

Ansatzpunkte zu realistischen Gegenprogrammen und aussichtsreichen Handlungsmöglichkeiten gibt es meines Erachtens **nur noch in einer internationalen Perspektive**. Die Nationalstaaten und die aus ihnen hervorgegangenen übernationalen Blockbildungen (EU, NAFTA usw.) sind der neokonservativen Radikalisierung des kapitalistischen Weltsystems nicht mehr gewachsen. Die Gegenperspektive sollte sich vor allem **nicht in Block-Konzepte einbinden lassen**, denn dann würde sie nur Teil eines vielleicht noch gefährlicheren Umschlags des globalisierten Netzwerkkapitalismus in katastrophale innerimperialistische Machtkonflikte.

Zum **zweiten** bin ich davon überzeugt, daß die **Eroberung der politischen Macht kein Weg mehr** ist, der zum emanzipatorischen Ziel hinführt. Die »traditionellen antisystemischen Bewegungen« (Immanuel Wallerstein) der Arbeiterbewegung wollten die gesellschaftliche Befreiung über den Staat in Gang bringen und vollenden. Dieses Projekt ist gescheitert. Aus dem Untergang des sogenannten Realsozialismus können wir nur noch lernen, vor welchen strategischen Fehlentscheidungen wir uns hüten sollten. Auch aus dieser Perspektive sind der Nationalstaat und die durch ihn begründeten Blockbildungen für uns kein Adressat mehr.

Aussichtsreich erscheint mir deshalb nur noch ein breites soziales Bündnis, das von den Subproletarierinnen und -proletariern der neuen Massenarmut über die ungesichert Beschäftigten und die industrielle Arbeiterklasse bis zu den selbständigen Arbeiterinnen und Arbeitern **alle Verlierer des Umbruchs** einbezieht, also **zwei Drittel bis drei Viertel** der Gesellschaft. Es gibt keine »zentrale Arbeiterklasse« mehr. In jedem Standort werden andere Segmente des neuen Proletariats überwiegen, in den Schwellenländern sicher auch einmal die Belegschaften großer Industriebetriebe. Aber aus der Gesamtperspektive läßt sich **keine Priorität für eine spezifische Schicht** – seien es Erwerbslose, Jobber, Scheinselbständige oder Industriearbeiterinnen und -arbeiter - mehr festlegen. Vielleicht hat die Festlegung der historischen Arbeiterbewegung auf jene Klassensegmente, die aus zumeist männlichen freien Lohnarbeitern bestanden – beispielsweise die Facharbeiter oder die Massenarbeiter des Fordismus – schon immer ihre Perspektiven und Aktionsmöglichkeiten unnötig eingeengt.

Das **Klassenbündnis** all derjenigen, die ihre Arbeitskraft vermieten oder Sozialeinkommen beziehen müssen, um leben zu können, ist **viertens** nur auf der Grundlage gemeinsamer Rahmenbedingungen und Vereinbarungen möglich. Seine entscheidende Voraussetzung aber ist und bleibt die konsequente **innere Demokratie**. Ich halte diese Hypothese für besonders wichtig, und deshalb möchte ich sie etwas näher erläutern:

a) Nur in basisdemokratischen Strukturen läßt sich die elementare Forderung nach sozialer und politischer Gleichheit jenseits von Klasse, Geschlecht und Ethnizität dauerhaft verwirklichen. Mit dieser Grundforderung nehmen wir zugleich die **Ziele vorweg**, auf die sich eine Gegenperspektive verständigen sollte: **Keine Macht für niemand – kein Eigentum für niemand – kulturelle Gleichberechtigung alles Heterogenen**.

b) Auf allen Ebenen des sich organisierenden Gegenprojekts sollte ein konsequentes Delegations- und **Rotationsprinzip** durchgesetzt werden, um die Entstehung neuer abgehobener Funktionärsschichten von vornherein zu vermeiden. Diese Forderung erscheint banal. Aber wer sich nicht erst seit gestern für emanzipatorische gesellschaftliche Perspektiven engagiert, weiß, wie wichtig eine schon im Vorfeld des Neubeginns getroffene Verabredung über diese Frage ist.

c) Das Bündnis hat nur dann eine Perspektive, wenn die **inneren Strukturen** seiner Partner und Teilnehmer demokratisiert werden. Deshalb sollten auf mittlere Sicht bei allen Bündnispartnern basisdemokratische Strukturen geschaffen werden. Beispielsweise ist es sehr zu begrüßen, daß einzelne DGB-Gewerkschaften inzwischen auf die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen Wert legen. Für die Vertiefung zum Bündnis wären jedoch einige Voraussetzungen zu klären, die keineswegs auf die lange Bank geschoben werden können. So wären die **extrem hohen Gehälter der Gewerkschaftsspitzen** auf ein vertretbares Niveau zu senken. Sicher würde die Mehrheit dieser Spitzengruppe daraufhin kündigen, aber dies wäre nur zu begrüßen, weil sie qua Einkommen und Habitus

nicht einer Gegenperspektive zuneigen, sondern im Innersten der politischen Klasse der Deregulierer angehören. Darüber hinaus sollten sich die Gewerkschaften von den Knebelungen des Betriebsverfassungsgesetzes – Stichwort: Aufsichtsratsmandate – und **von der Mitbestimmung verabschieden**, nachdem die Kapitalseite den historischen Kompromiß von 1944 zwischen Julius Leber und Claus Schenk Graf von Stauffenberg längst informell aufgekündigt hat.

In allen diesen Fragen sollten wir uns keinen Illusionen hingeben und nichts auf die lange Bank schieben. Auch die linken Gewerkschaftsgruppen sollten sich einmal darüber Rechenschaft ablegen, inwieweit sie von den Gewerkschaftszentralen nur deshalb toleriert werden, weil sie einen für das Image unverzichtbaren Rest von Basisaktivismus aufrecht erhalten. Letztlich werden sie aber nur nützliche Idioten bleiben und immer auf der Stelle treten, solange sie nicht die Frage nach der innergewerkschaftlichen Demokratie auf die Tagesordnung setzen. Solange sind auch sie für die Masse der Beschäftigten unglaubwürdig und werden zwischen der skeptischen Zurückhaltung der Belegschaften und der Blockadepolitik der Gewerkschaftsleitungen zerrieben.

Die Offenheit einer emanzipatorischen Perspektive

Wir sind Teil eines seit über 500 Jahren bestehenden Systems, das sich gegenwärtig in einem gravierenden Umbruch befindet, ohne daß sich dabei irgendwelche historische »Gesetzmäßigkeiten« ausfindig machen ließen, von denen wir ableiten könnten, wohin die Reise gehen wird. Es ist völlig unklar, ob die als »Deregulierung« bezeichnete Umlenkung der Kapitalakkumulation in das Innere der gesellschaftlichen Reproduktion wirklich gelingt, denn dies würde zur Zerstörung jeglicher Gesellschaftlichkeit führen. Genau so unsicher sind die Chancen des Widerstands und einer darauf aufbauenden Gegenperspektive. Selbst eine globale soziale Konfrontation ist denkbar, bei der sich keine der beiden zentralen Konfliktparteien durchsetzt, so daß aus der sich dann ergebenden Patt-Situation eine völlig neue Gesellschaftsformation hervorgehen könnte, die weder etwas mit den Restaurationsvorstellungen der kapitalistischen Denkfabriken noch mit unseren sozialistischen Erneuerungshoffnungen zu tun hat. Die Richtung, die der Umbruch nehmen wird, ist deshalb völlig offen. Gewiß wird der Widerstand gegen das seit Ende der siebziger Jahre vorangetriebene neokonservative Projekt Massencharakter annehmen, denn das ihm innewohnende Programm grundsätzlicher sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist für die große Mehrheit der Menschheit unerträglich. Der Ausgang der Konfrontation ist jedoch völlig offen: So offen, wie er es in der Großen Depression der 1930er Jahre war. Damals waren Faschismus und Zweiter Weltkrieg das traurige Ergebnis. Heute sind chaotische Zustände wahrscheinlicher, die sich unterhalb der Ebene weltweiter militärischer Konfrontationen abspielen und in zwanzig bis dreißig Jahren zu einer wie auch immer gewandelten komplexen Gesellschaftsformation überleiten.

Auf jeden Fall bewegen wir uns auf ein Chaos zu. In dieser Phase der Instabilität können auch kleinere Initiativen große Wirkungen erzielen, wie Immanuel Wallerstein in seiner »Utopistik« betont hat. Wenn wir uns klar machen, daß ein Durchbruch zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit keineswegs gesetzmäßig ist; wenn wir also die Falle der sich von selbst gesetzmäßig verwirklichenden »Utopie« umgehen und mit einem möglichst großen Maß an Skepsis vorgehen, haben wir noch am ehesten die Chance, etwas zu bewirken. Gleichzeitig bewahren wir uns vor allzu großen Enttäuschungen.

Existenzsichernder Mindestlohn
Umrisse einer neuen Vermittlung zwischen konkretem Handeln und Gegenperspektive:

Bei jedem handlungsorientierten Ansatz wäre vom jeweiligen lokalen »Standort« auszugehen, wo es handlungsbereite Menschen gibt und ihre Assoziation zu einem Bündnis gegen den Sozialkahlschlag möglich ist. Denn das vernetzte kapitalistische Weltsystem besteht heute aus 700 bis 800 Standorten plus jeweiligem Hinterland. Wenn wir uns in diesen Standorten verankern, befinden wir uns innerhalb der entscheidenden Nervenzentren des Weltsystems, von denen aus die Weltinstitutionen, supranationalen Machtblöcke und Nationalstaaten dirigiert werden.

Je nach der sozialen Zusammensetzung der Standorte könnten im Prozeß des Aufbaus der ersten Kommunikationsnetze spezifische Aktionsformen entwickelt und erprobt werden. Generell denkbar wären Initiativen zur Durchsetzung eines existenzsichernden Mindestlohns, von **radikaler Arbeitszeitverkürzung** und betrieblicher Demokratisierung. In unseren Breiten könnte man hier an die Erfahrungen der Jobber- und Erwerbslosenbewegungen der 1980er Jahre anknüpfen, aber auch an die Praxis der neuen italienischen und französischen Basisgewerkschaften; die hiesige Gewerkschaftslinke könnte hier ihren Platz finden, falls das Projekt der innergewerkschaftlichen Demokratisierung mißlingen sollte. Daß in vielen Schwellenländern ganz andere Voraussetzungen bestehen und beispielsweise die in den maquiladores ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter eine wesentliche Rolle spielen werden, versteht sich von selbst.

Parallel zu diesen Aktivitäten in der Produktions- und Verteilungssphäre könnten Stadtteilbüros gegründet werden, in denen die vom Sozialkahlschlag Betroffenen beraten werden, zugleich aber auch selbstorganisierte Netze der sozialen Kommunikation (lokale Radios und TV-Stationen) und der sozialen Aneignung aufbauen. Diese soziale Aneignung könnte man konkret – Gebührenboykott - , aber auch perspektivisch verstehen: Die Sozialfonds, Bildungseinrichtungen und das Gesundheitswesen sollten in kommunale Selbstverwaltung zurückgeholt werden, bevor sie vollends geplündert sind. Auch hier gibt es inzwischen erste Erfahrungen, beispielsweise aus Berlin und Ostdeutschland.

Weltweite Vernetzung

Wie aber könnten derartige lokale Initiativen miteinander in Kontakt treten? Als Brücke zwischen der lokalen Verortung und der weltweiten Vernetzung mit anderen Standortbewegungen könnten vor allem die Flüchtlinge und Migranten fungieren. Sie sind überall als kleinere oder größere Sozialgruppen präsent, und es dürfte nicht schwer fallen, ihre ohnehin schon bestehenden Kommunikationsstrukturen in das Gegenprojekt einzubeziehen, sofern sie an den jeweiligen Standorten geschützt und als gleichwertige Partner respektiert werden. Wenn es gelingt, beispielsweise die reichen Bremer Erfahrungen in der antirassistischen Flüchtlingsarbeit in eine lokal oder regional vernetzte Selbstorganisation einzubringen, dann wäre dies ein exemplarischer Schritt, der vielleicht auch andernorts vollzogen werden könnte. Mittelfristig sollte aber auch die Gründung global agierender Basisgewerkschaften – vor allem im Transport- und Kommunikationssektor – hinzukommen.

Von großer Bedeutung wäre es nun, diese drei Komponenten eines **social movement unionism** auf der jeweiligen Ebene einer lokalen beziehungsweise regionalen Agglomeration miteinander zu verknüpfen und parallel dazu durch die Netzwerke der Migranten und Flüchtlinge, aber auch durch den Auf- und Ausbau internationaler Transportarbeitergewerkschaften den globalen Kontext herzustellen.

Zu einem glaubwürdigen Gegenprojekt gehören aber auch Überlegungen und Vereinbarungen darüber, wie eine sozial gerechte und egalitäre Welt in ihrem globalen Kontext durchzusetzen wäre. Zweifellos kann eine ernsthafte Alternative gegen die neokonservative Zurichtung der Welt nur aus ihren lokalen und durch die Migranten und Transport- und Kommunikationsarbeiter vernetzten Gegenbewegungen hervorgehen. Aber diese Einsicht macht die seit einigen Jahren forcierten Bemühungen um weltweite Gegenforen und die in diesen Kontexten beispielsweise bei ATTAC entstandenen Modelle für globale Alternativen nicht gegenstandslos. Sie sollten allerdings über ihre punktuellen Ansätze (Tobin-Steuer) hinausgetrieben und systematisiert werden. Ein Schritt dazu wäre die Auflistung der wichtigsten Probleme, die nur noch auf Weltebene gelöst werden können, und das Nachdenken über mögliche Lösungsansätze zur Umsetzung. Hier muß ich mich mit ein paar schlagwortartigen Hinweisen begnügen.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört zweifellos eine sofortige weltweite **Abrüstung** und die Auflösung aller Armeen. Parallel dazu müßten die internationalen Finanzmärkte liquidiert und ein **globales monetäres Restrukturierungsprogramm mit transkontinental egalisierender Tendenz** aufgelegt werden. Darüber sollte jedoch nicht die Dringlichkeit der Überleitung des Know-how der internationalen Rohstoffkonzerne und Energiekartelle zur Ingangsetzung eines egalisierenden und zugleich ökologisch orientierten **Weltenregieprogramms** übersehen werden. Von großer Bedeutung wäre auch die Entmachtung des internationalen Agro-Busineß und die Entwicklung eines egalisierenden globalen Agrarprogramms. Daß auch die Oligopole und Kartelle der Informations- und Medientechnologie durch global greifende Technologieprojekte mit egalisierender Tendenz zu ersetzen wären, versteht sich von selbst. Innerhalb der Internet- und Linux-Kultur gibt es ja durchaus Ansätze in diese Richtung.

Das ist eine sehr unvollkommene Liste, die lediglich die Bedeutung dieser Reflexionsebene unterstreichen soll.

Auf welcher institutionellen Ebene sollte man aber ansetzen? Ich denke, daß es sich lohnen würde, jene Weltinstitutionen zu studieren, die in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs von den Alliierten geschaffen wurden. Zweifellos sind sie in der Folgezeit durch den Kalten Krieg und bei der Bekämpfung der Befreiungsbewegungen der Drei Kontinente bis zur Unkenntlichkeit deformiert sowie in den vergangenen zwei Jahrzehnten zur Initiierung der »Schocktherapien« des globalen Sozialkahlschlags mißbraucht worden. Wenn wir davon aber abstrahieren und uns diese Modelle – vor allem **IWF, Weltbank und Vereinte Nationen** – in ihrer **ursprünglichen** Konzeption ansehen, dann erscheinen sie als durchaus brauchbare Ausgangspunkte: Als Ausgangspunkte wohlgemerkt, die durch eine kollektive Repräsentation der global vernetzten Alternative **demokratisiert** und in **Instrumente einer weltweit greifenden sozialen und wirtschaftlichen Egalisierung** umgewandelt werden müssen. Sie könnten dann als Dachkonstruktion eines föderativ-egalitären Projekts angesehen werden, das den Globus umspannt und das immer stärker zur Barbarei tendierende neokonservative Projekt beendet.

Das alles sind nur erste Überlegungen. Jedoch sprechen gewichtige Annahmen dafür, daß es drei wesentliche Elemente sein werden, die geeignet sein könnten, eine realistische Gegenperspektive mit Leben zu füllen: **Erstens** die Maulwürfe der sozialen Gegenbewegungen in den Agglomerationen, **zweitens** die Netzwerke der Migranten sowie die Aktivisten einer weltweit agierenden gewerkschaftlichen Basisbewegung, und **drittens** die »organischen Intellektuellen«, die in diesen Netzwerken verankert sind und auf den globalen Gegen-Foren über die Wege zu einer sozial gerechten und egalitären Welt nachdenken.
In diesem Sinn sollten wir gemeinsam an die Arbeit gehen – skeptisch und vorschichtig, aber auch im Vertrauen darauf, daß eine Wende zu sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit grundsätzlich möglich ist.

Junge Welt, 19. und 20.märz 2004

Perspektivenkongress „Es geht auch anders“ 14 – 16. Mai 2004 in Berlin

(www.perspektivenkongress.de)

Technische Universität Berlin, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin

Freitag 14.05.2004 • 18 Uhr

- Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Zerfall des sozialen Zusammenhalts und Umwertung der Werte.
- Luciana Castellina, Manifesta Italiana, Soziale Bewegungen gegen neoliberale Deutungsmuster und Herrschaftsmodelle
- Kritik des vorherrschenden Gesellschafts- & Politikmodells - Podiumsdiskussion mit: Jürgen Peters (IG Metall), Pedram Shayar (Attac), Brigitte Young (Uni Münster), Martina Wasserloos-Strunk (Reformierter Bund), Gustav Horn (DIW Berlin); Moderation Christiane Graefe (Die Zeit) - angefragt

Samstag 15.5.2004 • 9:00 Uhr bis 19:00 Uhr

- ca. 90 Vorträge, Panels, Workshops zu den Themen des Kongresses, darunter:
- Arbeit - Beschäftigung und Wachstum – Bildung – Demokratie - Finanzmärkte, Finanzpolitik –Finanzierbarkeit des Sozialstaats – Freie Informationsgesellschaft - Migration - Innovation - Krieg und Frieden - Kunst und Medien - Öffentliche Güter und Daseins-vorsorge - Ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit - Verlust des Sozialen – Freie Informationsgesellschaft. Parallel gibt es kulturelle Beiträge, Lesungen, Theater, Film, Performances.
- 20:00 Uhr Fest des Kongresses

Sonntag 16.5.2004 • 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr

- Prof. Dr. Ewald Nowotny, WU Wien: Für eine andere europäische Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik
- Abschlusspodium mit Frank Bsirske (ver.di), Hugo Braun (Initiative für ein Deutsches Sozialforum), Nele Hirsch (freier zusammenschluss von studentInnenschaften)
- Ab 13:30 Uhr nach Kongressende: Vernetzungstreffen von MultiplikatorInnen: Wir machen weiter.

Hunderttausende gegen Agenda 2010

Attac-Reden auf den Demonstrationen des Europäischen Aktionstages am 3. April und am 1. Mai

Ilona Plattner, Berlin

Zurück mit Agenda 2010!

Drastische Arbeitszeitverkürzung
und existenzsichernde Löhne!

Liebe Freundinnen und Freunde,
Agenda 2010 setzt nun auch bei uns jene globale Enteignungs- und Verarmungspolitik durch, die den Ländern des Südens bereits seit zwei Jahrzehnten aufgezwungen wird. Enteignung, weil der weltweit produzierte Reichtum nicht den Menschen zugute kommt die ihn erarbeiten. Enteignung, weil mit der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienste – wie Gesundheit, Rente, Bildung, Kultur und Wasser – die Profitbeschleunigungsmaschine auf Touren gehalten wird, weil jede noch so kleine menschliche Handreichung zur Ware pervertiert. Verarmung, weil diese Politik Milliarden VerliererInnen hervorbringt, weil wir alle – die Allgemeinheit – die Kosten zu tragen haben während der Gewinn privatisiert wird. Die Kluft zwischen den Ausgeschlossenen und den Privilegierten weitet sich aus.
Ein grundlegendes Merkmal dieses Systems ist, dass der Wohlstand einiger Weniger auf der Ausbeutung vieler Anderer und der natürlichen Reichtümer der Erde beruht. Schienen die Ausgeschlossenen, die vielen Anderen bis vor kurzem noch weit weg, so müssen wir heute feststellen: die Armut ist in die Metropolen zurückgekehrt.
Der individualisierte Überlebenskampf reißt alle in seinen Sog. Alte werden gegen Junge ausgespielt, Frauen gegen Männer, Erwerbslose gegen Erwerbstätige, AusländerInnen gegen InländerInnen. Rücksichtslos werden staatliche Zwangsmaßnahmen gegen alle verstärkt, die der gnadenlosen Konkurrenz zum Opfer fallen. In der Folge verschärfen sich Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Fundamentalismen aller Art. Solche Verhältnisse produzieren unablässig Gewalt. Solche Verhältnisse sind – auf Dauer – nur mit Gewalt aufrecht zu erhalten. Militärische Interventionen, Präventivkriege werden zu Mitteln der Politik, Aufrüstung zur Pflicht.

Liebe Freundinnen und Freunde,
In so einer Welt wollen und können wir nicht leben.
Wir werden jede Chance nutzen um diese Verhältnisse zu verändern. Mit Agenda 2010 übertrifft die Rot-Grüne Bundesregierung alles, was sich ihre Vorgänger jemals geleistet haben. Noch nie ist eine Bundesregierung den Interessen der Unternehmen und Reichen so zu Diensten gewesen wie die von Schröder, Fischer, Clement und Co. Gerade hat Rot-Grün den Klimaschutz – nachhaltig – aufs Spiel gesetzt. Regierung und Opposition stehen fest auf ihrem neoliberalen Grundkonsens. Diese Politik, zusammen mit dem hemmungslosen Einsatz der technischen Entwicklung hat uns an den Rand sozialer und ökologischer Katastrophen gebracht.

Deshalb ist es höchste Zeit die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, gemeinsam mit allen emanzipatorischen Bewegungen – den Erwerbslosen, den MigrantInnen, den Studierenden, der Frauenbewegung, den Gewerkschaften und vielen anderen – hier und weltweit. Internationale Handlungsfähigkeit gepaart mit Aneignung vor Ort wird uns zum Erfolg führen.

Schluss und zurück mit Agenda 2010, Schluss mit Enteignung und Verarmung.
Wir wollen international verbindliche soziale und ökologische Regeln.
Wir wollen eine drastische Arbeitszeitverkürzung und existenzsichernde Löhne.
Wir wollen eine geschlechtergerechte Verteilung der Erwerbs- und Familienarbeit. Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung und Steuergerechtigkeit – Steueroasen müssen geschlossen werden.
Und wir wollen einen bedingungslosen Schuldenerlass für die Länder des Südens.
All das und noch vieles mehr, was menschliche Kreativität hervorzubringen vermag wird die gesellschaftlichen Koordinaten verändern. Eine gerechte, friedliche und freie Welt ist möglich, eine Welt in der das Recht auf Teilhabe an Wohlstand, Wissen und Kultur selbstverständlich ist.

Wir werden die politische Arena erweitern, wir werden Räume schaffen um unsere Perspektiven zu realisieren. Selbst kleine Aktionen können weite Kreise ziehen.
Es gibt eine neue Macht in der Welt. Sie ist international, sie ist schnell, vielfältig, kreativ und sie taucht überall dort auf wo sie gebraucht wird. Wir sind Teil dieser anderen Kraft, dieser neuen, alternativen Weltöffentlichkeit – für ein anderes Leben – für eine andere Welt.
Noch nie gab es so viel Reichtum wie heute!
Es ist genug für alle da!

Martina Wasserlos-Strunk, Köln

Gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum

Liebe Freundinnen und Freunde,
Deutschland braucht Reformen! Das Geld ist da! Aber nicht da, wo es gebraucht wird!
Die neoliberale Globalisierung führt weltweit zu massiver Ausbeutung der ohnehin schon Benachteiligten. Immer mehr Menschen wird der Zugang zum Existenzminimum verwehrt. Die globale Wettbewerbspolitik und die monopolistische Dominanz weniger multinationaler Unternehmen hat fatale Folgen für viele Menschen. Die so genannten Global Player haben sich längst von den realen Gesellschaften getrennt und spielen in ihren Sandkästen Monopoly mit Kapitalblasen. Die 60 reichsten Menschen der USA verfügen über so viel Geld wie 2 Milliarden Menschen der Weltbevölkerung. Es kann nicht sein, dass existentielle Grundrechte der Menschen den Profitinteressen einiger weniger geopfert werden. Globalisierung bedeutet heute, dass seit 1990 54 Länder ärmer geworden sind, in 21 Ländern mehr Hunger gelitten wird und in 34 Ländern die Lebenserwartung gesunken ist. Wir brauchen eine globale Ordnungspolitik mit anderen Grundwerten: Solidarität und

Gerechtigkeit. Soziale Grundrechte müssen fester Bestandteil der Einen Welt sein.

Wir fordern: Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben und milliardenschweren Steuergeschenken an Großunternehmen, die die öffentlichen Finanzen ruinieren! Diese Politik begünstigt die Reichen und plündert dafür die öffentlichen Kassen! Wir fordern gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum. Solidarität heißt für uns auch Solidarität mit den künftigen Generationen und Solidarität mit denjenigen deren Armut durch Umweltzerstörung und Klimakatastrophen noch verstärkt wird. Die Ökologie darf nicht in Pokerrunden verspielt werden!

Wir brauchen gerechte Reformen für Deutschland. Die Parteien in Deutschland betreiben Sozialabbau zu Lasten der Schwachen in unserer Gesellschaft. Kürzungen beim Arbeitslosengeld, Senkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, Ausbau des Niedriglohnsektors, subventionierte Kleinstselbständigkeit und nicht zu vergessen die Einschränkung des Kündigungsschutzes sollen den Sozialstaat umbauen – in Wirklichkeit schaffen sie ihn ab und schaffen die Grundlagen für ein neoliberales Wirtschaftssystem made in Deutschland. Was so unverfänglich „Privatisierung" genannt wird, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die feindliche Übernahme weiter Bereiche gesellschaftlichen Zusammenlebens zu Lasten des gesellschaftlichen Friedens und der sozialen Sicherheit! Die herrschenden Parteien haben das „Etikett Rot-Grün" benutzt um das Solidarprinzip aufzukündigen. Sozialdemokratie bedeutet heute faktisch: Einführung von Studiengebühren und Kürzung der Renten. Wer heute Elite sein will, muss nicht schlau sein, er und sie muß es sich nur leisten können!

Diese Politik zerstört die Institutionen, die der hemmungs-losen Ausbreitung kapitalistischer Blütenträume Einhalt gewähren sollen! Privatisierung ist Enteignung öffentlichen Eigentums! Kanzlermachtworte und Kamingespräche mit Wirtschaftslobbyisten sind keine Politik! Sie ordnen sich nahtlos ein in einen globalen Prozess der Verwirtschaftung aller Lebensbereiche und der Ausbeutung der Schwachen. Der Exportweltmeister Deutschland hat kein Geld mehr um Schulbücher zu finanzieren! Der Exportweltmeister Deutschland kann sich eine öffentliche Daseinsvorsorge nicht mehr leisten! Der Exportweltmeister Deutschland schließt Kindergärten und richtet Suppenküchen ein! Diese Politik darf so nicht weiter toleriert werden: Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum! Wir brauchen eine Politik die diese Teilhabe gewährleistet!!

Es gibt kein Recht auf Bereicherung! Wir streiten für den Sozialstaat und eine solidarische Gesellschaft! Wir fordern europaweite Sozialstaatsstandards! Erwerbstätige dürfen nicht zur Verhandlungsmasse kapitalistischer Interessen werden! Globalisierung muß unter dem Zeichen der Umverteilung stehen. Es ist genug für alle da! Armut ist kein moralisches Problem, sondern ein ökonomisches. Wir sagen: das Geld ist da, aber nicht da, wo es gebraucht wird! Wo Menschen in Armut leben, wo sie bereits jetzt die katastrophalen Folgen des Neoliberalismus zu tragen haben, da ist das Feld für künftige Kriege bereitet. Darauf haben sich die Superglobalisierer schon eingerichtet – sie wissen, dass sie ihre Interessen nur gewaltsam durchsetzen können!

Wir brauchen ein starkes europaweites Bündnis gegen den globalen Kasinokapitalismus. Wir brauchen ein starkes europaweites Bündnis gegen den Sozialabbau. Die außerparlamentarischen Kräfte, die sozialen Bewegungen, Teile der Kirchen, die Gewerkschaften, die Erwerbslosenorganisationen und Studierenden sind mit Attac ein breites Bündnis für Gerechtigkeit eingegangen.
Noch nie gab es so viel Reichtum wie heute: mit dieser Politik ist es genug – es ist genug für alle da!

Astrid Kraus, Stuttgart

Das neoliberale Experiment ist weltweit gescheitert

Liebe Freundinnen und Freunde,
wir sind hier, weil wir die Ausreden satt haben, mit denen den meisten von uns das vorenthalten wird, worauf alle Menschen weltweit einen Anspruch haben: ein gutes Leben in einem friedlichem Umfeld.
Wir sind hier, weil wir gemeinsam, soziale Bewegungen, Erwerbslose, Studierende, Teile der Kirchen und Gewerkschaften, für diesen Anspruch kämpfen wollen! Wir gehen heute hier in Stuttgart mit vielen Menschen in ganz Europa auf die Straße, weil wir eine andere Politik wollen.
Wir lassen uns nicht einschüchtern von der Scheinlogik der neoliberalen Globalisierung. Es gibt kein ökonomisches Naturgesetz, nach dem soziale Grundrechte aller Menschen den Renditeinteressen einer Minderheit geopfert werden müssen. Es gibt keinen Beweis dafür, dass mehr Markt und mehr Privatisierung der Mehrheit der Menschen nützen. Im Gegenteil: Die Schere zwischen Reich und Arm geht weiter auf, weltweit, in Europa und in der Bundesrepublik. Die Konzentration von Reichtum hat unvorstellbare Ausmaße erreicht. Ökologische Katastrophen sind an der Tagesordnung. Märkte werden von Militärs verteidigt, mit ausdrücklicher Zustimmung der großen Industrienationen. Ganze Kontinente werden von der Entwicklung abgekoppelt: Afrika ist abgeschrieben. Immer mehr Menschen sind auf der Flucht, vor Armut, vor Gewalt, auf der Suche nach einem Platz zum überleben.

Es ist höchste Zeit, es einzugestehen: Das neoliberale Experiment ist weltweit gescheitert. Der Turbokapitalismus stößt an seine Grenzen. Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel.
Doch diese Einsicht hat sich noch lange nicht durchgesetzt. Die Frage, ob die derzeitige Krise nicht am weltweiten Ausbeutungssystem selbst liegt, wird erst gar nicht gestellt. Statt die sinnlose Anhäufung von immer mehr Reichtum in den Händen Weniger zu beenden, wird alles daran gesetzt, den Prozess zu beschleunigen. In diesem Sinn hat die Bundesregierung mit der Agenda 2010 ein gigantisches Massenarmutsprogramm aufgelegt. Selbst vor gesetzlichem Arbeitszwang schreckt rot/grün nicht mehr zurück. Wer noch nicht selbst betroffen ist, kann es jederzeit werden. Jeder für sich selbst, heißt die Devise. Das ist die endgültige Aufkündigung des gesellschaftlichen Solidarpaktes.

Auf europäischer Ebene sieht es nicht anders aus: In ganz Europa wetteifern die Regierungen um den radikalsten Sozialkahlschlag. In dem mörderischen Wettbewerb um die besten Anlagebedingungen bleiben die Interessen der Mehrheit der Menschen auf der Strecke. Im internationalen Handel schreien IWF, Weltbank und WTO nach immer weniger Regulierungen. Am besten soll alles weltweit ohne Beschränkung handelbar gemacht werden, soziale und ökologische Standards sind da nur Handelshemmnissen.

Eines wird deutlich: Die Liste der Verlierer ist lang. Aber ich will auch von den Gewinnern reden. Reiche und superreiche Unternehmer und Anleger, die sich auf dem weltweiten Markt der Möglichkeiten die günstigsten Angebote für ihre Investitionen und Spekulationen aussuchen. Wenn die WTO Kapitalanlagegarantien von den ärmsten Ländern für Investitionen fordert, profitieren fast nur große Konzerne. Wenn die Renten weiter privatisiert werden, spült das noch mehr Geld in die internationalen Finanzmärkte. Der Druck auf die Politik, durch unternehmensfreundliche Regelungen mehr Profite zu garantieren, wächst weiter. So macht viel Reichtum viele arm. Das ist die zynische Logik der neoliberalen Globalisierung.

Wir brauchen eine starke Bewegung von unten, die dagegen hält! Denn wir sind die vielen! Es ist unser Reichtum! Und es gibt genug davon, dass alle Menschen in Würde leben können. Hier und anderswo. Die Bundesregierung lügt, wenn sie sagt, dass zu wenig da ist für alle. Es ist nicht nur eine Frage der Verteilung. Es geht darum, ob wir ein System wollen, dass wenige Menschen reich macht und viele arm oder ob wir für Alternativen streiten. Die neoliberale Globalisierung ist nicht alternativlos. Ihre Folgen sind keine Sachzwänge. Wir sagen es immer lauter und immer wieder: Es geht auch anders!

Wir wollen, dass der Aberglaube an die neoliberale Globalisierung enttarnt wird. Wir wollen, dass Politik nicht für die Interessen von Reichen und Unternehmen gemacht wird. Wir wollen, dass den Ländern des Südens ihre Schulden erlassen werden. Wir wollen, dass soziale Sicherung wirklich absichert und nicht nur die Menschen vor dem Verhungern rettet. Wir wollen, dass Steuerschlupflöcher gestopft werden Wir wollen, dass eine andere Welt keine Utopie bleibt. Wir wollen eine solidarische und friedliche Weltordnung.

Wir lassen uns den Reichtum nicht vorenthalten. Wir haben ein Recht darauf, ihn uns wiederzuholen. Lasst uns dafür gemeinsam kämpfen. In Stuttgart, in Europa, überall. Wir haben genug: Genug von dieser Politik. Denn es ist genug für alle da.

Sven Giegold, **Die Alternativen sind da!** Rede zum 1. Mai 2004 in Fulda

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zunächst möchte ich mich herzlich für diese Einladung bedanken. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass ein Vertreter von Attac als Hauptredner auf einer Gewerkschaftskundgebung spricht. Vielmehr ist es Ausdruck der erfolgreichen Kooperation zwischen Gewerkschaften, Attac und vielen anderen progressiven Kräften, die zum großartigen Erfolg der Massendemonstrationen am 3. April geführt haben. Nun müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit weitergeht, damit dieser Erfolg auch politische Wirkung zeigt.

Der DGB hat für diesen 1. Mai mit "Unser Europa" ein hervorragendes Motto gewählt. Nicht nur wegen der heute vollzogenen EU-Osterweiterung, sondern auch weil die heutige Konstruktion der Europäischen Union ein entscheidender Grund für den Sozialabbau ist, den wir überall in Europa erleben.

Es ist die scharfe wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den europäischen Ländern, die Druck auf die Löhne und unser Sozialsystem macht. Nicht von den USA, China oder Indien geht der entscheidende Konkurrenzdruck aus. Es ist vielmehr der harte Wettbewerb zwischen den direkt benachbarten EU-Mitgliedsländern, der so viele Probleme erzeugt.
Immer deutlicher wird nun der grundlegende Konstruktionsfehler der EU. Die Wirtschaft operiert fast grenzenlos zwischen den Mitgliedsländern. Für Kapital, Güter, Dienstleistungen und Unternehmen spielen die nationalen Grenzen immer weniger eine Rolle. Soziale, ökologische und demokratische Regeln, darunter auch die Lohnfindung bleiben, jedoch national. Soziale Einrichtungen, soziale Sicherheit und Umweltschutz kosten jedoch Geld, öffentliche Gelder. Sie werden damit für die Unternehmen zu lästigen Kostenfaktoren.
Das ist der entscheidende Konstruktionsfehler der Europäischen Union! Wenn wir diesen Fehler nicht beheben, werden wir über kurz oder lang große Teile unseres Solidarsystems verlieren.

Es ist jedoch noch schlimmer. Die Europäische Zentralbank interessiert bei ihrer Geld-politik, also der Politik, die über die Zinssätze bestimmt, nur eines: Inflation, Inflation und noch einmal Inflation. Anders als die Zentralbank in den USA nimmt sie kaum Rücksicht auf die Entwicklung der Konjunktur und der Arbeitslosigkeit. Sie trägt damit zur hohen Arbeitslosigkeit bei.

Besonders bunt treibt es die Union im Bereich des Steuerwettbewerb. Die verschiedenen Mitgliedsländer konkurrieren praktisch unbeschränkt um die niedrigsten Steuern auf Zinsen und Dividenden und die Gewinne transnationaler Unternehmen. Das hat entscheidend dazu beigetragen, dass auch in Deutschland die großen Konzerne keine Steuern mehr zahlen. Das Geld fehlt dann zur Finanzierung von Kindergärten, Bildung und sozialer Sicherheit.

Was machen angesichts dieser Konstruktionsfehler der EU unsere Politikerinnen und Politiker? Immer wenn sie aus Brüssel von wichtigen Verhandlungsrunden nach Hause kommen, bringen sie weitere Liberalisierungen mit. Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den EU-Staaten wird immer weiter angeheizt. In Sonntagsreden sind praktisch alle deutschen Volksvertreterinnen und Volksvertreter für mehr soziale und steuerliche Regeln auf der europäischen Ebene. Wenn sie jedoch von ihren Brüsseler Sitzung nach Hause kommen, wollen sie uns weis machen, dass dies wieder einmal nicht durchsetzbar war.

Das dürfen wir ihnen nicht länger durchgehen lassen! Wir sollten daher klar und deutlich verlangen: Solange es nicht endlich zur Internationalisierung sozialer Rechte kommt, stellen wir uns gegen weitere wirtschaftliche Liberalisierung!

Viele Politikerinnen und Politiker wollen den schärferen Wettbewerb in der EU. Wir dürfen uns von ihren Sonntagsreden für soziale Standards nicht länger täuschen lassen!

Aber: Europäischer Binnenmarkt und die Globalisierung sind nicht für alles verantwortlich, was an Sozialabbau bei uns läuft!
Auch innerhalb der immer stärkeren internationalen Konkurrenz gibt es Spielräume. In Skandinavien sieht man, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und niedrigere Arbeitslosigkeit sehr wohl mit stärkeren sozialen Rechten und öffentlichen Ausgaben vereinbar sind; auch unter Bedingungen

der Globalisierung. Auch wenn es neoliberale Anpassungen ebenfalls in Skandinavien gibt, so ist das Niveau sozialer und öffentlicher Leistungen trotzdem weitaus höher als bei uns. Es gibt keinen Sachzwang sich im Zuge der Globalisierung an den USA oder Großbritannien zu orientieren.
Leider erscheint der Sozialabbau in Deutschland derzeit der leichtere der verschiedenen möglichen Wege. Um die ungerechten Einschnitte trotzdem durchzuziehen, werden von allen im Bundestag vertretenen Parteien, Wirtschaft und wichtigen Teilen der Medien neoliberale Mythen aufgebaut. Um nur einige dieser Mythen zu nennen:

Mythos Nr. 1: Es ist kein Geld da.
Die öffentlichen Kassen sind leer, das stimmt. Aber unsere Gesellschaft ist gleichzeitig als ganzes nicht ärmer geworden. Seit den 60er Jahren hat sich das Einkommen pro Kopf verdreifacht. Nun wird gestrichen, was damals eingeführt wurde. Wie kann das sein? Das versteht doch kein normal denkender Mensch! Fakt ist, dass in Eichels Kassen Ebbe ist. Fakt ist aber auch, dass die fehlenden 50 Mrd. ¤ ziemlich genau der Betrag ist, den er vorher den großen Unternehmen und Gutverdienenden im Zuge der Steuerreform erlassen hat. Es ist selbstverschuldetes Elend! Es ist genug für alle da!

Mythos Nr. 2.: Demographie zwingt zum Sozialabbau.
Da unsere Gesellschaft immer älter wird und immer mehr alte Menschen von weniger Jungen finanziert werden müssen, können wir uns die soziale Sicherung angeblich nicht mehr leisten. Komisch nur, dass die Rürup-Kommission trotz aller Alterung der Gesellschaft mit einer weiteren Zunahme des Bruttosozialprodukts pro Kopf und Jahr von 1,8% rechnet. Wenn also die Renten insgesamt langsamer als 1,8% p.a. steigen sollen, so muss irgendjemand mehr bekommen. Es ist also doch eine Verteilungsfrage. Wie kann das sein? Ganz einfach: Die Erhöhung der Produktivität schlägt die Alterung. 1925 kamen auf knapp zwölf Erwerbstätige ein Rentner. Heute arbeiten knapp 4 Erwerbstätige für eine Renterin. 2040 sollen es rund 2 sein. Trotzdem konnten alle - Alte wie Junge - ihre Einkommen stetig steigen. Ein Generationenkrieg war nicht nötig. Ein Sachzwang zum Abbau der Sozialsysteme existiert auch heute nicht. Wahr ist nur, dass wir Jüngeren einen wachsenden Anteil unserer Wertschöpfung an die Älteren abgeben müssen. Trotzdem werden auch wir Jüngeren im Durchschnitt der Jahre mit wachsenden Einkünften rechnen dürfen. Die Erhöhung der Produktivität schlägt eben die Alterung. Worüber wir allerdings nachdenken müssen: Wie können wir das dahinter liegende wirtschaftliche Wachstum mit den ökologischen Grenzen in Einklang bringen. Technisch und politisch möglich wäre es. Nur die Bereitschaft zur Veränderung unseres Lebensstils muss schneller als die Wirtschaft wachsen.

Mythos Nr. 3: Niedrigere Steuern sind gut für die Wirtschaft.
Es gibt keinen Beweis, dass die Wirtschaft besser funktioniert, wenn der Staat klein ist. Länder mit ganz verschiedenen großen öffentlichen Systemen können ökonomisch erfolgreich und erfolglos sein. Klar ist nur: Bei niedrigen Steuern und Abgaben gibt es kein Geld für Schulen, Kindergärten, Unis, öffentliche Einrichtungen und Umverteilung.

Mythos Nr. 4: Dem Arbeitsmarkt geht es besser, wenn die Löhne sinken.
Es scheint so einleuchtend: Wenn man die Arbeit billiger macht, dann wird mehr Arbeit nachgefragt. Doch die Arbeitskosten sind gleichzeitig die Stütze der Binnennachfrage. Wer sie generell senken will, macht die Wirtschaft kaputt. Für die Bereiche der Wirtschaft, in denen mit gesellschaftlich sinnvoller Arbeit nur niedrige Erträge am Markt erzielt werden können, müssen maßgeschneiderte Lösungen ohne Lohndumping gefunden werden. Staatlich geförderte Dienstleistungsagenturen und die Ausweitung öffentlich finanzierter Beschäftigung sind ein guter Weg. Auch die sozialen Sicherungssysteme progressiver als heute zu finanzieren, wäre ein sinnvoller Schritt,

Mythos Nr. 5: Durch Sparen in der Krise senkt man die Staatsschulden.
Wer wie Eichel und Schröder in der Wirtschaftskrise Sparpolitik durchzieht, erntet eine noch tiefere Krise und damit noch höhere Schulden. Die jetzigen Probleme gehen zu einem guten Teil auf dieses Konto. Schulden kann man nur in guten Zeiten abtragen. Hier haben unsere Politiker schwere Fehler gemacht und machen nun zum Ausgleich alles noch schlimmer.

Mythos Nr. 6: Deutschland ist nicht wettbewerbsfähig
Der neuste Mythos, der vor einigen Jahren schon mal aktuell war, ist: Deutschland ist nicht wettbewerbsfähig. Sicher gibt es Standortverlagerungen von Deutschland ins Ausland. Das ist tragisch für die jeweils betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ich verstehe jeden und jeder, der oder die sich dagegen zur Wehr setzt. Aber: Wir sollten nicht vergessen, dass auch die starken deutschen Exporte zahlreiche Arbeitsplätze im Ausland vernichtet haben. Insgesamt ist Deutschland äußerst wettbewerbsfähig. Das zeigt schon ein Außenhandelsüberschuss von über 100 Mrd. ¤ und die ständig sinkenden Lohnstückkosten, übrigens auch im Vergleich zu unseren wichtigsten Konkurrenzländern. Lassen wir uns also nichts einreden: Die ökonomischen Probleme hierzulande kommen nicht durch eine schwache Außenwirtschaft, sondern durch die strangulierte Nachfrage im Inland.

Trotz aller Versuche diese Mythen in die Köpfe zu hämmern, wird immer mehr Menschen klar, dass in Deutschland ein Machtkampf abläuft. Die Vermögenden und Spitzenverdiener, kurz die politische und wirtschaftliche Elite in diesem Land, wollen die Kosten des Sozialstaates nicht mehr mittragen. Sie suchen nicht gemeinsam mit der großen Mehrheit der Bevölkerung nach Wegen, wie Globalisierung und soziale Gerechtigkeit unter einen Hut gebracht werden können. Sie reden vielmehr von Deregulierung und mehr Eigenverantwortung, meinen jedoch die eigenen höheren Einkommen und Renditen.

Sichtbar wird der enorme Verlust an wirtschaftlicher und sozialer Moral auch an den immer häufigeren skandalösen Versuchen der Erpressung und Abzocke.
- Die Abfindungen bei Mannesmann der Herren Esser und co.
- Die Weigerung von Müller-Milch Müller, nachdem er hier reich geworden ist, die ohnehin im internationalen Vergleich niedrigen Erbschaftssteuern zu zahlen. Lieber setzt er sich in die Schweiz ab.
Die Erpressung durch Siemens-Chef von Pierer: Entweder unbezahlte Mehrarbeit oder Abwanderung ins Ausland.
- Die Verordnung von unbezahlten Überstunden durch die Ministerpräsidenten Stoiber und Steinbrück.

Dies alles - die politische Organisierung eines enormen internationalen Wettbewerbsdrucks, der Aufbau neoliberaler Mythen und die Weigerung die Kosten des Sozialstaates

mitzutragen - summieren sich zu einer offenen Aufkündigung des historischen Klassenkompromisses. Das Kapital wird aus der demokratischen Kontrolle im Rahmen der Nationalstaaten entlassen. Der rheinische hat sich zum schweinischen Kapitalismus gewandelt.

Wenn es unter den Bedingungen der Globalisierung nicht mehr gelingt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Entwicklung der Produktivität zu beteiligen,
Wenn die Mehrheit der politischen und wirtschaftlichen Eliten verhindert, dass es zu einer Re-Regulierung der Ökonomie auf internationaler Ebene kommt,
dann müssen wir anfangen grundsätzlichere Fragen zu stellen.

Sozialer Frieden ist auch in Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Wirtschaftliche "Freiheit" und soziale Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn das Kapital sich im Zuge der Globalisierung nicht mehr zügeln lässt, dann muss wohl über die Einschränkung der Rechte der Investoren nachgedacht werden.

Ich bin nach realistischer Abwägung der Vor- und Nachteile ein Befürworter der Marktwirtschaft, auch wenn es dazu innerhalb von Attac keinen Konsens gibt, aber diese offensichtliche Aufkündigung des Kassenkompromisses ist nicht hinnehmbar und muss eine entschiedene Antwort von uns erfahren. Eine andere Sprache verstehen die Henkels, Müllers und von Pierers nicht!

Dabei sollten wir uns eines nicht einreden lassen: Der Sozialabbau ist alternativlos und es gäbe keine Alternativen.

Attac wird in Kürze gemeinsam mit Gewerkschaften ein Konzept für eine "**Solidarische Einfachsteuer**" vorstellen. Diese Steuerreform wird das Steuersystem einfacher und vor allem sozial gerechter machen. Die Steuersätze werden gesenkt, Ausnahmetatbestände und unnötige Kompliziertheiten abgeschafft.
Die sozialen Sicherungssysteme müssen mit Hilfe einer **Bürgerversicherung,** die das gesamte Volkseinkommen einbezieht, reformiert werden. Wenn nicht nur Arbeitseinkünfte sondern, auch Kapitaleinkommen die sozialen Sicherungssysteme finanzieren, ist soziale Sicherheit für alle machbar.
Wir brauchen **mehr öffentliche Investitionen** in die ökologische Infrastruktur, im Gesundheitsbereich und vielen anderen sozialen Einrichtung, im Bildungsbereich sowie in Forschung und Entwicklung.
Wir verlangen **die Internationalisierung sozialer, ökologischer und demokratischer Regulierungen**.

Diese und viele andere Reformen sind machbar. Sozialabbau ist nicht alternativlos.
Allerdings müssen wir auch bei den Alternativen weiter-denken. Die klassische Vollbeschäftigung kommt nicht wieder. Angesichts der hohen Produktivität können nicht alle Erwachsenen 35 oder 40 Stunden in sinnvoller und guter Arbeit erwerbstätig sein. Deshalb sind heute wie in der Vergangenheit **deutliche Schritte der Arbeitszeitverkürzung** notwendig.

Ferner befürchte ich, dass zumindest in der absehbaren Zukunft Tarifverträge allein nicht mehr ein angemessenes Lohnniveau für alle sichern können. Daher sollten wir gemeinsam zwei Forderungen stark machen:
Einen **gesetzlichen Mindestlohn** für alle Menschen in Erwerbsarbeit.
Sowie eine **bedingungslose Grundsicherung für alle Menschen außerhalb der Erwerbsarbeit**

Liebe Freundinnen und Freunde! Die Alternativen sind da! Wir lassen uns nichts anderes einreden. Es geht vielmehr darum, den Bereich zurückerobern, den die offenen wirtschaftlichen Grenzen und die neoliberale Ideologie der Demokratie genommen haben.

Es geht darum die Zukunft wieder in die eigenen Hände zu nehmen und uns nicht den scheinbaren Sachzwängen der Globalisierung zu beugen! Gewerkschaften, soziale Bewegungen werden dies nur in einem breiten Bündnis mit allen progressiven Kräften in der Gesellschaft erreichen. Lasst uns dieses Bündnis gemeinsam weiterführen! Nur so kann es gelingen!

mailto:giegold@attac.de

Peter Wahl, **Die Verlierer der Globalisierung,** Rede zum 1. Mai 2004 in Erlangen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Eine halbe Million Menschen hat mit den Großdemonstrationen vor vier Wochen laut und deutlich gesagt: Wir haben den Kanal voll von Agenda 2010, von Sozialabbau, Umverteilung von den Armen zu den Reichen. Wir haben den Kanal voll von den Schikanen gegen Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger. Uns reicht's mit dem Abkassieren bei den Renten, beim Arzt und in der Apotheke. Die Kaputtsparerei bei Schulen, Universitäten, Kindergärten und Kultur steht uns Oberkante Unterlippe. Und: wir lassen uns nicht länger die Ausrede bieten, dass es dazu keine Alternative gäbe.

Mit den Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart sind all jene widerlegt worden, die die Gewerkschaften so gerne tot geredet hätten. Es sah ja auch tatsächlich nicht so gut aus vor einem Jahr: Streikniederlage im Osten und Führungskrise der IG-Metall, Protestaktionen gegen Agenda 2010 ein Flop. Auf allen Kanälen und im Blätterwald wurden die Gewerkschaften runter und in die Defensive geredet. Aber der 3.4. hat gezeigt, dass da offensichtlich der Wunsch Vater des Gedankens war. Die Gewerkschaften sind voll da. Sie haben ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt und sie haben Mut zu Neuem gezeigt. **Denn der Erfolg des 3.4. ist auch Resultat der Öffnung des DGB in die Gesellschaft, hin zu sozialen Bewegungen**. Die Globalisierungskritische Bewegung, Attac, Sozialverbände kirchliche Gliederungen, Studenten, Erwerbsloseninitiativen Rentner und viele andere haben den 3. 4. mitgetragen. Sicher stehen wir hier noch am Anfang eines Prozesses und wir wünschen uns mehr. Aber die halbe Million am 3. April ist nicht nur ein Erfolg des DGB, sondern auch all jener, die eine gerechte, solidarische, friedfertige und demokratische Gesellschaft wollen. **Attac stimmt nicht mit allem bei den Gewerkschaften überein, aber wir sagen auch klipp und klar: ohne die Gewerkschaften lässt sich in diesem Land nichts nach vorne bewegen.** Sie sind nach wie vor die wichtigste Kraft für eine emanzipatorische Veränderung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde,

Als der Kanzler vor gut einem Jahr seine Agenda 2010 vorstellte, hat er sie ausdrücklich damit begründet, dass Deutschland für die Globalisierung zukunftsfest gemacht werden müsse. Und in der Tat, in einem Punkt hat Schröder ausnahmsweise mal recht: **Agenda 2010 hat viel mit Globalisierung zu tun.** Bis vor drei Jahren wurde uns dieses Phänomen noch als der Anbruch eines goldenen Zeitalters verkauft. Die Börse boomte, die New Economy erschien als Gipfel der Zivilisation, und man kam sich fast schon blöd vor, wenn man sein Geld durch eigene Arbeit verdiente - sofern man einen Arbeitsplatz hatte - anstatt es für sich "arbeiten" zu lassen.
Was ist daraus geworden? Die große Pleite. Die Blase ist geplatzt. Wir haben die längste Talfahrt der Kurse seit der Weltwirtschaftskrise, die Weltkonjunktur ist eingebrochen. Die sog. Buchhaltungsskandale - ich sage bewusst sogenannt, denn sie sind keine Ausrutscher, sondern systembedingt - die sog. Buchhaltungsskandale und das unrühmliche Ende der New Economy haben den Lack an der schönen neuen Welt der Globalisierung abblättern lassen.

Aber wer wollte, konnte schon vorher wissen, dass die Versprechen der Globalisierung sich nicht erfüllt haben. Anders als die Ideologen eines ungezügelten Marktes uns jahrelang gepredigt haben, hat die Welle der neoliberalen Globalisierung eben nicht die großen Tanker und die kleinen Boote gleichermaßen emporgehoben. Von wegen Wohlstand für alle! Mit dieser Forderung würde Ludwig Erhard heute ohnehin als Linksradikaler durchgehen.

Im Gegenteil, **die neoliberale Globalisierung hat viele Verlierer**, aber nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie beschert uns so etwas wie einen globalisierten Manchester-kapitalismus. **Die Armut in den Entwicklungsländern, und das sind 83% der Weltbevölkerung, wächst.** Der Abstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird täglich größer. Die Hälfte der Menschheit muss mit weniger als 2 Dollar pro Tag überleben.
Mit ihrem marktradikalen Pferdekuren - sie nennen das **Strukturanpassung -** haben die großen Globalisierungs-institutionen, die Welthandelsorganisation WTO, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, IWF, viele Länder in die Tinte geritten. Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung - das waren die Patentrezepte jener neoliberalen Experten, deren Sachverstand sich als der des Dr. Eisenbart erwies. Argentinien ist das jüngste Beispiel.
Davor gab es Crashs in Mexiko, Südostasien, Russland, Brasilien und in der Türkei. Einer der Chefs dieser Versagerinstitutionen, Horst Köhler, soll jetzt Bundespräsident werden. Während der Amtszeit als Direktor des IWF hat die Verschuldung der Entwicklungsländer um 200 Mrd. Dollar zugenommen und Argentinien wurde auf strammem IWF-Kurs gegen die Wand gefahren. Herr Köhler hat sich auch als Fan von Agenda 2010 geoutet und weitere, sog. Reformen, wie die Verschlechterung der Lebenslage für weite Schichten der Bevölkerung im neoliberalen Propagandajargon heißt, gefordert. Wenn er gewählt wird, dann können wir uns darauf gefasst machen, die neoliberale Gebetsmühle des Flexibilisieren, Privatisieren Liberalisieren in präsidialer Verpackung serviert zu bekommen.

Zu den Verlierern der neoliberalen Globalisierung gehört auch die Umwelt. Von dem schönen Programm, der Agenda 21, das 1992 bei der Rio-Konferenz verabschiedet wurde, haben sich die meisten Regierungen incl. die rot-grüne inzwischen längst verabschiedet. Alle wichtigen Indikatoren beim Klima, bei der Übernutzung der fossilen Ressourcen, bei der Artenvielfalt, der Landschaftsversiegelung und der Überfischung zeigen weiter und beschleunigt in den roten Bereich. Die wenigen Minifortschritte, wie das Kyotoprotokoll zum Klimaschutz, sind inzwischen total verwässert worden. In die unheilige Allianz aus USA, Ölscheichs und Industrie hat sich mittlerweile auch der deutsche Wirtschaftsminister eingereiht.

Zu den Verlierern der neoliberalen Globalisierung gehört auch die Demokratie. Wenn der Vorgänger des wegen Korruption gegenwärtig vor Gericht stehenden Chefs der deutschen Bank, Breuer, schreibt: "Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten." dann ist etwas ganz gewaltig faul im Staate Dänemark. Wer hat denn die Finanzmärkte gewählt? Wenn die Anleger und die Global Players, die kein Mensch demokratisch legitimiert hat, zunehmend die Politik diktieren, dann wird die Demokratie ausgehöhlt. Außenminister Fischer hat in einem Interview in der Frankfurter Rundschau offen eine politische Bankrotterklärung abgegeben als sagte: "Wir können nicht Politik gegen die Finanzmärkte machen." Aber Politik gegen Arbeitnehmer, gegen Erwerbslose, gegen Sozialhilfeempfänger und Rentner, also Politik gegen die Mehrheit der Menschen in unserem Lande, das können sie machen.

Eine ungerechte und von ökologischen Krisen geschüttelte Welt führt unweigerlich auch zu politischer Instabilität. Eine Welt mit wenigen Inseln des Wohlstands in einem Meer von Armut und Verelendung produziert Gewalt, Terrorismus und Krieg. Es ist kein Zufall, dass dann fundamentalistische Demagogen und obskure Populisten Einfluss bekommen. Es kann nicht überraschen, wenn die Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich, wenn die politische und kulturelle Dominanz des Westens in Hass und Gewalt bei den Verlierern der Globalisierung umschlagen. Gerade unsere eigene Geschichte bietet ein traurige Bestätigung dafür, dass die Ängste der Menschen vor sozialem Abstieg, dass Verelendung und Wirtschaftskrisen von rechten Rattenfängern ausgenutzt wird. Die Weltwirtschaftskrise 1929 war zwar nicht die einzige aber doch ein der bedeutendsten Ursachen für den Aufstieg der Nazis - mit all seinen fürchterlichen Folgen. Die neoliberale Globali-sierung ist ein Sicherheitsrisiko. Sie gefährdet den Weltfrieden.

Aber, wo bleibt das Positive, werden sich jetzt einige fragen. Schließlich gibt es auch Gewinner. Ja, die gibt es. Z.B. **haben die reichsten 200 Personen der Welt ihr Vermögen zwischen 1994 und 1998 auf mehr als eine Billion Dollar verdoppelt**. Und das der drei reichsten Milliardäre übersteigt das zusammen--gerechnete Bruttosozialprodukt der 40 ärmsten Länder mit ihren 600 Mio. Einwohnern. Wer von Armut redet, kann von Reichtum nicht schweigen.
Zu den Gewinnern gehören alle jene, die ihre Steuern auf den Caimàn Inseln, in Liechtenstein, Monaco, den Bermudas, der Schweiz oder den anderen Steueroasen bezahlen, wo sie gering sind oder bei Null liegen. All die Wohlhabenden, deren Steuern - anders als die der Lohnsteuerzahler - nicht automatisch abgeführt werden, also **in Deutschland z.B. die 800.000 Millionäre** die es hier gibt. Und natürlich die Großunternehmen. So wie sie die Arbeitsplätze in Billiglohnländer verlagern, so verlagern sie ihre Steuerzahlungen in Steueroasen. Es ist ein unglaublicher Skandal, dass Siemens und andere Global Player weniger

Steuern an den deutschen Fiskus zahlen als eine Krankenschwester.

1980 betrug der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern am gesamten Steueraufkommen in der Bundesrepublik noch **30%,** und war damit genauso hoch wie der Anteil der Lohnsteuer. **Heute** ist der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern auf **14%** also gut die Hälfte gesunken. Der Anteil der Lohnsteuer ist dagegen auf 36% gestiegen. Kein Wunder wenn dann die Staatskassen immer leerer werden. Kein Wunder wenn unsere Kommunen vor dem finanziellen Kollaps stehen. Die Schulen verrotten, Schwimmbäder, Musikschulen, Bibliotheken, soziale Einrichtungen Theater werden kaputtgespart. Nahverkehr, Wasser, Energie und andere Infrastruktur werden zunehmend privatisiert. Die kommunale Selbstverwaltung, diese bürgernahe Basis unserer Demokratie, wird zur Farce, weil nur noch die Sparzwänge exekutiert werden.

Das ganze nennt sich dann "schlanker Staat". Tatsächlich handelt es sich um eine gigantische Umverteilung von unten nach oben. Denn es sind die einkommensschwächereren Schichten, die es hart trifft, wenn Straßenbahnen, Müllabfuhr und Kindergarten teurer werden. **Privatisierung führt unweigerlich zu einem Zweiklassensystem**: hochwertige Privatangebote für jene, die es sich leisten können und ein Rumpfangebot für alle anderen. Nur Gutverdienende und Reiche können sich daher einen derart schlanken Staat leisten. Für die anderen sinkt die Lebensqualität durch die Einschnitte bei den öffentlichen Dienstleistungen.
Deshalb brauchen wir endlich Steuergerechtigkeit, damit unsere öffentlichen Güter wieder finanzierbar werden. Es gehört zu den Grundprinzipien einer am Gemeinwohl orientierten Politik, dass jeder nach seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlt. Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt.

Was hat der 3.4. gebracht?

Peter Wahl, Ko-Kreis-Mitglied, 8.4. 2004

Mit einer halben Million DemonstrantInnen war der 3. April die größte Massenaktion gegen Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie hat die gesellschaftlichen **Kräfteverhältnisse** ein Stück weit zugunsten des emanzipatorischen Lagers **verschoben**. Viele Menschen gingen zum ersten Mal auf die Straße. Dabei entsteht Politisierung, Lernprozesse werden in Gang gesetzt. Die Dynamik, die mit der Berliner Demo am 1.11. freigesetzt wurde, hat sich in neuer Qualität fortgesetzt. Dies ist eine günstige Ausgangsposition für weitere Fortschritte gegen den neoliberal inspirierten Sozialabbau.
All dies ist ein großer Erfolg für das emanzipatorische Lager insgesamt, und wir sollten dies für alle weiteren Analysen und detaillierteren Einschätzungen zum Ausgangspunkt nehmen.
Einige weitere Elemente sind für die Bewertung des 3.4. wichtig: Es ist von historischer Bedeutung, dass nach jahrzehntelanger Bindung an die **SPD** der **DGB** erstmals gegen eine sozialdemokratisch geführte Regierung auf der Straße ging. Alle Redner des DGB, vorneweg Sommer, haben dem Kurs der Bundesregierung eine deutliche Absage erteilt, und so wurde es auch in den Medien wahrgenommen. Gleichzeitig haben sie sich für Allianzen mit sozialen Bewegungen, Kirchen, Sozialverbänden u.a. ausgesprochen.
Dies ist neu und zeigt, dass **in den Gewerkschaften etwas in Bewegung gekommen ist**. Zwar besteht kein Grund zur Euphorie, aber für den weiteren Prozess ist es entscheidend, die neuen Tendenzen zu erkennen und nicht an veralteten Klischees zu kleben.
Der Erfolg des 3.4. bedeutet auch ein Come Back der Gewerkschaften. Nachdem sie mit der Streikniederlage in den neuen Bundesländern, der Führungskrise der IG-Metall und dem Flop ihrer ersten Aktionen gegen Agenda 2010 im vergangenen Jahr mit dem Rücken zur Wand standen, konnten sie jetzt unter Beweis stellen, dass sie durchaus noch über ein beträchtliches **Mobilisierungspotential** verfügen. Das hat ihr Selbstbewusstsein gestärkt und wird auch dazu führen, dass die Gegenseite wieder stärker mit ihnen rechnen wird.
Gleichzeitig wurden jene Kräfte innerhalb der Gewerkschaften gestärkt, die sich für eine Loslösung von der SPD, eine Öffnung zur Gesellschaft und sozialen Bewegungen einsetzen.

All dies nützt nicht nur den Gewerkschaften, sondern allen emanzipatorischen Kräften. Auch wir haben ein Interesse an starken und kämpferischen Gewerkschaften, denn ohne sie ist ein Politikwechsel nicht durchzusetzen. Insofern wäre es politisch verfehlt, die dominante Wahrnehmung des DGB nach den Demos (vor allem in den großen TV-Sendern) mit organisationsborniertem Neid zu sehen.

Natürlich verlaufen **Umbruchprozesse** in einer Großorganisation mit 7 Mio. Mitgliedern widersprüchlich und **konfliktiv**. Und selbstverständlich stoßen sie auch immer wieder an die Grenzen von altem Denken und einer überkommenen politischen Kultur und ihren Strukturen. So war z.B. die Öffnung für RednerInnen von Attac, Kirchen, Sozialverbänden etc. ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig aber war der DGB durch seine Öffentlichkeitsarbeit und die Dramaturgie der Kundgebungen bemüht, quasi **Exklusivrechte** an dem Projekt für sich zu reklamieren. Diese Widersprüchlichkeit ist Ausdruck der internen Kräfteverhältnisse im DGB.
Dabei geht es nicht darum, eine größere Rolle für Attac zu beanspruchen. Vielmehr hätte mit einer stärkeren Partizipation anderer Akteure bei der Vorbereitung und Durchführung der Aktion ein noch weitaus größeres Potential erschlossen werden können. So toll die halbe Million ist, es wäre noch einiges mehr drin gewesen. Leider haben die internen Kräfteverhältnisse im DGB eine **mutigere Öffnung** in die Gesellschaft und zu sozialen Bewegungen **nicht zugelassen**.

Für Attac war der 3.4. **das politisch bedeutendste Projekt seit Gründung**. Ohne sich in unproduktive Debatten darüber zu verlieren, wer der politisch Schönste im ganzen Land ist, steht fest: wir haben einen nicht unbeträchtlichen Anteil am Zustandekommen der Aktion. Unsere strategische Orientierung auf Kooperation und kritische Solidarität mit den Gewerkschaften, – angefangen mit dem gemeinsamen Aktionstag in Köln mit der Gewerkschaftsjugend im September 2002, über die DGB-ATTAC-Venro-Erklärung (ungeachtet ihrer zurecht als problematisch kritisierten Aspekte), die Konferenz zu Cancùn bis zu unserem Agieren beim 1.11. und dem Europäischen Sozialforum in Paris - hat sich ausgezahlt.
Wir waren auch im Vorfeld der Demos und in der Wahrnehmung der überregionalen Printmedien gut sichtbar. Zusammen mit der

gelungenen Teilnahme von Sven Giegold an Christiansens Talkshow können wir auch mit dem **Medienecho zufrieden** sein. Insofern ist der 3.4. auch aus unmittelbarer Organisationsperspektive **ein großer Erfolg für Attac**.
Einige Schwächen, wie z.B. die TV-wirksamen Räume vor der Tribüne anderen überlassen zu haben, werden noch genauer zu diskutieren sein, um daraus zu lernen.

Mit dem 3.4. haben sich aber auch die politischen Koordinaten, in denen wir uns bewegen, verändert. Wir haben eine neue Situation. **Business as usual ist da nicht mehr möglich**.
Auch haben die Kräfteverhältnisse im emanzipatorischen Lager sich verschoben. In dem Maße, wie andere, und hier insbes. der DGB, sich auf konsequentere Positionen zubewegen, stellen sich neue Anforderungen an uns, wenn wir weiter vorne mitspielen wollen. Das ist kein Grund zum klagen, sondern die Dialektik des Erfolgs. Eine neue Lage erfordert neue Ideen.
Um dem gewachsen zu sein, müssen wir in den nächsten Monaten eine gründliche Diskussion über unsere weitere Strategie führen. Einige Fragen liegen bereits auf dem Tisch:
- die **Schärfung unseres eigenständigen Profils**, insbesondere in Fragen Internationalismus, Wachstum und Ökologie und generell der Alternativendebatte,
- unser Verhältnis zu Parteien und Parlamentarismus im allgemeinen und zur geplanten **Linkspartei** im besonderen,
- weitere Perspektiven unserer **Bündnispolitik**,
- welche **Aktionsformen** sind jetzt gefragt,
- was sind die nächsten **Etappenziele**, die wir ansteuern sollten.

Auf all diese Fragen hat niemand eine klare Antwort. Und wer dies dennoch glaubt, ist bereits auf dem Holzweg. Wir sollten uns daher die Zeit lassen, gemeinsam unser Strategie weiterzuentwicklen. Rat, Ratschlag, Perspektivenkongress in Berlin, Sommerschule u.a. bieten Gelegenheit dazu. Außerdem wird ein Forum auf der Webseite eingerichtet. Ihr seid alle zur aktiven Teilnahme eingeladen. Dabei ist klar, dass die Bewertung des 3.4. und die weitere Strategie kontrovers sein werden. Aber das ist gut so. Denn schon olle Hegel wusste: **„der Widerspruch ist das Fortleitende.“**

Pedram Shahyar, Ko-Kreis-Mitglied, 30.4.2004

Nicht alles, aber einiges hat sich verändert, seit wir innerhalb von sechs Monaten zwei Großdemonstrationen gegen den Sozial-Kahlschlag erleben durften. Man mag darüber streiten, wo sich wie viel verändert hat. Aber der Blick des progressiven Menschen hier zu Lande auf die Nachbarländer, wo in den letzten Jahren so oft Hunderttausende auf der Straße waren, sollte jetzt mit einer deutlich geringeren Portion Eifersucht behaftet sein. **Das Eis der Passivität scheint gebrochen.**

Die größte Demonstration gegen Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik war nur möglich, weil die Linken, besonders aus Gewerkschaften, Basisgruppen und globalisierungskritischer Bewegung, beflügelt von der internationalen Bewegung, den Mut hatten, am 1. November zu einer Demonstration aufzurufen. Diese schockierte alle Beteiligten positiv und ermutigte den **DGB**, nach einigen harten Niederlagen seine ganze Kraft für eine Mobilisierung zu riskieren. Nachdem nun am 3. April eine halbe Million Menschen demonstriert haben, ist der DGB wieder zurück auf der politische Bühne und hat seine gesellschaftliche Isolation vom letzten Sommer zum Teil überwunden.

In der Bündnisarbeit lief nicht alles, wie wir es uns gewünscht hatten. Letztendlich wurden die Kräfte, die den 1. November realisiert hatten, vom DGB **nicht als Partner auf gleicher Augenhöhe behandelt**. Dies hat nicht nur in der Vorbereitung einige Verunsicherungen verursacht; es hat die Demonstrationen als rein gewerkschaftliche Aktion erscheinen lassen und ihr damit eine noch größere Schlagkraft geraubt. Es ist aber sehr erfreulich und in dieser Form auch eine neue Entwicklung, dass die Teile des DGB sich überhaupt durchsetzen konnten, die gegen die Neoliberalismus in rot-grüner Färbung mobilisieren wollten. Hier gilt es weiter anzusetzen, die Zusammenarbeit im Protest zu vertiefen. Der von Gewerkschaften und Attac initiierte und von vielen Gruppen unterstützte »Perspektivenkongress« im Mai ist hierfür ein weiterer wichtiger Baustein.

Die Regierung hat aber unmissverständlich klar gemacht, dass sie den sozialen Kahlschlag weitertreiben will. Dass die Union die neoliberale Gangart noch erhöhen will, ist kein Geheimnis. **So werden wir uns auf längere und noch härtere Zeiten einstellen müssen**. Die Mobilisierungen der letzten Monate legen einen Grundstein für eine außerparlamentarische soziale Opposition, die in den nächsten Jahren ein Faktor werden kann, an dem keine Regierung vorbei kommt. Dafür müssen Voraussetzungen geschaffen werden.
In der **Bündnisarbeit** darf keine der Gruppen Alleinvertretungsansprüche erheben. Die Pluralität ist im Protest ein kaum zu überschätzendes Gut, und sie ermöglicht die Integration unterschiedlichster Milieus der Verlierer neoliberaler Globalisierung in die Bewegung. Der Pluralismus ist aber keine Selbstverständlichkeit und kulturell hier zu Lande kaum gewachsen. In den Bündnissen, ob lokal oder überregional, prallen sehr unterschiedliche politische Kulturen aufeinander. Die Entwicklung der Toleranz gegenüber anderen politischen Kulturen ist eine der zentralen Voraussetzungen, wenn wir eine nachhaltige soziale Bewegung entwickeln wollen.
Was die konkrete Arbeit angeht, stehen zunächst zwei Aufgaben an: Es gilt **politische Räume** zu schaffen, wo viele weitere Menschen sich einbringen können, wo sie oppositionell denken und handeln können. Davon gibt es bei weitem nicht genug. Viele Menschen finden keinen Anschluss an die bestehenden oppositionellen Strukturen. Diese sind in den traditionellen Bewegungen zum Teil bürokratisch verkrustet und auch in den neuen Bewegungen oft nicht offen genug. Dafür brauchen wir in unseren Strukturen mehr reale Demokratie.
Eine erfolgreiche Praxis der sozialen Bewegung braucht ferner noch kreativere und **schärfere Aktionsformen**. Wir können nicht bei Demonstrationen und Petitionen stehen bleiben. Gezielter ziviler Ungehorsam, Aneignung sozialer Güter und öffentlicher Räume bis hin zu betrieblichen Aktionen und Streiks gilt es bei gegebenen Möglichkeiten einzusetzen als eine adäquate Antwort auf die Verschärfung der Angriffe, die nicht mehr einfach weiterer Sozialabbau sind, sondern die Menschen durch massiver Verarmung, Zwang und Verunsicherung in ihre Würde treffen.
Eine neue Kultur der Zusammenarbeit, offene Räume und neue Formen der Praxis: all dies ist im letzten halben Jahr in kleinen Schritten probiert worden. Hier gilt es, weiter anzusetzen und die neuen Möglichkeiten des oppositionellen Handels zu ergreifen. Dann können wir trotz neoliberaler Hegemonie optimistisch sein, dass die Tatsache, dass weltweit genug für alle da ist und eine radikale Umverteilung des Reichtums kein Hirngespinst ist, nicht erst in der nächsten Generation mehrheitsfähig wird.

Erschienen in Neues Deutschland, 30.4.04

Peter Grottian, **Rede am 3.4.2004 auf dem Alexanderplatz in Berlin.**

Diese Demonstration ist sanftpfötig

Warum die Gewerkschaftsspitzen nach wie vor so ängstlich sind

Am 1. November letzten Jahres demonstrierten hier in Berlin 100 000 Menschen. Heute sollen es weit mehr werden. Im November war es ein Aufbegehren der Gewerkschaftsbasis, widerständiger Bürgerinnen und Bürger, sozialer Gruppen, außerparlamentarischer Bewegungen, enttäuschter PDS- und SPD-Basis – Bsirske kam als Demonstrationsteilnehmer der Gewerkschaftsspitzen. Heute sind der DGB und die Mehrzahl der Einzelgewerkschaften die Träger des Protestes, scheinbar vereint mit der Gewerkschaftsbasis, der globalisierungskritischen Bewegung, der rebellierenden Parteibasen, den sozialen Projekten, den Bürgerinnen und Bürgern, den Rentnern.

Natürlich – unser Protest ist das augenblicklichste Sturmzeichen des Widerstands, es ist der massenhafte Ausdruck, daß wir eine Grundsäule des Grundgesetzes, die den Sozialstaat im Artikel 20 als unveränderliches Prinzip festschreibt, zu verteidigen bereit sind.
Aber: Ist unsere große Demonstration wirklich der Widerstand, der die Herrschenden das Nachdenken oder das Fürchten lehren könnte, der sie zwingen wird, ihre Fata-Morgana-Politik der völligen Fixierung auf die Wachstumsmorgenröte abzuändern? Nein, täuscht euch nicht, die Mächtigen und die Medien behandeln uns als Groß-Event – man wird raunend Verständnis äußern, das Anliegen scheinbar ernst nehmen – und die bisherige Politik fortsetzen! Und Ihr wißt, daß es so ist. Macht euch nichts vor, 200 000 Latsch-Demonstranten allein, ein paar Reden, hinterher ein Bier, es beeindruckt nicht nachhaltig die Wirtschaft, Rot-Grün oder Schröder – oder die plural gefaßten Einheitsparteien der Republik. Sie werden ihre Politik fortsetzen, wenn wir den grundgesetzlich verbrieften Widerstand gegen die Abschaffung von Politik, Sozialpolitik, menschengerechter Politik nicht anders aufhalten. Doch wie und wo können wir zulegen, zuspitzen, den Konflikt verschärfen?

1. Die programmierte Erfolglosigkeit der Agenda 2010 fordert unsere Alternativen heraus: **Menschenrechtsgemäße Grundsicherung statt repressiver Sozialhilfe** lautet die erste Antwort.

- Erst die Grundsicherung schafft die Voraussetzung der Freiheit von Angst. Sie macht demokratisches Verhalten möglich. Kurz: Die Grundsicherung ist eine positive Antwort auf die strukturelle Krise der kapitalistisch verfaßten Arbeitsgesellschaft.
- Die menschenrechtliche Entsprechung wäre als zweite Antwort ein Programm von **zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen, die sich Erwerbslose selbst suchen können** – ein Arbeitsmarkt von unten, relativ selbstbestimmt, entbürokratisiert, auf gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsfelder konzentriert, aber auch gesellschaftlich mit 30 Milliarden Euro finanziert. Die Agenda 2010 macht Menschen zu Schrott. Bei unseren Projekten hätten sie die Möglichkeit, aufrecht zu gehen und Sinnstiftendes zu arbeiten.
- Als dritte Antwort müßten die Gewerkschaften **arbeitsplatzschaffende Strategien wieder auf die Tarifagenda** setzen – Konzepte müssen die Gewerkschaften vorlegen, die nicht nur auf Lohnprozente fixiert sind, sondern als Gegenprojekt zur Agenda 2010 gelten können, die diesen Namen verdienen. Höhere Erbschafts-, Vermögens- und Finanztransfersteuern zu fordern ist ja grundsätzlich richtig, aber solange die Gewerkschaftsspitzen zur Arbeitszeitverkürzung, Teilung von Arbeit zwischen Frauen und Männern, Angeboten für die jüngere Generation, vernünftigen Formen von Teilzeit auf ihrem Tariffeld nichts mehr zu sagen haben, schwächen sie ihre Machtpositionen.
- Schließlich müssen wir die **Kommunen stärken** in ihrer Rolle in der sozialen und städtischen Infrastruktur.

Diese **vier Bausteine** könnten sehr wohl eine programmatische Alternative sein – wir haben Alternativen!

2. Gewerkschaftliche Widerstände mit anderen Protestbewegun-gen anders bündeln, damit sich der **Widerstand dynamisiert.**

Wer breiten Widerstand will, muß auch die Breite von Bündnissen wollen. Die heutige Veranstaltung ist primär eine Gewerkschaftsveranstaltung, die nach ihren Prinzipien abläuft. Wir kritisieren das als Vertreter außerparlamentarischer Bewegungen schärfstens und fragen uns, **warum die Gewerkschaftsspitzen nach wie vor so ängstlich sind**, genauer: die Hosen so voll haben. Die Strategie der Gewerkschaften, den breiten gesellschaftlichen Widerstand abzubrechen und den parlamentarischen Einflußschoß zu suchen, ist offenkundig gescheitert. Nichts liegt näher **in bewußter Distanz zur Macht**, seine Macht mit vielen Menschen neu zu organisieren und zu stärken. Das geschieht heute – aber nicht als integrierendes Bündnis unterschiedlicher widerstandsbereiter Gruppen, sondern zu den Konditionen der Gewerkschaften. Das ist **engstirnig**, nicht sehr selbstbewußt und riecht nach gesellschaftspolitischer Taktik: Wie das Ohr der Mächtigen nicht verlieren und gleichzeitig eine starke soziale Bewegung sein wollen?

Wir fordern deshalb die Gewerkschaften auf, die heute bescheiden beschrittene Strategie der vorsichtigen gesellschaftlichen Öffnung, auch im Sinne eigener Interessen **drastisch auszuweiten**: globalisierungskritische Bewegungen, lokale Sozialforen und Sozialbündnisse, Teile von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, aufmüpfige, individualisierte Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche, Kinder, Ältere, Frauen, Migranten, das gehört zusammen, was hier als Betroffene zusammengehört. Massenprotest in Köln, Stuttgart und Berlin ist wichtig, aber der dezentralisierte kommunale Protest muß zur **Dauerfeuerstelle** unseres Protestes werden, um die Herrschenden zur Änderung ihrer Politik zu bewegen. Globalisierungskritische Bewegung, Massendemonstrationen und lokaler Widerstand müssen verbunden werden.

3. Aufstehen für drei Stunden Protest ist zu wenig – **Armuts- und Sozialproteste in die Reichtumszentren tragen, Arbeitsplätze instandbesetzen, Teilschließung von Arbeitsämtern, radikale Verweigerung sozialer Zumutungen.**

Wir müssen uns mehr zumuten als eine dreistündige Demonstration. Ja, wir sind nicht eingeübt in provozierende Sozial- und Armutsproteste wie in Italien oder Frankreich. Aber wir müssen jetzt mehr versuchen, so schwer es auch ist, die Hürde zu Protest- und Konfliktformen des zivilen Ungehorsams zu

überspringen. **Papierene Alternativkonzepte machen nur Sinn in Kombination radikalerer Protest- und Aktionsformen.**

Wenn wir für gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze und eine menschengerechte Grundsicherung eintreten, dann müssen wir zum Mittel der Instandbesetzung von Arbeitsplätzen greifen und gleichzeitig die teilweise menschenzurichtenden Arbeits- und Sozialämter schließen.

Wenn wir die grassierende Verarmung der sozial schwachen Schichten anprangern, dann müssen wir zusammen mit Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern, Erwerbslosen, Rentnern **die Armut in die Reichtumszentren der Städte tragen, damit sie der Armut nicht mehr ausweichen können**. Armut muß ihr offensives Gesicht zeigen, sie darf sich nicht mehr verstecken.

Wenn die Herrschenden uns statt Arbeitszeitverkürzung Arbeitszeitverlängerung ohne neue Arbeitsplätze aufdrücken wollen, dann wird man als Gewerkschaft doch mal einen zweistündigen **Warnstreik mit Alternativkonzepten** wagen können. Wenn die sozialen Mobilitätsrechte der sozial Schwachen durch Streichen des Sozialtickets augenmaßlos verletzt werden, dann sollten wir mit den Betroffenen solange **Schwarzfahren**, bis diese sozialen Grundrechte wieder hergestellt sind. Kurz: Die Herrschenden werden sich nur bewegen, wenn unsere hier gezeigte Massensolidarität ganz andere Protest- und Konfliktformen hervorbringt. Nicht klammheimlich doch auf die Erweichung des neoliberal getränkten Herzens der Sozialdemokratie hoffen, lautet die Devise, sondern uns zu **menschenrechtlicher Radikalität** ermuntern. Diese Demonstration ist sanftpfötig, ziehen wir zunächst für uns selbst radikalere Konsequenzen. Dann werden wir gute Karten haben.

http://www.linksnet.de/artikel.php?id=1183

Barbara Waschmann: Sozialforum in Österreich

Sozialforen sind offene, politische Räume: Veranstaltungen, an denen große Teile der Zivilgesellschaft – Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Gewerkschaften, religiöse Verbände, Initiativen, Netzwerke und Einzelpersonen - teilnehmen. Einer Zivilgesellschaft, die sich nicht nur gegen die Globalisierung durch transnationale Konzerne und die darin implizierten Kriege ausspricht, sondern auch konstruktiv nach Alternativen sucht und sie in vielgestaltiger Weise in den "großen gesellschaftlichen Diskurs" einbringt. Die Vernetzung zwischen den einzelnen Menschen und Organisationen über Grenzen, "Ethnien" und Geschlecht hinweg, der länderübergreifende Informationsaustausch, die Zusammenarbeit und gemeinsame Planung von Kampagnen sind dabei vorrangigste Interessen.

Eine andere Welt ist möglich

In Folge des Weltsozialforums (WSF/FSM), das 2001 erstmalig in Porto Alegre (Brasilien) stattfand, wurden andere wirtschafts- und sozialpolitische Modelle wie das "partizipative Budget" einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Die ständig steigende Zahl an TeilnehmerInnen (2001: 30.000, 2002: 60.000, 2003: 100.000) veranlasste dazu, kontinentale Pendants wie das Europäische Sozialforum (ESF/FSE) zu schaffen, das im November 2002 erstmalig in Florenz, im Jahr darauf in Paris stattfand und von jeweils 60.000 Menschen besucht wurde. Aus Österreich nahmen 2002 480 Menschen teil, die mit einem Sonderzug, der von mehreren kooperierenden Organisationen verfügbar gemacht wurde, reisten. Diese "Delegation" beschloss, den Gestaltungsprozess auch auf die nationale Ebene zu bringen und Mitte Dezember 2002 fand ein Reflexions- und erstes Vorbereitungstreffen in Wien statt. Bei diesem Treffen bildeten sich die ersten Arbeitsgruppen: "Ziele und Grundsätze", "Programm", "Organisation und Vernetzung" - die seitdem zur Mitarbeit offen stehen. Über www.socialforum.at findet mensch die jeweiligen Zugänge. Die Mitwirkung ist ehrenamtlich, darunter auch Menschen, die ihre aktive Mitgestaltung im Rahmen ihrer bezahlten Arbeit unterbringen können. Anfang 2003 bildeten sich die nächsten Arbeitsgruppen: "Anti-Krieg", "Informationstechnologie", "Freie Radios und Dokumentation" und "Presse-Koordination". Letztere, um die Unausgewogenheit zwischen Einrichtungen, die über eine eigene Presse-Abteilung verfügen und jenen, die diese Ressourcen nicht haben, auszugleichen. Am 1. ASF selbst entstand eine weitere zu "Bildung". 2004 folgten Arbeitsgruppen für Öffentlichkeitsarbeit und die internationalen Aktionstage.

Wie also dem allgemeinen Wunsch nach einem "offenen Gestaltungsprozess" nachkommen? Fakt ist, dass in Österreich Wien die höchste Konzentration an NGOs hat und mensch sich an der nächsten Ecke trifft. Dem oft berechtigten Vorwurf von "Wien, dem Wasserkopf", "Wiener - die Großkopferten" wird begegnet, indem die monatlichen österreichweiten ASF-Vorbereitungstreffen durch das Land reisen: Hallein, Linz, Graz, Innsbruck und Klagenfurt u.a. Die Korrespondenz erfolgt über Mailing-Listen, ergänzt von regelmäßigen, dezentralen Treffen der einzelnen Arbeitsgruppen, die ihre Ergebnisse und Rückfragen wiederum über Mail kommunizieren, beziehungsweise bei den überregionalen Vorbereitungstreffen vorstellen. Entscheidungen werden im Rahmen dieser Plena konsensual getroffen.

Was heisst andere Welt?

Von Anfang an stand fest, dass Frauen und MigrantInnen verstärkt einzubeziehen sind. Sprache prägt den Geist: Sprachregelungen wie "das große I" oder geschlechtsneutrale Begriffe wie Studierende statt Studenten beginnen zu greifen. Ebenso wird versucht, Menschen mit migrantischem Hintergrund direkt einzubeziehen, damit sie ihre Anliegen selbst einbringen und nötigenfalls Unterstützung finden können.

Das ausgewogene Geschlechterverhältnis bei der Besetzung von Podien ist ebenfalls Notwendigkeit: Bei den Veranstaltungsformaten, die von der Vorbereitungsgruppe des ASF in 2003 selbst organisiert wurden - Konferenzen und Infotheken - wurde "gender mainstreaming" berücksichtigt. Den VeranstalterInnen von Seminaren und Workshops wird dies empfohlen. Da einer der Hauptzwecke dieser Veranstaltungen darin liegt, "über den eigenen Tellerrand zu schauen" wurde 2003 zwischen den Seminaren und Workshops danach unterschieden, ob sich mehrere Organisationen, Initiativen, Einzelpersonen mit einem Thema befassen und sich diesem von unterschiedlichen Perspektiven nähern (Seminar) oder ob ein Thema bloß von einer einzelnen Organisation, Initiative, Person abgehalten wird (Workshop). Die "Infotheken" sind als Erwachsenenbildungs-Einheiten konzipiert: Denn am Wirtshaustisch über "die Ausländer" sich das Maul zu zerreißen, ist einfach. Wirklich über AusländerInnen- und Asylgesetze Bescheid zu wissen, hingegen selten. Mit all dem oben "Erklärten" ist natürlich noch lange nicht geklärt, wie Sozialforen wirklich "funktionieren", alles scheint in Fluss zu sein. Es ist ein gehöriges Umdenken in Gang, völlig neue Perspektiven tun sich auf, andere Welten eröffnen sich - erstaunlicher- und meistens auch amüsanterweise tatsächlich.

www.socialforum.at

Was tun gegen Kündigungen?

Seminar auf dem ESF Paris - November 2003

Zusammenfassung der Diskussion
Catherine LEBRUN (Koordinatorin) ; Christian SCHWEYER (Protokollführer); Isabelle BANNY ; Léo MAYER ; Dimitris STRATOULIS ; Hervé HALL

Catherine Lebrun beschreibt die Rahmenbedingungen: Die Weltwirtschaft hat andere Dimensionen angenommen. Für jede auch noch so winzige Produktionseinheit werden weltweite Ziele festgelegt. Die Erzeugung von Gütern sowie die Aufbringung von Dienstleistungen werden ständig "angepasst", vorzugsweise durch Entlassungen. Die finanzielle Konzentration des Kapitals geht in allen Bereichen mit einer Dezentralisation der Produktion einher. Die Produktionseinheiten werden kleiner, sind in der ganzen Welt immer mehr verstreut und die Vielfalt der Arbeitgeber und Arbeitsverträge führt zur Zersplitterung der Arbeitnehmerschaft. Die Produktionseinheiten werden immer mehr verlagert; in den Ländern, wo "verlagert wird", haben die Arbeitnehmer keine Sicherheit. Qualifikation bietet keine Garantie; wo früher nur die Textilindustrie bzw. die beschäftigungsintensiven Industrien betroffen wurden , werden heute Arbeitsplätze und Löhne der europäischen Lohnabhängigen von den indischen bzw. chinesischen Ingenieuren bedroht.

Das Kapital passt sich weltweit an, die Kampfformen müssten also auch andere Dimensionen annehmen. Das ist bei weitem noch nicht der Fall. Doch es ist möglich, sich den vom Kapital angerichteten Schäden zu widersetzen und von den großen Firmen Einiges zu erkämpfen.

Es wurde von drei relativ weit geführten Kämpfen berichtet : Siemens in Frankfurt, Jabil in Brest und Daewo in Lothringen.

1/ Neuartig war bei **Siemens** (Frankfurt am Main, mehrere Tausende Beschäftigte) nach Leo Mayer das im Laufe des Jahres 2001 entstandene autonome Basisnetz, das die mit Entlassung bedrohten und andere, sich solidarisch fühlende Arbeiter zusammenbrachte. Neu war ebenfalls die Tatsache, dass die Gewerkschaft dieses Netz förderte und sich darauf stützte, um das Kräfteverhältnis innerhalb des Unternehmens zu beeinflussen. Zwar konnten nicht alle Entlassungen, jedoch immerhin die Hälfte verhindert werden. Eine solche, mit der gewohnten Gewerkschaftspraxis der Zusammenarbeit mit den Unternehmern im Widerspruch stehende Praxis weist einen Weg zur Neubelebung der Gewerkschaft auf sowie die Möglichkeit, die Mitarbeit ein solches Netz als einen neuen Hebel zu benutzen.
(…)
3/ Bei **Daewoo** (2 Fabriken mit insgesamt 800 Beschäftigten) tritt vor allem deutlich zum Vorschein, dass der französische Staat als Komplize fungiert hat: erstens als er die Ansiedlung von Daewo mit Subventionen unterstützte, dann als er im Laufe der Schließung weiter in die Tasche griff und zugleich die kämpfenden Arbeiter streng niederdrückte (fünf, darunter Isabelle Banny, wurden aufs Revier gebracht, zwei weitere in Vorbeugehaft). Ebenfalls wird die Kollaboration zwischen der lokalen CFDT-Gewerkschaft und dem Unternehmer - die schließlich zusammen mit dem kriminellen Brand in der Nacht zum 23. Januar dem Kampf ein Ende machte - klar aufgewiesen. Dabei wurde die Fabrik von den Arbeitern besetzt, und diese haben mit der Verseuchung vom Wassernetz mit Chemikalien gedroht. Im Laufe des Kampfes gaben die Beschäftigten die Verteidigung der Arbeitsplätze auf und beschränkten sich auf den Kampf um Entlassungsabfindungen.

Dieser Kampf hat zum **Aufbau eines Netzwerks von Initiativen** innerhalb von restrukturierten Unternehmen beigetragen. Die Beschäftigten von ACT (in Angers), Lu-Danone (in Ris-Orangis) und Daewoo sowie andere Gruppen von Entlassenen haben sich Anfang 2003 getroffen und gemeinsam demonstriert Genauer gesagt haben sich am 21. März 2003 700 Menschen an die Spitze einer Demo von CES (Contrat Emploi Solidarité, prekär Beschäftigte) vor einem Pulk von Prominenten gesetzt. Allerdings hörte diese Vernetzung, die sich auf nur einige besonders herausragende Kämpfe stützte, mit eben diesen Kämpfen auch auf.

Hiermit sehen wir, wie schwierig es ist, ein solches Netz am Leben zu erhalten. Das muss doch getan werden, denn die großen Gewerkschaftsdachverbände tun diese Arbeit nicht und haben es in den letzten dreißig Jahren nie getan. Christian Schweyer, CGT-Delegierter bei Aventis in Vitry und Mitglied des Netzes hat eine Erklärung dafür: Bis auf wenige Ausnahmen wird in jedem Unternehmen gegen die in einem Industriezweig *spezifischen* Angriffe der Betriebsleitung gekämpft. Diese Kampfform ist für den Aufbau von Zusammenschlüssen zwischen den Beschäftigten aus *verschiedenen* restrukturierten Branchen wenig geeignet. Die Erhaltung von Arbeitsplätzen sollte an erster Stelle bleiben, denn die Zersplitterung, die Individualisierung, die Arbeitslosigkeit werden von hohen Entlassungsprämien nicht aufgehalten. Es müssen aber auch **Ziele gesetzt werden, die alle Arbeiter zusammenbringen** (Arbeitszeitverkürzung, Kampf gegen die Arbeitsverdichtung, Dauerverträge für prekär Beschäftigte, mehr Arbeitsplätze in öffentlichen Diensten)

Auf dieselben Schwierigkeiten **-** so Jacques Désidéri**-** stieß AC! (Agir contre le chômage, gegen Arbeitslosigkeit kämpfen) bei seinen Aktionen in Nordfrankreich. Die großen Gewerkschaften sind bei der Organisierung von Arbeitslosen als Konkurrent zu AC! aufgetreten, und zugleich haben sie versucht, der Vereinigung den Kontakt mit Fabrikarbeitern zu versperren. Die AC!- Komitees waren nämlich darauf bedacht, sich mit den Kämpfen gegen die in den letzten Jahren besonders häufigen Restrukturierungen systematisch in Verbindung zu setzen. Schwierigkeiten beim Aufbau von Solidarität bereiteten nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Beschäftigten, da diese eine Zukunft als Arbeitslose ausblenden wollen. **Doch besteht eine Grundlage für den Zusammenschluss: Es kann keiner mehr sagen: „Arbeitslos werde ich nie.“**

Eine solche Grundlage besteht auch zwischen Arbeitern aus anderen Ländern, denn die Fabriken springen über Grenzen hinweg. Kontakte sind unumgänglich, soll die Rhetorik der Unternehmer bzw. ihre Spaltungsmanöver bloßgestellt werden. Ebenfalls wichtig ist die **Festlegung von Hauptzielen, die nicht nationalistisch sind:** Es darf keine Arbeitergruppe oder industrielle Ansiedlung gegen eine andere aufgespielt werden.

Betont wird von allen Rednern auf jeweils unterschiedlicher Weise die **Notwendigkeit eines Zusammenschlusses gegen alle Entlassungen** (nicht nur Massenentlassungen, sondern auch einzelne Kündigungen, denn bei wirtschaftlich bedingten Kündigungen kommen ja doch Letztere am häufigsten vor) **und gegen jede Rahmenpolitik, die zur Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse beiträgt**, indem sie jede den Unternehmern aufgezwungene Arbeitsregelung aufhebt.

Alternativen

Mehrere, einander mehr oder weniger widersprechende Perspektiven wurden entwickelt, ohne wirklich in Konflikt zu treten.

Einige Redner- so z.B. Dimitri Stratoulis und andere TeilnehmerInnen aus dem Publikum - heben die Notwendigkeit eines auf die globale europäische Politik ausgeübten Drucks hervor, also einer Alternative zum bestehenden Neoliberalismus, um erstens die Politik der Großunternehmen zu zügeln, Massenentlassungen zu verhindern und eine Politik des Wachstums von Arbeitsplätzen zu fördern. In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, eine den Gewerkschaften garantierte Sperrminorität auf Verwaltungsräten einzuführen

Andere TeilnehmerInnen üben eine grundlegendere Kritik am Kapitalismus. Von der Lage der Arbeiter ausgehend wollen sie den Kapitalisten Regeln aufzwingen. Grundlegend ist die Anerkennung von Grundrechten wie z.B. Recht auf Arbeit. Auf langer Sicht zielt die Mobilisierung auf die Abschaffung des Kapitalismus. Kurzfristige Zielsetzung ist ein Gesetz gegen Entlassungen und die Schaffung einer von den Unternehmen finanzierten Solidaritätskasse, die allen Lohnabhängigen ein Einkommen sichert.

Andere wieder, auch wenn sie nicht unbedingt den Kampf um Gesetzgebungen ablehnen, wollen sich vorrangig um die Abschaffung des Kapitalismus einsetzen und beschränken ihre Vorschläge auf die Hauptstränge solcher Kämpfe.

Es kam im Laufe des Seminars zu einer einzigen Auseinandersetzung: Zwei Teilnehmer debattierten, ob es opportun sei, das Recht der Lohnabhängigen auf ein garantiertes Minimaleinkommen zu erstreben.
In einem Punkt sind alle einig: Die Unternehmer müssen in die Tasche greifen. Nicht die ArbeitnehmerInnen sollen die Rechnung des wirtschaftlichen Krieges begleichen. Auch über die Frage einer drastischen Reduzierung der Arbeitszeit herrscht Einstimmigkeit. Zwar wurde die Forderung durch die 35 Wochenstunden der Ministerin Aubry in Misskredit gebracht, aber sie soll wieder auf den Tisch denn alle, Beschäftigte und Arbeitslose, werden davon betroffen.

Welche Mittel können wir einsetzen?

Die Mittel sind dem Ausmaß der Herausforderungen nicht gewachsen. Aus den verschiedenen Stellungnahmen ergeben sich aber viele Wege zur Erstellung eines neuen Kräfteverhältnisses:

- Aufbau von Solidaritätsnetze an der Basis; ihnen sollten in einem Betrieb sowohl die von den Kündigungen betroffenen als auch die nicht betroffenen Beschäftigten angehören;

- Aufbau von Verbindungen zwischen diesen Netzen oder den in diesen Kämpfen ebenfalls involvierten GewerschafterInnen vor Ort, mit Gewerkschaften aus anderen Branchen aber auch mit Initiativen (z.B. von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten) sowie Vereinigungen (z.B. Attac) ;

-Aufbau einer Arbeitslosenbewegung, zwecks eines gemeinsamen Kampfes der Beschäftigten und Arbeitslosen ;

- Weltweite Koordinierung aller Gewerkschaften innerhalb der Multis und überhaupt internationaler Kontakte;

- Aufbau von Verbindungen mit anderen Beschäftigten und Gewerkschaften desselben Sektors , wie auch zwischen den von Subunternehmern und von der Firma selbst Beschäftigten und letztendlich mit Arbeitern aus konkurrierenden Firmen.

- Unterstützung durch die Gewerkschaften, die in solchen Kämpfen involviert sind, der autonomen Initiativen der Lohnabhängigen und Förderung des Aufbaus solcher multilateralen Verbindungen;

- Aufbau von Netzen von GewerkschaftlerInnen an der Basis angesichts der Mängel und abwehrenden Haltungen der großen Gewerkschaftsdachverbände. Ein solches Netz darf sich nicht auf die Führung der jeweils aktuellen Kämpfe beschränken. Es muss vielmehr eine Grundlage finden, die es ihm ermöglicht, als permanente Organisation zu fungieren.

Solche Vernetzungen sollten aufgebaut werden, um gemeinsame Initiativen zu ermöglichen sowie ein neues Kräfteverhältnis zu schaffen. Diese Initiativen wiederum werden unsere Verbindungen verstärken und so werden wir allmählich den Herausforderungen gewachsen sein, die uns vom Kapitalismus gestellt werden.

Attac Frankreich zu den Regionalwahlen

Erklärung vom 30. März 2004, Paris

Kaum dass er durch die Haustür der Regionalwahlen vertrieben wurde, da macht der Neoliberalismus schon wieder Anstalten, sich durch das Fenster der Europawahlen bei uns Einlass zu verschaffen.

Das Ergebnis der Regionalwahlen vom 21. und 28.März 2004 hat die politische Landschaft Frankreichs völlig verändert: fast alle Regionen werden in Zukunft von der Opposition regiert. Die schwere Niederlage der Chirac-Raffarin-Sarkozy-Regierung ist mit der vergleichbar, die die Jospin-Regierung 2002 einstecken musste. Die hohe Wahlbeteiligung, die im 2. Wahlgang sogar noch zunahm, setzt nach Jahren wachsender Stimmenthaltung einen bemerkenswerten Schlusspunkt. Das ist insofern der Beleg für ein sich zu Wort meldendes staatsbürgerliches Bewusstsein: Die Bürger haben in ihrem Stimmzettel ein Instrument gesehen, das die Verhältnisse ändern könnte.

Den Teufelskreis durchbrechen

Die Bürger haben der Politik des Sozialabbaus, die die Regierung seit zwei Jahren im Einvernehmen mit dem Medef (französischer Arbeitgeberverband) praktiziert, eine Abfuhr erteilt. Diese Wahlen waren eine erfolgreiche Fortsetzung der Protestbewegung gegen die Rentenreform vom Frühjahr 2003 und die sich anschließenden Demonstrationen der Vertreter aus Wissenschaft und Forschung, der freien Mitarbeiter aus Theater und Unterhaltung, der Arbeitslosen, der Menschen, die in schlechten Wohnverhältnissen leben, der um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze besorgten Arbeitnehmer, der Lehrer sowie des Krankenhauspersonals und der Feuerwehr...

Die Bürger haben die den Öffentlichen Dienst und die sozialen Sicherungssysteme betreffenden Beschlüsse, die ihnen als ‚Reform' verkauft wurden, rundweg abgelehnt. Sie haben die Passivität der staatlichen Behörden gegenüber der Gewalt und zahlreichen Massenentlassungen, gegenüber der Straffreiheit krimineller Unternehmer, der Aushöhlung des Arbeitsrechts sowie die Frontalangriffe gegen die Rechte der Arbeitslosen verurteilt. Auf die französische Version neoliberaler Globalisierungsprinzipien, wie sie die internationalen Finanzinstitutionen predigen und die gelegentlich von der EU-Politik noch verschärft werden, hat die Gesellschaft mit einem in Frankreich beispiellosen Nein geantwortet.

Dank seiner tagtäglichen Aufklärung der Bevölkerung, bei der es darum ging, die neoliberale Substanz der Regierungspolitik heraus zu stellen, wie sie von verschiedenen Ministern - von Francois Fillon bis Luc Ferry, von Jean-Jacques Aillagon bis Jean-Francois Mattei und Francis Mer - praktiziert wurde, dank seiner Aufklärungsarbeit hat Attac zu dieser massiven Abfuhr des Neoliberalismus einen Beitrag geleistet. In diesem Sinne hat Attac ständig auf der Notwendigkeit bestanden, der Regierung ein anderes politisches und soziales Programm entgegen zu stellen, um den Teufelskreis des Liberalismus zu durchbrechen.

Wir fordern eine andere Politik

Die ersten Erklärungen der hauptverantwortlichen Regierungsvertreter und der parlamentarischen Mehrheit sowie die Bestätigung von Jean-Pierre Raffarin als Premierminister machen deutlich, dass die Führung Frankreichs unfähig ist, die Botschaft der Wähler zu verstehen. Sie bekräftigt, koste es, was es wolle, die Durchführung der geplanten ‚Gegenreformen' (Sozialversicherung, Privatisierung von France Telecom, SNECMA, Air France, EDF-GDF, die Einführung wirtschaftsliberaler Normen in Schule und Universität, die Zerschlagung der Post, die Infragestellung des Arbeitsrechts etc.) und legt dadurch einen gefährlichen Autismus an den Tag.

Diesem Starrsinn muss mit einer entsprechenden Protestbewegung begegnet werden. Um jedoch voll ihre Wirkung entfalten zu können, muss sie in allen betreffenden Bereichen politische Alternativen aufzeigen. Nach dem Nein von unserer Seite, erwarten wir von den politisch Verantwortlichen, dass sie ‚ja' zu Alternativen sagen, insbesondere zur Außerkraftsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen, z.B. im Bereich der Renten. Attac wird in diesem Zusammenhang mit eigenen Analysen und Vorschlägen einen Beitrag leisten. Wir werden alles tun, dass die Generalversammlung der Krankenversicherten, die Attac am Samstag d. 24.04.04 in Paris einberufen wird, ein möglichst starkes Echo findet.

Weder Absolution noch Blankoscheck

Die Märzwahlen haben der allen Gesellschaftsschichten drohenden Präkarität eine deutliche Abfuhr erteilt und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit bekräftigt. Das heißt jedoch nicht, dass wir den politischen Parteien, die die Wahlen gewonnen und denen die Wähler eine neue Chance gegeben haben, Absolution erteilen und einen Blankoscheck ausstellen. Die Parteien müssen sich jetzt entscheiden und stehen im Blickfeld von durch negative Erfahrungen kritisch gewordenen Bürgern. Bei zwei Gelegenheiten wird sich in naher Zukunft herausstellen, ob sie die Bedeutung der Wahlentscheidung vom 21. und 28. März richtig verstanden haben und ob sie die darin enthaltene Entschlossenheit ihres Engagements im Kampf gegen den Neoliberalismus richtig einschätzen.

Zunächst wird ihre Aufgabe darin bestehen, die von ihnen regierten Regionen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu Bastionen gegen die neoliberale Politik umzufunktionieren und vor allem etwas Neues auf den Weg zu bringen, zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens zum Abbau sozialer Ungerechtigkeit und bei der Arbeitsplatz- und Wohnungsbeschaffung. Ganz allgemein wird es darum gehen, der unmissverständlichen Botschaft der Wähler an die Chirac-Raffarin-Sarkozy-Regierung einen konkreten Inhalt in Form alternativer Vorschläge zu geben.

Zweitens müssen diese politischen Parteien bei der Verabschiedung des Verfassungsentwurfs durch die 25 EU-Mitgliedsstaaten klare Positionen vertreten. Das könnte kurz vor oder kurz nach dem 13. Juni, dem Tag der Europawahlen, geschehen. Wenn, wie alles heute darauf hinweist, dieser Entwurf sich darauf beschränkt, die Vorschläge des Verfassungskonvents bzgl. der zukünftigen EU-Politik nur abzusegnen, so würde das, um eine gut gemeinte Warnung von Giscard d'Estaing zu zitieren, uns zu 30-50 Jahren Neoliberalismus verdammen.

Die Wahlentscheidung vom März darf kein ‚Schlag ins Wasser' gewesen sein

Mit anderen Worten: die Entscheidung der Wähler vom 21. und 28. März wäre dann in der Tat nichts weiter als ein Schlag ins Wasser gewesen, da die neoliberale Politik, der sie eine Abfuhr erteilt haben, auf jeden Fall Gesetzeskraft und europäischen Verfassungsrang bekäme. In den Analysen und Forderungen, die Attac zum Verfassungsentwurf vorgelegt hat, wird genau das herausgestellt, was die Massenmedien und die meisten politischen Verantwortlichen sich in der Regel hüten, einzugestehen: der Inhalt des vorliegenden Verfassungsentwurfs macht in Zukunft jeglichen Richtungswechsel, der mit dem neoliberalen Arsenal unvereinbar ist, dadurch quasi unmöglich, dass er die Wahlmöglichkeiten der Bürger auf ein Minimum reduziert und somit das rechtsextreme Wählerpotential stärkt, das aus der Thematik machtloser Volksvertreter ‚Honig saugt'.

In dieser entscheidenden Schlacht um Demokratie sowie wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt wird sich Attac mit gesteigerter Kraft engagieren. Insbesondere wird die Vereinigung alles tun, um die Bürger eingehend über die Positionen der Kandidatenlisten zu den Europawahlen am 13. Juni aufzuklären, damit die ‚neoliberale Frage', d.h. die soziale Frage, die Schwerpunkt des Verfassungsentwurfs ist, auch Schwerpunkt des Wahlkampfs wird.

Deshalb wird Attac die Kandidaten auffordern, Stellung zu beziehen, insbesondere zu den 21 bereits ausformulierten Forderungen und dem alternativen Verfassungsentwurf, der in nächster Zeit vorgestellt wird. Vor diesem Hintergrund wird es Aufgabe der Bürger sein, sich zu organisieren und sich dafür einzusetzen, damit sich durch ihre Wahlentscheidung am 13. Juni die Aufbruchstimmung vom März 2004 nicht verflüchtigt. Mit anderen Worten: Es geht darum, dass der Neoliberalismus, dem anlässlich der Regional- und Kantonalwahlen schonungslos die Tür gewiesen wurde, sich in Frankreich bei den Europawahlen nicht plötzlich wieder Einlass durch das Fenster verschafft.

Die nächsten Initiativen

In den nächsten Tagen und Wochen wird Attac folgende Initiativen ergreifen, durch die die zahllosen Aktionen der lokalen Komitees von Attac ergänzt werden.

Am Samstag dem 3. April unterstützt Attac die berufsübergreifende Demonstration zum Erhalt von Arbeitsplätzen, der sozialen Rechte und sozialen Absicherung sowie dem Erhalt des öffentlichen Dienstleistungssektors in Europa.

Anfang April wird Attac um einen Anhörungstermin bei den neu gewählten Präsidenten der Regional- und Generalräte nachsuchen; insbesondere bei denjenigen, die als Sieger aus den Märzwahlen hervorgegangen sind, damit sich die betreffenden Generalversammlungen mit Nachdruck den neoliberalen Beschlüssen widersetzen, die uns die Politik-Richtlinien der EU aufzwingen, welche im Verfassungsentwurf der EU festgeschrieben werden und neue demokratische Praktiken und Kampfmethoden gegen die soziale Ungerechtigkeit umgesetzt werden. Im Anschluss an die bereits angelaufene Kampagne gegen das GATS der WTO werden sie aufgefordert, ihre Region als ‚GATS-frei' zu erklären (es sei denn, das ist bereits geschehen) und ein Moratorium bzgl. der von der WTO geplanten Liberalisierungsbeschlüsse zu fordern.

Ende April: Veröffentlichung eines Dokuments über das, was in einem europäischen Verfassungsentwurf nicht sein darf und das, was ein emanzipatorischer Verfassungsentwurf sein könnte.

Ende April-Mitte Juni: Durchführung von Großveranstaltungen in den einzelnen Regionen, um den Inhalt des vorliegenden Verfassungsentwurfs und die Vorschläge von Attac einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Mai-Mitte Juni: Treffen mit den Parteiführern sowie den Spitzenkandidaten der Europawahlen einfordern; Veröffentlichung ihrer Antworten auf 21 Fragen sowie weiterer Vorschläge von Attac und insbesondere ihre Stellungnahme zur Forderung, vor der Verabschiedung ein Referendum zum Verfassungsentwurf durchzuführen.

Attac, Paris, d. 30.März 2004

ATTAC De: Newsletter der EU-AG Schwerpunkt: EU-Erweiterung

Hannes Hofbauer **Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung**
Matthias Benyik (Präsident von attac Ungarn, Budapest): **Die EU-Erweiterung und Ungarn**
Stanislaw Raczka (zuständig für den Kontakt nach Deutschland bei Attac Polen, Danzig) : **Attac und die EU-Erweiterung aus polnischer Sicht**
Gisela Neunhöffer (Wissenschaftszentrum Berlin): **Die liberale Konterrevoultion – neoliberale Think Tanks in Polen**
Junge Welt Redaktion: **Mit Hungerrevolten zur EU-Osterweiterung**
Christoph Thanei (Korrespondent der Prager Zeitung in Bratislawa) **Slowakei: Die jungen Wilden**
Johanna Theunissen (Pressesprecherin von NABU): **NABU und BirdLife warnen vor Rückgang biologischer Vielfalt**
IG-BAU: **EU-Osterweiterung: Agrargewerkschaften wollen gemeinsam besseres Europa**
Thorben Albrecht (Referat für europäische Gewerkschaftspolitik beim Bundesvorstand des DGB) : **Was steht an in Europa**

EU-AG Kontrovers
Soll sich Attac der Kampagne für ein Referendum über die EU-Verfassung anschließen?
Anette Groth, Christoph Strawe:
Stephan Lindner, Klaus Schilder

Das Großmanöver des Neoliberalismus in Lateinamerika

Denise Mendez, Mitglied des internationalen Ausschusses von Attac Frankreich

Aus: Grain de Sable Nr. 464, 14.4.2004

Die EU und die USA bringen ihre Diplomaten derzeitig auf Trapp, um den lateinamerikanischen Wirtschaftsraum durch Freihandelsabkommen völlig unter ihre Kontrolle zu bringen. Da das Nord- und Südamerika umfassende Freihandelsabkommen (FTAA/ ALCA) 2005 voraussichtlich noch nicht unter Dach und Fach ist, wird das Ziel der USA darin bestehen, als Ersatz zumindest eine Reihe ***bilateraler*** *Freihandelsabkommen zu schließen. Die EU ist mit ihren den südamerikanischen Markt beherrschenden multinationalen Unternehmen unter dem Motto ‚Partnerschaft für den sozialen Zusammenhalt' bereits sehr aktiv und macht kein Geheimnis daraus, dass es ihr dabei um die Schaffung eines großen europäisch-lateinamerikanischen Marktes im Jahre 2010 geht. Die in Lateinamerika gebräuchliche Bezeichnung dafür heißt „EU_ALCA".*

1. Guadalajara

Die Strategie der EU gegenüber Lateinamerika dürfte am 28. Mai in Guadalajara (Mexiko) anlässlich der 3. Gipfelkonferenz der Staatschefs der EU, Lateinamerikas und der Karibik aufgehen.
Erklärtes Ziel ist es, „eine neue strategische Partnerschaft" ins Leben zu rufen, „die integraler Bestandteil der multilateralen Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO ist".
Mit anderen Worten: Die Verhandlungsstrategie der Freihandelsabkommen soll die WTO – Niederlagen kompensieren. Die Bereiche, in denen keine Einigung im Rahmen der WTO-Verhandlungen erzielt werden konnte, wie z.B. in der Landwirtschaft und den Dienstleistungen, finden jetzt Eingang in die Freihandelsabkommen.
Chris Patten, der EU-Kommissar für die Außenbeziehungen, hat sich in diesen Verhandlungen anlässlich mehrerer Rundreisen durch Lateinamerika von Dezember bis Februar sehr engagiert. Ihm folgte die neue EU-Präsidentin, die im März in Argentinien und Brasilien war.

<u>Ähnlichkeiten und Unterschiede der EU- und USA-Strategien</u>
Alberto Navarro, der Verhandlungsführer der EU-Kommission, behauptet, dass die von Europa initiierten Verhandlungen in keiner Weise die Fortschritte der US-Bemühungen zur Schaffung des ALCA beeinträchtigen. Tatsächlich sehen die beiden Schwergewichte der nördlichen Hemisphäre ihre Verhandlungen im gleichen ideologischen Rahmen des Neoliberalismus und verfolgen langfristig auch das gleiche strategische Ziel: die Integration von Lateinamerika in die westliche Welt entsprechend dem Wortlaut des von der EU-Kommission im April 2002 entwickelten Programms.
Es gibt aber auch Unterschiede in der Vorgehensweise der EU auf der einen und der USA auf der anderen Seite.
Der europäische Verhandlungsführer ist sich über die wachsende Armut in Lateinamerika im Klaren und hält es für unerlässlich, die soziale Ungleichheit zu bekämpfen und eine gesunde Sozialstruktur aufzubauen. (Zitat aus der Rede, die Chris Patten am 4.2. in Canning House gehalten hat.)
Im Gegensatz zu den Reden offizieller US-Vertreter wird in europäischen Stellungsnahmen nicht behauptet, dass die wirtschaftliche Öffnung automatisch zu Wohlstand führen würde. Die europäische Verhandlungsführung hält es folglich für erforderlich, die brutalen Nebenwirkungen des Freihandels durch Entwicklungs- und Hilfsprogramme zu Gunsten der ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen zu kompensieren. Daraus ergeben sich logischerweise eine größere Komplexität bei der Umsetzung der europäischen Strategie und die Notwendigkeit einer sozial ausgerichteten Verpackung. Daraus erklärt sich ebenfalls, dass die EU von vornherein Organisationen der Zivilgesellschaft Europas und Lateinamerikas (wie z.B. ALOP, Dachverband lateinamerikanischer Fördervereine) in die Verhandlungen einbezogen hat. Bleibt die Frage, wie diese Vereine ausgewählt wurden und welches ihr Ansehen in der Öffentlichkeit ist.
Das ändert jedenfalls nichts an der Tatsache, dass die eigentlichen Verhandlungen, bei denen es um Wirtschaftsabkommen geht, den politisch Verantwortlichen und den Vertretern der Geschäftswelt vorbehalten sind.
Nehmen wir das Beispiel der Teilnahme transnationaler Unternehmen an den Verhandlungen zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay, Bolivien). Bekanntlich hat die massive Privatisierung öffentlicher Betriebe Argentinien während der Regierungszeit von Menem in den 80er Jahren dazu geführt, dass die wichtigsten Wirtschaftssektoren schließlich in die Hände spanischer, französischer, italienischer und deutscher Unternehmen gefallen sind. Wenn die EU gegenwärtig Wirtschaftsverträge mit dem Mercosur aushandelt, so ist die Federführung in den Händen des MEBF (Geschäftsforum EU-Mercosur), dem Vertreter deutscher Firmen wie VW, Siemens, BASF, spanischer Firmen wie Telefónica, Endesa und Respol , französischer Unternehmen wie Danone, Vivendi, Suez Carrefour angehören.
Alle diese europäischen Firmen haben in Argentinien Tochter-unternehmen. Respol Yacimientos Petrolíferos ist in diesem Zusammenhang insofern ein typischer Fall, als diese Firma nach der Übernahme durch Respol der argentinischen Firma Yacimientos für ein rein argentinisches Unternehmen gehalten wird.
Die Frage ist, ob man bei einem Gespräch zwischen dem Mutterhaus einer transnationalen Firma und dem eigenen Tochterunternehmen überhaupt von ‚europäisch-lateinamerikanischen Verhandlungen' sprechen kann.
Eine andere Frage betrifft die Rolle, die die Staaten in diesem Zusammenhang spielen. Fungieren sie als bloße Schiedsrichter oder sind sie Unterstützer? Über welche Vollmachten verfügen dabei die Staaten des Südens? Vertreten sie die Interessen der eigenen Bevölkerung, wenn sie die Tochterunternehmen oder Subunternehmer der Multis der nördlichen Hemisphäre vertreten?

<u>Die eigentliche Frage betrifft das Entwicklungsmodell.</u>
Die grundsätzliche Frage, die sich sowohl im Zusammenhang mit der EU-Strategie als auch der US-Strategie stellt, betrifft das angestrebte Entwicklungsmodell.
Das neoliberale Postulat, das die Entwicklung in einen engen Zusammenhang mit dem Freihandel stellt, ignoriert die Bedeutung der strukturellen Asymmetrie der Volkswirtschaften; es geht von einer unhaltbaren automatischen Korrelation

zwischen wirtschaftlicher Öffnung einerseits und Entwicklung andrerseits aus. Das exportorientierte Entwicklungsmodell wird immer noch als nachahmenswert hingestellt, obwohl gerade dieses von den internationalen Finanzinstitutionen aufgezwungene Modell für die Rückentwicklung der argentinischen Wirtschaft verantwortlich ist und somit das Gegenteil beweist.
Immerhin wird das neoliberale Modell von vielen in Frage gestellt und das nicht nur von Wirtschaftlern, die der globalisierungskritischen Bewegung nahe stehen. Dieser Umstand scheint jedoch das strategische Vorgehen der EU gegenüber den Ländern des Südens genau so wenig zu beeinträchtigen wie innerhalb der eigenen Grenzen.
Festzuhalten ist, dass das neoliberale Modell jedes andere Entwicklungsmodell ausschließt. Für sich genommen ist es ja auch stimmig: es postuliert die Vorherrschaft des Kapitals gegenüber der Arbeit, es muss weltweit umgesetzt werden und kann neben sich kein anderes Entwicklungsmodell dulden, das z.B. auf dem Prinzip der Selbsthilfe aufbaut und dessen Zielsetzung vorwiegend in der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung besteht. Mit anderen Worten: wir haben es hier mit einem totalitären Entwicklungsmodell zu tun.

Bei der uneingeschränkten Umsetzung des neoliberalen Entwicklungsprojekts rennt die EU mit den USA um die Wette. Das gilt sowohl für den Raum innerhalb der eigenen geografischen Grenzen als auch für die Durchsetzung der eigenen Strategie nach außen. Da sich die EU jedoch bewusst ist, dass die Umsetzung dieses Programms mit Leichen (im eigentlichen und übertragenen Sinn) gepflastert ist, entwickelt sie Sicherheitsnetze, um den sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden, oder besser gesagt: um eine soziale Explosion zu verhindern. Das gilt sowohl nach innen wie nach außen.

Das ist auch die Zielsetzung einer Reihe von „Kooperations“programmen, die die EU in ganz Lateinamerika durchführt und die den bedürftigsten Randgruppen zugute kommen, wie z.B. die Unterstützung kolumbianischer Straßenkinder und ethnischer Minderheiten etc.

<u>Antwort der globalisierungskritischen Organisationen in der nördlichen und südlichen Hemisphäre</u>
-Ablehnung der Kooperationsabkommen, die die Forderungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen wie in Chiapas und im Amazonasgebiet nicht berücksichtigen;
-Ablehnung der Freihandelsabkommen, die die Rechte der Investoren über die der Arbeitnehmer und über dem Umweltschutz stellen;
-Ablehnung von Entwicklungsmodellen, die den Völkern aufgezwungen werden, ohne dass sie vorher konsultiert werden.

Vom 25. bis 29. Mai werden sich die Organisationen der Zivilgesellschaft der nördlichen und der südlichen Hemisphäre in Guadalajara treffen, um sich gegen die EU-Strategie auszusprechen und eine andere Form der Kooperation zwischen den Völkern Europas und Lateinamerikas vorzustellen.

2. Engagement lateinamerikanischer Attac-Komitees gegen Freihandelsabkommen

Die USA stoßen bei den Verhandlungen, die 2005 zum Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen Nord- und Südamerika führen und ihnen den gesamten südamerikanischen Markt öffnen sollen, auf große Schwierigkeiten.

Das Treffen vom 31. März bis 1. April in Buenos Aires war ein Fehlschlag. Die Unterhändler waren darüber hinaus gezwungen, die Ministerratssitzung, die für den 22. und 23. April in Puebla geplant war, auf einen unbestimmten Zeitpunkt zu vertagen. Streitpunkte zwischen den USA und den Ländern des Mercosur sind regelmäßig die Agrarsubventionen der USA, die Liberalisierung des Dienstleistungssektors und das Recht auf geistiges Eigentum. Die weit verbreitete Ablehnung der Volksmassen lastet ebenfalls auf diesen Verhandlungen.

Die Bewegung ‚NO ALCA' in der eine große Anzahl Organisationen, u.a. auch Attac, vertreten sind, hat unablässig Informationskampagnen durchgeführt, um den Mythos vom ‚Wohlstand durch Freihandel' anzuprangern. So haben in Brasilien bei einem Referendum im Jahre 2001 10 Millionen Personen sich gegen ALCA ausgesprochen. In dieser Woche hat der Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel mit den ‚Müttern von der Plaza de Mayo' und Mitgliedern von Attac-Argentinien in Buenos Aires an einer der zahllosen Demonstrationen teilgenommen.

Während man sich auf den Abschluss eines ‚ALCA-light-Vertrages' zuzubewegen scheint, mit dem sich die USA aus innenpolitischen Gründen anfreunden könnten, konzentriert sich die ‚Freihandelsoffensive' nunmehr auf den Abschluss bilateraler Abkommen. Bei diesen Verhandlungen mit kleinen hoch verschuldeten und aufgrund der sozialen Konflikte geschwächter Ländern sitzen die USA am längeren Hebel.

Attac-Chile hat das im Dezember 2003 von Chile und den USA unterzeichnete Freihandelsabkommen (TLC-Abkommen) scharf verurteilt, das die Zukunft des Landes dadurch belastet, dass es jegliche Änderung des Wirtschaftssystems von vorne herein unmöglich macht. Dieses Abkommen ist weit mehr als ein bloßer Handelsvertrag, denn es verschafft den US-amerikanischen Firmen unbegrenzten Zugang zu allen Wirtschaftsbereichen einschließlich der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors. Den im Agrobusiness-Sektor tätigen Firmen ist es u. a. gestattet, genverändertes Saatgut einzuführen. Den pharmazeutischen Unternehmen wird ihr Recht auf geistiges Eigentum sowie das damit verbundene Monopol der kommerziellen Verwertung von Medikamenten garantiert, mit der Folge, dass chilenische Labors keine Generika mehr herstellen dürfen. Das TLC-Abkommen garantiert darüber hinaus US-amerikanischen Unternehmen den Zugang zu der Schulbildung und dem Fernunterricht.
Im Zusammenhang mit der ‚Kulturindustrie' hat sich Jack Valenti, Sprecher der Hollywood-Produzenten, begeistert zum Abschluss dieses Abkommens geäußert und von einem ‚historischen Erfolg' gesprochen, da er der Hollywoodschen Filmproduktion, und überhaupt Unterhaltungs- und Kulturindustrie den chilenischen Markt öffnet.
Und schließlich hütete sich das TLC-Abkommen, das vorgibt, die Handelsbeziehungen auszubauen und ausländische Investitionen zu fördern, zu erwähnen, dass die US-amerikanischen Unternehmen, die in Chile investieren, die Ein- und Ausfuhren nach den USA schon heute völlig beherrschen und dass ein großer Teil dieser Handelsbeziehungen zwischen den Tochterunternehmen von ein und derselben transnationalen Firma abgewickelt wird.

Das hat Josef Stieglitz mit den Worten kommentiert: die ausländischen Investoren haben in Chile mehr Rechte als die chilenischen. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass das Weiße Haus im Abkommen mit Chile einen „geopolitischen Erfolg" sieht.

In Costa Rica hat sich Attac mit vielen anderen Organisationen im Kampf gegen die Zentral-Amerikanische Freihandelsvereinbarung (CAFTA) engagiert. Den USA geht es darum, einerseits für den Abschluss von ALCA Pflöcke einzuschlagen und andrerseits die Umsetzung des ‚Plans Puebla-Panama' vorzubereiten. Dabei handelt es sich um die territoriale Umgestaltung Mittelamerikas und die Kontrolle von Bevölkerungsgruppen, die lange gegen die herrschenden Klassen rebelliert haben.
Die US-amerikanische Regierung und insbesondere der hierfür zuständige Robert Zoellick vom Handelsministerium redet nicht lange um den heißen Brei, wenn er sich an die kleinen Länder wendet: er macht den Beitritt Costa Ricas zur CAFTA von der Privatisierung des Telekommunikationssektors abhängig. Die gleiche erpresserische Methode wird in Bezug auf die Bereiche Sozialversicherung, öffentliche Dienstleistungen, Gesundheit und Erziehung, angewendet: Diese müssten privatisiert werden, wenn Costa Rica denn in den "Genuss" des Vertrages kommen will.

Der wirkliche Charakter der Freihandelsabkommen tritt immer dann offenkundig zu Tage, wenn die imperiale Macht schamlosen Druck auf die kleinen Länder ausübt. Widerstandsbewegungen wie z.B. Attac, kritisieren die Manipulation der öffentlichen Meinung, der man über professionell operierende Kanäle verspricht, dass es ohne die totale wirtschaftliche Öffnung keinen Wohlstand gäbe.

Die Bevölkerungen verschärfen ihren Krieg gegen die Mystifikation des Freihandels. Im Mai wird sich ihr Protest in Guadalajara und im Juli in Quito während des Sozialforums des amerikanischen Kontinents Gehör verschaffen.

Übersetzung: Harmut Brühl, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen, coorditrad@attac.org

----

Einige Links:

Informationsstelle Lateinamerika, http://www.ila-bonn.de/
Nachrichtenpool Lateinamerika,http://www.npla.de/
Nicaraguaforum Heidelberg http://www.nicaragua-forum.de/
Offizielle Seite des FTAA/ALCA: http://www.ftaa-alca.org/
Über die Ziele von MEBF: Bundesverband der Deutschen Industrie, http://www.bdi-online.de/reddot/3181.htm

Weiter Infos und Links: Sand im Getriebe Nr. 19, S. 11-19

Erklärung von Attac Maroc zum Freihandelsabkommen Marokko/USA

Der vor kaum einem Jahr vorgestellte Entwurf des Freihandelsabkommens zwischen Marokko und den USA wurde am 2. März 2004 unterzeichnet. Marokko ist somit nach Israel und Jordanien der dritte Staat der Region, der ein solches Abkommen mit dem Aggressor der Völker Afghanistans und des Irak unterzeichnet hat, mit dem bedingungslosen Unterstützer der Apartheidpolitik, der Kolonial- und Massakerpolitik der israelischen Regierung, mit dem Land, das sich weigert, das Kyoto-Protokoll über die Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen zu unterschreiben und die internationalen Abkommen über Kinderarbeit und über die Abschaffung der Todesstrafe zu ratifizieren.
Attac Maroc verurteilt die Unterzeichnung dieses Vertrags unter undemokratischen, undurchsichtigen und überstürzten Bedingungen und verlangt, dass der gesamte Text der Abkommen öffentlich gemacht wird, um eine breite und kritische Debatte zu ermöglichen, bevor er dem Parlament vorgelegt wird. Die wenigen Elemente, die von Seiten der Verhandlungsführer an die Presse durchsickerten, stellen keine zuverlässige, klare und umfassende Information über ihren Inhalt dar.
Attac Maroc macht sich Sorgen über die Auswirkungen, die diese Abkommen haben werden:
- auf die marokkanische Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bevölkerung. Das unterzeichnete Abkommen kommt im Bereich der Landwirtschaft zu jenem Vertrag hinzu, der kürzlich mit der Europäischen Union unterzeichnet wurde, und führt trotz der abgegebenen Versicherungen zu einem Zufluss an Getreide- und anderen landwirtschaftlichen Produkten, die natürlich den marokkanischen Bauern, aber auch der Nahrungssouveränität und der Ernährungssicherheit des Landes, zum Nachteil gereichen.
- auf die Ankunft genmanipulierter Produkte (Mais, Soja etc.) auf den marokkanischen Märkten, die den Erzeugern, aber auch den marokkanischen Verbrauchern, schaden könnten. Wurde diese Frage auch nur angedacht?
- auf das Recht aller Marokkaner auf Zugang zu medizinischer Behandlung und auf Gesundheit
- auf die Arbeitsbedingungen, die Gehälter und Löhne und die Sicherung der Arbeitsplätze für die Arbeitnehmer, sowohl auf dem industriellen Sektor wie auch im Bereich der Landwirtschaft oder der Dienstleistungen, die gestiegenen Forderungen nach Wettbewerbsfähigkeit und nach immer größerer Flexibilität der Arbeitnehmer unterworfen sein werden.
- auf die kulturelle Vielfalt sowohl im audiovisuellen Bereich als auch im Bereich des marokkanischen Kinos
- auf sämtliche Bereiche, die von den Abkommen betroffen sind: öffentliche Dienstleistungen, öffentliche Aufträge, Umwelt, geistiges Eigentum, Kultur, zu denen die öffentlichen Informationsmedien sich zur Zeit ausschweigen.
Attac Maroc macht sich Sorgen über die Gleichzeitigkeit zwischen der überstürzten Unterzeichnung dieses Abkommens und dem kürzlich veröffentlichten Projekt eines Greater Middle East, durch das die amerikanische Regierung ein riesiges Gebiet, das sich von Marokko bis nach Pakistan erstreckt, gemäß ihrer Vision von der Welt und gemäß ihren Interessen umgestalten will. Marokko erscheint wie ein Eckstein, auf den sich die Vereinigten Staaten stützen werden, um diesen Plan umzusetzen, obwohl das marokkanische Volk mehrfach öffentlich kundgetan hat, dass es die imperialistische Aggressionspolitik Amerikas in der Region ablehnt.
Attac Maroc verurteilt weiter die Repressionen gegen das Bündnis der Organisationen für das Recht auf Zugang zu Gesundheitsversorgung und für kulturellen Pluralismus, das gebildet wurde, um eine offene Debatte über diese Frage einzufordern, und hat den Verdacht, dass hinter den Kulissen Druck ausgeübt worden sein muss, damit das Solidaritätsbündnis mit dem palästinensischen und dem irakischen Volk die für den 20. März, den Weltprotesttag gegen die Besatzung des Irak und Palästinas, geplante Demonstration absagte.
Attac Maroc appelliert an die marokkanischen Bürger insgesamt und ihre Organisationen, das Freihandelsabkommen Marokko/USA abzulehnen, sich der Ratifizierung durch das Parlament zu widersetzen und sich zu weigern, zu Komplizen eines neuen imperialistischen Plans Amerikas für die gesamte Region zu werden.
Attac Maroc, 9. März 2004 **http://www.local.attac.org/rabat/**
http://www.local.attac.org/toulouse/forum/viewtopic.php?t=566
Ehrenamtliche Übersetzerin: Karin Ayche, coorditrad@attac.org

Falluja und das Bauen eines Neu-Iraks

Von Walden Bello*

Rede für die Diskussionsreihe Gegenstimmen von attac Schweiz und Monde diplomatique vom 22. April 2004 in der Dachkantine, Zürich

Die Bevölkerung von Falluja hat in den vergangenen Jahren stets einen Protestslogan wiederholt: Ihre Stadt würde der «Friedhof der Amerikaner» werden. Die vergangenen zwei Wochen haben gezeigt, dass dieser Ausdruck durchaus Realität geworden ist. Schliesslich sind die meisten der 88 US Kriegsverluste in Falluja gezählt worden. Aber der Slogan stimmt vor allem auch in einem grösseren Sinn: Falluja ist der Friedhof der US-amerikanischen Irak-Politik geworden.

Falluja: ein strategisches Dilemma

Die Schlacht um die Stadt ist noch nicht beendet, aber der irakische Widerstand hat bereits gewonnen. Ungewohnte Kämpfer, die hauptsächlich durch Geist und Mut genährt waren, haben es geschafft, die Elite der amerikanischen Koloniallegionen– die US-Marines – zu bekämpfen und die Schlacht ausserhalb Falluja zu einem Stillstand zu bringen. Mehr noch, die Amerikaner waren so frustriert, dass sie in ihrer notorischen Art der technologie-intensiven Kriegs-führung, sinnlos gefeuert haben, was laut Augenzeugen zum Tod von rund 600 Menschen - hauptsächlich Frauen und Kinder - geführt hat. Grafisch durch das arabische Fernsehen festgehalten, haben diese beiden Entwicklungen gleichzeitig Inspiration und grosse Wut ausgelöst, was dem bereits aufblühenden irakischen Widerstand tausende von neuen Kämpfern bringt.

Die Amerikaner sind nun mit einem Dilemma konfrontiert, auf das man nicht gerade neidisch sein kann: Entweder sie halten sich an den Waffenstillstand und geben zu, Falluja nicht kontrollieren zu können, oder sie stossen vor und nehmen die Stadt ein – mit immensen Verlusten für die Zivilbevölkerung und für sie selbst. Zweifelsohne können die schwer bewaffneten Marines Falluja befrieden, aber die Kosten machen aus diesem Sieg unweigerlich einen Pyrrhussieg.

Als würde der eine schwerwiegende Schlachtfeldfehler nicht schon reichen, hat die USA 2500 Mann nach Najaf geschickt, um den radikalen Kleriker Muqtad al-Sadr festzunehmen. Und wieder, bevor die Schlacht überhaupt begonnen hat, hat sich die USA schon ziemlich in die Nesseln gesetzt. Die Bedrohung eines amerikanischen Angriffs hat nur noch mehr Schiiten für die Verteidigung von al-Sadr mobilisiert, sogar den allgemein respektierten Ayatollah Sistani. Wenn nun die Amerikaner nicht angreifen, denken die Irakis, dass sie Angst vor al-Sadr haben. Wenn sie jedoch angreifen, dann müssen sie in dieselbe Art Häuserkampf mit hoher Opferrate und wahllosem Einsatz von Waffen gehen, der wieder nur zum selben Punkt führt wie der Angriff auf Falluja: taktischer Sieg, strategische Niederlage.

Wie sie sich in den Morast hineingeritten haben

Die vergangenen Tage haben uns unauslöschbare Bilder hinterlassen, die für immer festhalten, auf was für Treibsand doch die US-amerikanische Irakpolitik gebaut ist. Da sind Marines, die Widerstandskämpfer in Falluja anbrüllen und sie verspotten, weil sie sich angeblich hinter Ihren Frauen und Kindern verstecken. Dabei sind Frauen und Kinder Teil des Irakischen Widerstandes. Da ist der Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der Fernsehsendungen von Al Arabiya and Al Jezeerah verflucht, weil sie den Mord an 600 Frauen und Kindern anklagen – sogar CNN hat zu der Zeit schon zugegeben, dass der Grossteil der 600 Opfer Frauen und Kinder gewesen sei. Und dann ist da auch George W. Bush, der beschwört «not to cut and run», sich nicht aus dem Staub machen zu wollen, der aber auch keinen Ausweg aus der Sackgasse bringt, ausser, noch mehr Militär in den Irak zu bringen, Militär durch das die USA den Irak seit einem Jahr beherrscht.

Laut einigen Experten, liegt das Problem in Rumsfelds Fehlkalkulationen. Der Mann habe schlicht unterschätzt, was es brauche, um eine erfolgreiche militärische Besetzung des Iraks zu vollziehen. Rumsfeld dachte, 160 000 Mann würden reichen, um den Irak einzunehmen und zu besetzen. Das Resultat, laut James Fallows in der letzten *Atlantic* Ausgabe, ist, «dass es nur eine leise Übertreibung ist zu sagen, dass heute das gesamte US-amerikanische Militär entweder im Irak ist, aus dem Irak zurück kehrt oder sich gerade zur Abreise bereit macht.» 40% der Truppen, die dieses Jahr in den Irak geschickt werden, sind nicht aus professionellen Soldaten zusammen gesetzt, sondern aus der Nationalen Reservegarde, die unterschrieben hat, im Glauben bloss Wochenendkrieger stellen zu müssen. Vielen scheint es nun, dass die Schätzungen von Militärprofis wie General Anthony Zinni, der sagte, es würde 500 000 Mann brauchen, um den Irak sicher zu stellen, weniger daneben gegriffen waren. Aber sogar Zinnis Zahl – die Hochwassermarke in der US-Truppenpräsenz in Vietnam – ist im Kontext der rasenden Verbreitung des Aufstands im ländlichen und urbanen Irak wohl hinfällig.

Andere Beobachter finden, die Unfähigkeit eines Paul Bremers, dem amerikanischen Prokonsul, habe zur Krise geführt. Aus diesem Standpunkt gesehen, hat Bremer in seinem ersten Dienstmonat drei grosse politische Fehler gemacht: das Absetzen von hohen Köpfen der Baath Partei – rund 30 000; das Auflösen der Irakischen Armee, was eine viertel Million Irakis arbeitslos machte; und die Organisation der Machtübergabe, die undefiniert ist und abhängig von einer neuen Verfassung, die unter Militärbesatzung geschrieben werden muss. Hinzu kommt, dass er neulich eine Schiitische Zeitung geschlossen hat, weil sie sich gegenüber der Besatzung kritisch geäussert hatte und dass er einen Gehilfen von Muqtad al-Sadr verhaften liess. Die kanadische Journalistin Naomi Klein behauptet, dass beides kalkulierte Taten waren, um al-Sadr in eine offene Konfrontation zu ziehen, um ihn zu zerschmettern.

Ungeschickt waren sicher beide, Rumsfeld und Bremer, aber ihre militärischen und politischen Fehlschläge waren unausweichliche Konsequenzen der kollektiven Täuschung durch George Bush und den herrschenden Neokonservativen im Weissen Haus. Ein Element dieser Täuschung war der Glaube, dass die Iraker/innen Saddam so arg hasten, dass sie eine unbestimmte politische und militärische Besatzung tolerieren würden, die überdies eine Lizenz für Grobfahrlässigkeiten

besässe. Ein zweites Element ist in der Illusion verankert, dass vor allem Übriggebliebene aus dem Saddam Hussein Regime hinter dem aufblühenden Widerstand steckten, während alle andern in Bagdad erkannten, dass der Widerstand auf Grassroot Bewegungen gebaut war. Ein drittes Element war, das der Graben zwischen Schiiten und Sunniten so tief sei, dass es unmöglich wäre, dass sie sich auf einer nationalistischen und religiösen Plattform in einem gemeinsamen Widerstand gegen die USA finden könnten. Mit anderen Worten, die Amerikaner haben ihr eigenes Netz von falschen fundamentalen Annahmen gewoben, in das sie sich schliesslich verheddert haben.

Die Bushanhänger sind hoffnungslos realitätsfremd. Und so sind es auch andere in Washingtons hegemonialen konservativen Kreisen. Ein einflussreicher konservativer Kritiker der Bush Politik, Fareed Zakaria, Herausgeber der internationalen *Newsweek* Auflagen, hat zum Beispiel gerade folgendes als Ausweg zu bieten: «Die USA muss diverse sunnitische Leader bestechen, überreden und kooptieren, um die Aufständischen von der lokalen Bevölkerung zu trennen… Die traditionellen Scheiche, ehemalige low-level Baathisten und regionale Leader müssen heftigst umworben werden. Zusätzlich muss Geld anfangen in irakische Hände zu fliessen.»

Nationalismus und Islam: Nahrung für den Widerstand

In Tat und Wahrheit war das neokonservative Szenario der schnellen Invasion, der Befriedung der Bevölkerung mit Schokolade und Bargeld, dem Einsatz einer von Washingtons Protegees dominierten Martionetten-Demokratie, dann dem Rückzug zu weit entfernten Militärbastionen während amerikanisch ausgebildete Militär- und Polizeikräfte die Sicherheit in den Städten übernahmen, von Anfang an tot. Trotz all den Fraktionen, sind doch der ethnienübergreifende Nationalismusanspruch und der Islam im Irak sehr stark. Dies wurde mir durch zwei Gegebenheiten klar, als ich den Irak im Rahmen einer parlamentarischen Delegation besuchte, kurz vor dem amerikanischen Bombenangriff. Als wir an der Universität in Bagdad eine Klasse fragten, was sie von der bevorstehenden Invasion hielten, sagte eine junge Frau in bestimmtem Ton, dass, wenn George Bush seine Geschichte gründlich studiert hätte, so hätte er gewusst, dass die Amerikaner das selbe Schicksal antreffen würden, wie all die unzähligen Armeen, die Mesopotamien in den vergangenen 4 000 Jahren gestürmt und geplündert hatten. Als wir Bagdad verliessen waren wir überzeugt, dass die jungen Männer und Frauen, mit denen wir gesprochen hatten, sich nicht so einfach einer fremden Besatzung unterwerfen würden.

Zwei Tage später, an der Grenze zu Syrien, wenige Stunden vor den amerikanischen Bomben, trafen wir auf eine Gruppe von Mujaheddin, die voller Energie und Enthusiasmus in die entgegengesetzte Richtung liefen um sich die Amerikaner vorzuknöpfen. Sie kamen aus Lybien, Tunesien, Algerien, Palästina und Syrien – und sie bildeten die vorderste Front aller freiwilligen islamischen Gruppen, die über die folgenden Monate in den Irak strömen würden, um daran teilzuhaben, was sie als entscheidende Schlacht gegen die Amerikaner willkommen hiessen.

Als die Invasion begann, haben viele von uns vorausgesagt, dass der amerikanische Einmarsch in die Städte auf Widerstand treffen würde, der in Bagdad wie auch anderswo schwierig zu befrieden sein würde. Scott Ritter, der ehemalige UNO Waffeninspektor, hat ziemlich prominent gesagt, dass die Amerikaner gezwungen würden, den Irak zu verlassen, wie schon Napoleon Russland verlassen musste, da seine Heere von Partisanen zerstört wurden. Wir hatten uns natürlich getäuscht, denn es gab nur einen geringen Widerstand der Bevölkerung beim Einmarsch in Bagdad. Aber mit der Zeit bekamen wir doch Recht. Unser Fehler lag im Unterschätzen der Zeit, die es brauchen würde, bis sich die Bevölkerung von einer unorganisierten, gehorsamen Masse unter Saddam zu einer von Nationalismus und Islam bestärkten Kraft entwickelte. Bush und Bremer reden dauernd von ihrem Traum eines „Neuen Iraks". Ironischerweise wird der neue post-Saddam Irak von einem kollektiven Kampf gegen die verhasste Besatzung gebaut.

Eine steile Lernkurve

Die Amerikaner dachten, sie könnten die Iraker nötigen und ihre Unterwerfung kaufen. Aber mit einem haben sie dabei nicht gerechnet: Geist. Selbstverständlich reicht Geist allein noch nicht aus, aber was wir im vergangenen Jahr gesehen haben, ist eine Bewegung, die auf einer steilen Lernkurve von ungeschickten und amateurhaften Widerstandsaktionen hin zu einem ausgeklügelten Repertoire anstieg, das die Anwendung von explosiven Instrumenten (IEDs), hit-and-run Taktiken, Bodenkämpfen und Boden-Missile-Attacken kombinieren.

Leider gehören zu diesen Taktiken auch strategisch geplante Autobomben und Entführungen, die neben Mitkämpfern der Koalition und Söldnern auch die Zivilbevölkerung betroffen haben. Ebenfalls leider, gab es in den waghalsigen Bemühungen des Widerstands, den Willen des Feindes zu brechen, indem die Schlacht auf das Territorium des Feindes verlagert wird, Missionen, die bewusst auf die Zivilbevölkerung abzielten – wie der Anschlag in Madrid, wodurch hunderte von Unschuldigen getötet wurden. Solche Handlungen sind ungerechtfertigt und zu tiefst bedauerlich. Aber den schnellen Urteilen muss entgegen gehalten werden, dass die wahllosen Tötungen von über 10 000 Irakern und Irakerinnen durch US-Truppen im ersten Jahr der Besatzung und das aktuelle Abzielen auf Zivilisten im Rahmen der Belagerung Fallujas, beide etwa das selbe moralische Niveau besitzen wie die Methoden des Iraker und Islamischen Widerstands. Der "American way of war" hat tatsächlich schon immer das Töten und Bestrafen der Zivilbevölkerung beinhaltet. Die Bombardierung von Dresden, von Tokyo, die Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki, die Operation Phoenix in Vietnam – alle hatten das strategische Ziel, den Krieg durch absichtliches Zielen auf die Zivilbevölkerung zu gewinnen. Also, bitte keine Moralpredigten über zivilisierte Kriegsführung des Westens vs. Islamische Barbarei.

Das Problem der loyalen Opposition

Zwar wächst der Widerstand im Irak stetig an, das Kräfteverhältnis wird aber deutlich von den Amerikanern dominiert. Der Irakkrieg hat sich zu einem Multifrontenkrieg entwickelt, wobei der Kampf um die öffentliche Meinung in den USA eine Schlüsselfunktion hat. Hierbei gab es bisher keinen entscheidenden Durchbruch. Die Liberalen sind hoffnungslos. Sie beziehen sich auf keine Logik, sondern lediglich auf das Ködern des selben rechten Flügels, der bereits vor Jahrzehnten Chaos, Massaker und Bürgerkrieg voraussagte, sollte sich die USA aus Vietnam zurückziehen.

Für den Präsidentschaftsmitstreiter John Kerry und die Demokraten lautete die Alternative Stabilisierung durch breite Beteiligung der UNO und der europäischen US-Alliierten, wodurch sie sich nur geringst von George Bush unterscheiden, der verzweifelt bemüht ist, die UNO und weitere Truppen der „Coalition of the Willing" mit hinein zu reissen, um die US-Truppen an der Front zu unterstützen.

Einer der Gründe, weshalb demokratische Leader nicht den Rückzug verlangen ist, dass ihnen dies in den November-Wahlen zusetzen könnte – trotz der Tatsache, dass gemäss dem Pew Research Center 44% der Amerikaner und Amerikanerinnen nun sagen, dass die Truppen so bald wie möglich nach hause zurück kehren sollen. Nur 32% sagten dies im vergangenen September. Ein viel driftigerer Grund jedoch ist, dass sie mit Bakers Position einverstanden sind, der besagt, dass, obwohl der Einmarsch in den Irak nicht unbedingt gerechtfertigt war, kann doch ein einseitiger Rückzug nicht erlaubt werden, da ein solcher Amerikas Prestige und Führungsposition einen unberechenbaren Hieb versetzen würde.

Wo ist die Friedensbewegung?

Die Lähmung, von der die Demokraten befallen sind bezüglich dem Irak, kann nur durch ein Ding aufgelöst werden: eine starke Antikriegsbewegung, wie jene, die nach der Tet Offensive 1968 täglich tausende von Menschen auf die Strassen gebracht hatte. Bisher ist das noch nicht zustande gekommen, aber über die Hälfte der US-Bevölkerung hat die Täuschung in der US Irakpolitik erkannt.

Tatsächlich hat die internationale Friedensbewegung einige Mühe in die Gänge zu kommen, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Entwicklungen im Irak dringend danach verlangen. Die Demonstrationen vom 20. März dieses Jahres waren bedeutend kleiner als die Demonstrationen vom Februar 2003, an denen Millionen von Menschen weltweit gegen den geplanten Einmarsch in den Irak protestiert hatten. Die Art von internationalem Massendruck, der eine reelle Auswirkung auf Politiker hat – tägliche Demonstrationen in hunderten und tausenden von Städten weltweit – ist momentan schlicht nicht erkennbar, oder zumindest noch nicht. Was die Frage aufkommen lässt: War die *New York Times* im Aufbrodeln der Februar-Demonstrationen etwas verfrüht in ihrer Behauptung, die internationale Zivilgesellschaft sei die zweite Weltmacht ("the second greatest superpower")?

All diese Dinge weisen darauf hin, dass die dramatischen Entwicklungen im Irak diesen April noch nicht so weit führen, dass man von einem irakischen Pendant zu den Tet Ereignissen in Vietnam sprechen könnte; höchstens vielleicht von einer Stellprobe. Die irakische Opposition zum US-amerikanischen Krieg muss erst noch in einer critical mass-Bewegung eskalieren. Ohne diese Heimherausforderung von unten, wird die Bushadministration wohl weiterhin Truppen in den irakischen Fleischwolf schicken, auf der Suche nach einer trügerischen militärischen Lösung, die den Konflikt in einen langwierigen Verschleisskrieg verwandeln wird, bei dem das Level der Toten endlich die öffentliche Toleranzgrenze in den USA für eine ziellose Politik, die einzig die Leichensackproduktion fördert, sprengen wird.

Irak und das globale Gleichgewicht

Während die Ausbreitung des irakischen Widerstands die Kräfteverhältnisse im Irak noch nicht verändert hat, hat sie paradoxerweise mächtig dazu beigetragen, das globale Gleichgewicht in den letzten 12 Monaten zu transformieren. Sie hat ein militärisch gewissermassen überausgedehntes Washington davon abgehalten, Regimeveränderungen in andern Staaten wie Syrien, Nordkorea und Iran vorzunehmen.
Der Widerstand hat die Aufmerksamkeit und die Ressourcen, die Washington für eine erfolgreiche Besetzung von Afghanistan benötigt hätte, verlagert. Er hat die USA davon abgehalten, sich auf ihren Hinterhof zu konzentrieren und somit ermöglicht, dass sich anti-neoliberale und anti-amerika-nische Regierungen in Südamerika, wie die von Norberto Kirchner in Argentinien, Luis Inacio da Silva oder Lula in Brazil und Hugo Chavez in Venezuela, zusammen tun konnten.
Die Kluft zwischen der politischen, militärischen und kulturellen Allianz innerhalb der so genannt Atlantischen Allianz wurde vertieft. Diese Allianz hatte Washingtons globaler Hegemonie während und kurz nach dem Kalten Krieg als wirksames Instrument gedient. Ohne das Beispiel der hartnäckigen Herausforderung durch den irakischen Widerstand, hätten es die Entwicklungsländer vielleicht nicht geschafft, das WTO Treffen in Cancun im letzten September sowie den US-amerikanischen Plan für eine Amerikanische Freihandelszone in Miami im November in die Versenkung zu schicken.

Anti-hegemoniale Bewegungen in der ganzen Welt schulden dem irakischen Widerstand ein ganze Menge, weil er die Überausdehungskrise des US-amerikanischen Imperiums verschärft hat. Aber sie hat kein hübsches Gesicht, diese Bewegung, und viele Leute der progressiven Bewegungen in den USA und im Westen zögern, sie als Alliierte zu betrachten. Dies ist wahrscheinlich ein Haupthindernis für das Aufkommen einer anhaltenden Friedensbewegung in den USA und weltweit – die organisierenden Kräfte der Progressiven wurden durch ihre Bedenken über den irakischen Widerstand behindert.

Aber keine Bewegung für nationale Befreiung oder Unabhängigkeit ist jemals hübsch gewesen. Zahlreiche westliche Progressive waren auch von den Methoden der Mau Mau in Kenya, der FLN in Algerien, der NLF in Vietnam und der IRA in Irland abgestossen. Nationale Befreiungsbewegungen fragen jedoch nicht nach ideologischer oder politischer Unterstützung. Sie suchen einzig nach einem Raum für den Aufbau einer nationalen Regierung. Ich bin überzeugt, dass sich progressive Kräfte weltweit und der irakische Widerstand im Namen dieses bescheidenen Programms vereinen können.

**Walden Bello ist Direktor von Focus on the Global South, das in Bangok basiert ist. Er ist Soziologieprofessor an der University of the Philippines und Empfänger des Alternativen Nobelpreises. Er hat Bagdad kurz vor dem amerikanischen Einmarsch im März 2003 besucht und wird in Kürze mit der International Parliamentary and Civil Society Mission die politische Umwälzung im Irak erkunden.*

Übersetzung: Anja Hälg - *anja@attac.org*

Grüne Fraktion (Schweiz) zum Israel-Palästina-Konflikt
Stopp dem Staatsterrorismus

Die Grüne Fraktion ist schockiert über die israelische Politik in der Palästinafrage. Aussergerichtliche Hinrichtungen und die Repression gegen die palästinensische Bevölkerung verletzen Völkerrecht. Die Drohungen gegen Yassir Arafats Leben beunruhigen die Grünen zutiefst. In einem Vorstoss fordert die Grüne Fraktion den Bundesrat auf, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, dass diesem Staatsterror eine Ende gesetzt wird.

Die Grüne Fraktion protestiert entschieden gegen die gezielte Vernichtung von palästinensischen Führern, den Mauerbau, die Siedlungspolitik und die tägliche Repression gegen die palästinensische Bevölkerung, die eingepfercht in einem zerstückelten Territorium lebt. Diese – von den USA unterstützten oder zumindest gebilligten - Massnahmen zielen auf die Zerstörung der palästinensischen Strukturen. Wenn dieser Prozess nicht gestoppt wird, drohen eine humanitäre Katastrophe in Palästina und weitere verheerende Selbstmordattentate in Israel, die die Grüne Partei immer verurteilt hat. Friede in der Region ist nur möglich, wenn den völkerrechtlichen Bestimmungen, die auch das Rückkehrrecht der Flüchtlinge beinhalten, und den geltenden UNO-Resolutionen Nachhaltung verschafft wird.

Als Signatar- und Depositarstaat der Genfer Konventionen und als Faszilitator der Genfer Initiative kann die Schweiz dabei eine wichtige Rolle spielen. In ihrem Vorstoss fordert die Grüne Fraktion den Bundesrat auf, alle der Schweiz möglichen Schritte zu unternehmen, um die israelische Politik zu stoppen. Israel soll dazu bewegt werden, die Verhandlungen mit den gewählten Organen des palästinensischen Volkes wieder aufzunehmen und die völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Zudem wollen die Grünen wissen, ob die israelische Botschaft in der Schweiz über Listen von Personen verfügt, die auf israelischem Territorium unerwünscht sind, wie die Ausweisung des für den Vertrieb von Friedensfahnen verantwortlichen Friedensaktivisten Tobia Schneebli vermuten lässt.

Nicht zuletzt wiederholt die Grüne Fraktion ihre Forderung, jegliche militärisch-technische Zusammenarbeit mit Israel sofort zu stoppen.

Weitere Auskünfte: http://www.verts.ch

Die Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V:
Solidarität mit den Arbeitern im besetzten Palästina

Tausende von Toten, Abertausende von Verletzten. Eine halbe Million entwurzelte Oliven- und Obstbäume, zerstörte Häuser und marschierende Soldaten. Die sind die inzwischen leider sehr gängigen und sich wiederholenden Bilder und Nachrichten, die uns tagtäglich aus dem besetzten Palästina erreichen. Und es sind tatsächlich nur Bruchstücke der dort herrschenden Realität, die Liste der unterdrückenden und strukturellen Gewalt ist weitaus länger. Länger als mancher sich hier in Deutschland auch nur annähernd vorzustellen vermag.

Ein Blick in die Zukunft mag dies verdeutlichen, denn es ist eine trostlose Zukunft, die Palästina erwartet, sollten sich die Dinge nicht ändern – sehr schnell ändern.

Die Abholzung der in Palästina für das Überleben so wichtigen Olivenbäume, die Zerstörung der Umwelt ist gleichermaßen die Zerstörung der im Land herrschenden Infrastruktur. Eine Zerstörung, die die Ernährungs- und Handelsgrundlage erheblich minimiert, wenn nicht sogar eines Tages ganz zum Erliegen bringt.

Doch an einem Tag wie dem 1. Mai, dem weltweiten Tag der Arbeit, der Jahr für Jahr an die Revolution der Arbeiter gegen die Unterdrückung ihrer selbst erinnert, liegt es nahe, vor allem an die Menschen zu denken. An die Menschen, die in Palästina versuchen zu überleben und zu arbeiten. „Versuchen zu arbeiten" – dies ist schon lange keine rhetorische Floskel mehr, denn inzwischen sind es mehr als 120.000 Menschen in Palästina, die ihrer ehemaligen Arbeit in Israel nicht mehr nachgehen können. Oder ihren Arbeitsplatz einfach nicht mehr erreichen, schließlich werden von der Besatzung kollektive Ausgangssperren verhängt die Wochen andauern, und wer es trotzdem es schafft, unterliegen an den über 700 Check-Points willkürlichen Schikanen.

Die erklärte Absicht der israelischen Regierung, das palästinensische Volk in die Knie zu zwingen, die verheerende soziale Situation, die beängstigende Perspektivlosigkeit der jungen Generation, die Aussichtslosigkeit der Arbeiter sind spürbare Realitäten geworden. In solch einer Situation hilft das Gefühl einer internationalen Solidarität, das Gefühl, dass Menschen in anderen Ländern dieser Welt die Sehnsucht der Palästinenser nach Freiheit und Normalität nachvollziehen können.

Das Gefühl, das andere Menschen auf der Welt das Unrecht im besetzten Palästina nicht stillschweigend hinnehmen.

Nicht nachvollziehbar indes ist die Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der sämtliche Versuche, Kontakte der palästinensischen Gewerkschaften blockiert und negiert. Wir, die Palästinensische Gemeinde Deutschland (PGD), fordern den DGB auf, Kontakte zu den palästinensischen Gewerkschaften aufzunehmen und sich nicht länger von der israelischen Politik und der israelischen Gewerkschaft (HISTADRUT) unter dem Deckmantel der historischen Verantwortung erpressen zu lassen.

PGD e.V.* ? *Bödekerstr. 44* ? *D-30161 Hannover
Tel.: 0511-33653625 Fax: 0511-3365362 email: Pgd@pgd-ev.de

Mordechai Vanunu
Ich bin euer Spion

Ich bin der Angestellte, der Techniker,
der Mechaniker, der Fahrer,
dem sie sagen: „Tu dies oder tu das!“
Sieh nicht nach rechts und nicht nach links,
und mustere den Botenjungen nicht so genau,
Schaue nicht auf die Maschine im Ganzen !
Du bist nur für diesen einen Bolzen zuständig,
Du bist nur für diesen Stempel zuständig.
Befasse dich nur mit der einen Sache –
Misch dich nicht in Dinge ein, die zu hoch für dich sind.
Denk nicht für uns! Mach weiter, mach einfach weiter!

Der große, weise Gedanke der Futuristen.
Da gibt es nichts, worüber man sich beunruhigen müsste.
Keine Angst. Alles funktioniert, alles klappt.
Unser kleiner Angestellter ist ein fleißiger Arbeiter.
Er ist ein einfacher Techniker. Er ist der kleine Kumpel.
Wie alle kleinen Angestellten,
die Ohren haben, aber nichts hören
Und Augen, die nichts sehen.
Wir haben einen Kopf – die kleinen Kumpel aber nicht.

Antworte ihnen, denkt er bei sich selbst und zu sich selbst –
Der kleine Bürger.
Der Mann mit dem Kopf ist aber nicht klein.
Wer ist der Boss hier?
Wer weiß, wohin die ganze Sache läuft?
Wo ist ihr Kopf? Ich hab’ nämlich auch einen Kopf.

Warum sehe ich die ganze Maschine?
Warum sehe ich tatsächlich den Abgrund?
Hat der Zug denn einen Ingenieur?
Der Angestellte – der Fahrer – der Techniker –
Der Mechaniker hebt seinen Kopf hoch.
Er geht einen Schritt zurück – und sieht ein Monster vor sich.
Ungläubig reibt er sich die Augen und tatsächlich –
Es ist alles in Ordnung. Ich bin auch in Ordnung.
Trotzdem sehe ich tatsächlich ein Monster.

Ich bin ein Teil des Systems;
ich unterzeichnete dieses Formular.
Doch erst jetzt lese ich den Text richtig.
Dieser Bolzen ist ja Teil einer Bombe.
Dieser Bolzen bin ich.
Warum sah ich dies vorher nicht?
Wie können die anderen mit dem Bolzen weiter arbeiten?
Wer weiß noch darum? Wer hat gesehen, wer gehört?
Der Kaiser ist tatsächlich nackt.
Ich sah ihn. Warum ich?
Das passt nicht zu mir – es ist zu groß für mich.
Steh auf , schrei es heraus!
Steh auf, sag es anderen!. Du kannst es.

Ich, der Bolzen, der Mechaniker, der Techniker?
Ja, du! Du bist der Geheimagent dieser Nation.
Du bist das Auge dieses Staates.
Spion – Agent, enthülle, was du gesehen hast!
Enthülle uns,
was die Wissenden, die Klugen vor uns verstecken.
Auch wenn es dich nichts angeht
– uns erwartet der Abgrund. Ein Holocaust steht uns bevor.
Du und nur du sitzt am Steuer und siehst den Abgrund.

Mir bleibt keine andere Wahl.
Auch wenn ich nur ein kleiner Kerl, ein einzelner Bürger,
ein ganz gewöhnlicher Kumpel bin
- ich werde meine Pflicht tun.
Ich habe die Stimme meines Gewissens gehört.
Es gibt für mich keinen Ausweg.
Es ist eine kleine Welt gegen Big Brother.
Hier steh ich zu deinen Diensten. Hier mache ich meinen Job.
Nimm es von mir! Komm und urteile!
Nimm mir die Last weg! Trag sie mit mir!
Setz meine Arbeit fort! Stopp den Zug!
Steigt aus! Der nächste Halt ist der nukleare Holocaust.
Das nächste Buch – die nächste Maschine? Nein, nichts.
So etwas gibt es dann nicht mehr.

http://www.zmag.de/artikel.php?print=true&id=1095Ich

Buchhinweis:

Sophia Deeg: Ich bin als Mensch gekommen - Internationale Aktivisten für einen Frieden von unten

Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 9,50 Euro

"Ich bin als Mensch gekommen, der sich der Lehren des zwanzigsten Jahrhunderts bewusst ist - dass nämlich jeder von uns über seine Verantwortung nachdenken muss und dass die Menschen als Individuen handeln und nicht auf die Politiker warten sollten." Daniel Barenboims Aussage anlässlich eines Solidaritätskonzert, das er im Sommer 2002 im besetzten Ramallah gab, bringt die Einstellung der inter-nationalen AktivistInnen auf den Punkt, die seit Sommer 2001 permanent an der Seite der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank und im Gazastreifen präsent sind..
Die palästinensische Bevölkerung kämpft seit Jahrzehnten um die Anerkennung ihres Selbstbestimmungsrechts und die Umsetzung internationalen Rechts. Die politischen Strukturen der palästinensischen Gesellschaft sind weitgehend zerstört, und die Besatzungsmacht setzt alles daran, sämtliche zivilgesellschaftlichen Grundlagen ebenfalls zu vernichten. Doch es existiert in Palästina eine starke Bewegung "von unten" gegen die Besatzung, die dringend der Unterstützung und des Schutzes durch die Verbindung zu den sozialen Bewegungen anderer Länder und durch die Präsenz von Internationalen vor Ort bedarf. Auch in Israel selber wachsen besonders unter jungen Leuten die Solidarität mit den Palästinensern und der Widerstand gegen Besatzung, Kolonialisierung und Militarisierung.
Über diese neue Allianz von Palästinensern, Israelis und Internationalen informiert das Buch. Darüber hinaus werden Aspekte des Konflikts (so das Scheitern des Friedensprozesses, die Rolle der Autonomiebehörde, das Phänomen der Selbstmordattentate u.a.) beleuchtet. "Ich bin als Mensch gekommen" ist auch ein persönlicher Erfahrungsbericht, der die Überlebensbedingungen der Bevölkerung unter Besatzung, ihren Widerstand und die Wirksamkeit der unmittelbaren Solidarität anschaulich darstellt

INTERNATIONALER AUFRUF

ZU EINER UNABHÄNGIGEN VERSAMMLUNG DES IRAKISCHEN VOLKES 9. April 2004

Mit dem Beginn des zweiten Jahres der Besetzung des Iraks werden die Forderungen der Iraker immer deutlicher: Ein sofortiges Ende der Besetzung sowie freie Wahlen für alle Iraker, und das ohne jegliche Einmischung der USA. Derzeit halten die Besatzungskräfte die Iraker regelrecht in Geiselhaft: Sie dürfen weder frei zusammenkommen noch sich nach eigenem Willen organisieren, und auch das Recht, ihre eigene Zukunft zu bestimmen, bleibt ihnen verwehrt. Dazu kommt, dass die auf Initiative der USA hin eingeleitete politische Übergangsphase darauf ausgelegt ist, ein „zahmes" Regime zu etablieren, das den amerikanischen Interessen und deren künftiger Präsenz im Irak positiv gegenübersteht. Wir, die unterzeichnenden Friedensaktivisten, religiöse Führer, Intellektuelle und Akademiker, Schriftsteller und Journalisten, Parlamentarier, Gewerkschafter und Bürger bestehen auf das Recht der Iraker, ohne die Anwesenheit von Besatzungsmächten unabhängig über den Verlauf ihrer eigenen Geschichte zu entscheiden.

Wir unterstützen die Forderung nach freien Wahlen - frei zugänglich für alle Iraker und ohne die Einmischung der Besatzungsmächte. Ebenso unterstützen wir die im Friedenskonsens von Jakarta und anlässlich des Europäischen Sozialforums in Paris 2003 sowie bei der Versammlung gegen den Krieg anlässlich des Weltsozialforums in Mumbai 2004 gestellte Forderung einer dringenden und unabhängigen Versammlung der Iraker, in der alle Gruppen der irakischen Gesellschaft frei diskutieren und Vorschläge für die künftige politische Architektur ihres Staates erbringen können, und das gänzlich ohne Einmischung der Besatzungsmächte. Damit könnte der Aufbau eines neuen Iraks beginnen und der so wichtige erste Schritt hin zu freien Wahlen, Demokratie und Souveränität gemacht werden. Diese Versammlung muss im Irak abgehalten werden. Sollte diese Möglichkeit von den Besatzungsmächten abgelehnt werden, muss die Abhaltung einer vorbereitenden Konferenz außerhalb des Iraks beschlossen werden. Wir garantieren, dass wir unser Möglichstes tun werden, um die Integrität und die Offenheit einer solchen Versammlung durch unsere Unterstützung und Präsenz zu wahren. Wir fordern ein Ende der Besetzung und unterstützen das Recht der irakischen Bevölkerung auf Souveränität und Selbstbestimmung.

Aminata Dramane Traoré, ehemalige Regierungsministerin und Sozialaktivistin, Mali
Chalmers Johnson, Schriftsteller, USA
Chandra Muzzafar, Schriftstellerin und Aktivistin, Malaysia
Christophe Aguiton, Aktivist, Frankreich
Dennis Brutus, Akademiker und Aktivist, Südafrika/USA
Dennis J. Kucinich (US-Repräsentant), Präsidentschaftskandidat (Demokrat), USA
Florence Carboni, Linguistin, Italien
Francois Houtart, Intellektueller und Aktivist, Belgien
Gustavo Codas, Gewerkschafter, Brasilien
Hans von Sponek, ehem. UN-Koordinator für humanitäre Hilfe im Irak, Deutschland
Horacio Martins, Brasilien
Immanuel Wallerstein, Schriftsteller und Aktivist, USA/Frankreich
James Petras, Schriftsteller und Aktivist, USA
Jeremy Corbyn, Parlamentsmitglied, Großbritannien
Jorge Eduardo Saavedra Durão, Aktivist, Brasilien
José Maria Vigil, Befreiungstheologe und Schriftsteller, Panama
Kamal Chenoy, Akademiker und Aktivist, India
Mario Maestri, Historiker, Brasilien
Marta Harnecker, Schriftstellerin, Chile
Miguel Álvarez Gandara, Friedensaktivist, Mexiko
Miguel Urbano Rodrigues, Schriftsteller, Portugal
Mike Marqusee, Schriftsteller und Aktivist, Großbritannien/USA
Naomi Klein, Journalistin und Aktivistin, Kanada
Nawal El Saadawi, Schriftstellerin und Aktivistin, Ägypten
Noam Chomsky, Linguist und Schriftsteller, USA
P.K.Murthy, All India Federation of Trade Unions, Indien
Pedro Casaldáliga (Bischof), religiöser Führer, Brasilien
Roni Gechtman, Akademiker, Kanada
Samir Amin, Intellektueller und Aktivist, Ägypten/Senegal
Samuel Ruiz, ehem. Bischof von San Cristobal, Chiapas, Mexiko
Saul Landau, Akademiker und Aktivist, USA
Sérgio Haddad, Internationaler Sekretär, ABONG, Brasilien
Shivani, Indien
Susan George, Schriftstellerin und Aktivistin, Frankreich
Walden Bello, Akademiker und Aktivist, Philippinen
Alfio Nicotra, Friedenssekretär, Rifondazione Comunista
Luciano Muhlbauer, Gewerkschafter, SinCobas, Italien
Fabio Alberti, Friedensaktivist, Bridge to Baghdad, Italien
18 Mitglieder des Italienischen Senats
19 Mitglieder des Italienischen Abgeordnetenhauses

*Um sich unter dieser Stellungnahme einzutragen, besuchen Sie bitte: http://**www.focusweb.org**/int-call/)*-**Focus on the Global South (FOCUS)** Email: marylou@focusweb.org Website: www.focusweb.org
Übersetzung: Cecile Kellermeyer , Ehrenamtliche ÜbersetzerInnen, coorditrad@attac.org,.